



5. Sitzung

am Dienstag, dem 12. November 2013, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 104

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
**Andreas Lotte, Bernhard Seidenath und Eva
Gottstein** 104

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsi-
denten
"Bayern. Die Zukunft."

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 104
Markus Rinderspacher (SPD)..... 116
Thomas Kreuzer (CSU)..... 128
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 134 136
Margarete Bause (GRÜNE)..... 140 146
Josef Zellmeier (CSU)..... 149

Bestellung der Mitglieder für den Rundfunkrat (s.
a. Anlage 1)

Beschluss..... 151

Bestellung der Mitglieder für den Medienrat (s. a.
Anlage 1)

Beschluss..... 151

Mitteilung gem. §§ 26 Abs. 2 und 27 Abs. 2 Satz 6
betr. Mitglieder der Ausschüsse, Namen der Aus-
schussvorsitzenden und deren Stellvertreter (s. An-
lage 2) 151

Schluss der Sitzung..... 151

(Beginn: 14.03 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 5. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Regierungserklärung und die anschließende Aussprache live. Wir gehen davon aus, dass viele Bürgerinnen und Bürger Bayerns dieses Angebot in Anspruch nehmen. Dafür sage ich ein herzliches Dankeschön.

Ich darf ehemalige Kolleginnen und Kollegen des Hauses auf der Besuchertribüne sehr herzlich begrüßen. – Vorweg darf ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, einige Glückwünsche aussprechen. Am 3. November feierte Herr Kollege Andreas Lotte einen runden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch im Nachhinein und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kollege Bernhard Seidenath hatte am 8. November einen halbrunden Geburtstag. Herr Kollege, meinen Glückwunsch, alles Gute und Gesundheit!

(Allgemeiner Beifall)

Heute hat Frau Kollegin Eva Gottstein Geburtstag. Auch Ihnen einen herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Ganz besonders freue ich mich, einen Gast zu begrüßen, der eigentlich auf der Ehrentribüne Platz nehmen sollte, aber in seiner Bescheidenheit sich mitten unter die Besucherinnen und Besucher gesetzt hat. Ich darf im Hohen Haus sehr herzlich die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Frau Irmgard Badura, begrüßen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Herrn
Ministerpräsidenten
"Bayern. Die Zukunft."**

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ergebnis der Landtagswahl war eine eindrucksvolle Bestätigung

der bayerischen Regierungspolitik und ein klarer Auftrag an die Christlich-Soziale Union, die Zukunft für Bayern zu gestalten. Ich möchte deshalb an allererster Stelle unserer Bevölkerung für diesen Vertrauensbeweis danken.

(Beifall bei der CSU)

Nun geht es um die Richtschnur für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft. Politik kann ohne Zweifel dazu viel beitragen. Entscheidend sind aber die Menschen, die in unserem Lande leben. Sie, die Menschen, prägen die erfolgreiche bayerische Lebensart und machen sie weltweit unverwechselbar. Für mich war es ein bewegendes Erlebnis, wie großartig die Menschen in diesem Jahr während der Hochwasserkatastrophe zusammengedrückt sind. Ich nenne nur als Beispiel die Studenten in Passau und Deggen-dorf: geeint im Willen zu helfen, vernetzt über das Internet, raus aus der Bude und gemeinsam angepackt. Das ist nur ein Beispiel, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die millionenfach gelebte Menschlichkeit in Bayern.

Bayern ist das Land des wertorientierten, aktiven Bürgersinns. Deshalb sage ich: Andere sehen in der Gesellschaft millionenfach Probleme, die der Staat lösen soll; wir sehen in der bayerischen Bevölkerung millionenfach Lösungen. Genau deshalb kämpfe ich so leidenschaftlich dafür, Politik für die Menschen und gemeinsam mit den Menschen zu gestalten; denn ich bin zutiefst davon überzeugt: Anders werden wir in der heutigen Zeit der Wissensgesellschaft die Zukunft nicht gewinnen. Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern - das ist für mich das Fundament und der Auftrag unserer Regierungspolitik.

Bayern ist daran gewöhnt, im Bundesvergleich regelmäßig Spitzenpositionen einzunehmen. Das ist zwar schön, aber das genügt nicht. Gerade wenn man so erfolgreich ist, muss man sehr achtsam sein, dass sich nicht wohliges Besitzstandsdenken breit macht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das Beste erhalten will, der muss Landeplätze für die Zukunft bauen statt Bunker zur Verteidigung der Vergangenheit.

Die Zukunftsherausforderungen für Bayern spiegeln sich in vier prägenden Entwicklungen wider. Dabei handelt es sich um die zunehmende Internationalisierung, die digitale Revolution, die demografische Entwicklung und schließlich die kulturellen Auswirkungen, die diese Veränderungen mit sich bringen.

Ich beginne mit der zunehmenden Internationalisierung. Die Welt wächst immer stärker zusammen. Deshalb muss unser Maßstab über die nationalen Grenzen hinausgehen. Dieser globale Weitblick ist für unsere erfolgreichen bayerischen Unternehmen

längst Normalität. Sie müssen sich dem Wettbewerb mit der ganzen Welt stellen, um erfolgreich zu sein.

Und sie tun es mit Erfolg. 1990 erwirtschaftete das verarbeitende Gewerbe in Bayern knapp ein Drittel im Export, 2012 mehr als die Hälfte – Tendenz steigend. Der Export bayerischer Güter und Dienstleistungen ist ein Hauptpfeiler unseres Wohlstandes. Der Zukunftsatlas 2013 hat deshalb ein klares Ergebnis: Bei den Zukunftsregionen in Deutschland dominieren die bayerischen Kreise. Die Schlagzeilen verkünden in Deutschland überall: Die Zukunft liegt in Bayern. So stand es zuletzt in der "BILD". Das ist der Erfolg unserer Arbeitnehmer und unserer bayerischen Wirtschaft, denen ich dafür danke. Bayerische Unternehmen stehen für weltweit gefragte Spitzenprodukte und ehrliche Arbeit. Sie stehen für Produktion statt Spekulation um das schnelle Geld. Diese nachhaltige Wirtschaftsethik leitet auch unsere Politik. Die katastrophale Finanzkrise müsste eigentlich allen vor Augen geführt haben: Geld ist keine Ware. Geld hat eine dienende Funktion für die Realwirtschaft, nicht umgekehrt. Bayern ist so erfolgreich, weil wir gemeinsam anpacken für eine soziale und nachhaltige Marktwirtschaft, die den Menschen dient.

Die Konsequenz aus der zunehmenden Internationalisierung ist klar: Bayern muss sich weltweit mit der Spitzengruppe der leistungsfähigsten Länder messen. Das ist unser Maßstab. Uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, treibt dabei nicht blinder Eifer, sondern uns treibt die Sorge um die Menschen in Bayern. Nur wenn wir im Wettbewerb mit den anderen hoch entwickelten Staaten und mit den Konkurrenten von morgen Schritt halten, können wir die Arbeitswelt human gestalten, gute Lebensbedingungen garantieren sowie die soziale Sicherheit und unsere natürliche Umwelt bewahren. Die Verantwortung für eine humane Lebens- und Arbeitswelt verpflichtet uns, die Bildung und den wissenschaftlichen Fortschritt noch weiter voranzubringen. Deshalb gilt für diese Regierung auch in der Zukunft: Der Fortschritt spricht bayerisch.

Diesen Weg gehen wir weiter. Unser Ziel für den Arbeitsmarkt ist Vollbeschäftigung bis 2018 und keine Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land.

Was müssen wir nun tun, um dauerhaft an der Spitze zu bleiben? – Ich beginne mit dem Ersten und Wichtigsten: der Bildung. Die Menschen sind es, die mit ihren Fähigkeiten, mit Kopf, Hand und Herz die Zukunft schaffen. Deshalb entscheiden Bildung und Ausbildung über die Zukunft jedes Einzelnen und damit über die Zukunft unseres Landes. Bildung und Ausbildung sind Grundlage für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Aber mir ist wichtig, auch am heutigen Tag zu betonen: Es geht auch in der Bildung in aller-

erster Linie um Persönlichkeitsentwicklung. Wir bilden unsere Kinder nicht nur für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Bildung ist Wissens- und Herzensbildung. Junge Menschen müssen befähigt werden, sich in einer ständig komplexer werdenden Welt zurechtzufinden.

Das Fundament dafür, dass Bildung gelingt, legt das Elternhaus. Unsere Bildungs- und Familienpolitik vertraut auf die Kompetenz der Eltern. Wir vertrauen den Eltern. Wir trauen ihnen etwas zu, und wir fördern die ganze Vielfalt der Familienmodelle, weil Eltern selber am besten wissen, meine Damen und Herren, was für sie und ihre Kinder gut ist.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Bildungseinrichtungen stellen das Kind und nicht irgendeine Ideologie in den Mittelpunkt. Wir fördern die besonderen Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes. Daher belegen Bildungstests seit Jahren: Bayern bietet nicht nur Bildungschancen, sondern auch beste Bildungsergebnisse. Lernen vom Besseren heißt lernen von Bayern!

Mir ist wichtig, heute der bayerischen Bevölkerung drei Garantien zu geben. Erstens. Unsere Schulen sollen nach Jahren der ständigen Veränderungen jetzt in Ruhe arbeiten können. Deshalb wird es in den nächsten Jahren keine neuen Schulreformen geben.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Grundschulgarantie:

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Jede rechtlich selbstständige Grundschule bleibt bestehen, wo Eltern und Gemeinden dies wünschen. Das ist nicht nur gut für unsere Kinder, sondern auch für die Zukunft des ländlichen Raumes.

Drittens. Ganztagsgarantie: Bis 2018 gibt es in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot.

Wir wollen die Inklusion von Kindern mit Behinderung, meine Damen und Herren. Die Eltern kennen ihr Kind mit seinen Fähigkeiten am besten. Deshalb soll ihnen das Wahlrecht zwischen Förderschule und allgemeiner Schule mit Inklusion zustehen.

Mit einem Gesamtkonzept der Begabtenförderung für Schulen und Hochschulen fördern wir die Talente unabhängig von ihrer Herkunft. Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die CSU, die Studiengebühren eingeführt hat!)

Wir werden die Schulen landesweit internationaler ausrichten und mehr Schulen mit internationalem Profil schaffen, übrigens auch in der beruflichen Bildung.

In der vergangenen Legislaturperiode habe ich hier bei der Regierungserklärung das Mittagessen für bedürftige Kinder angekündigt. Wir haben es realisiert. Diesen Weg setzen wir fort. In Ergänzung zu unserem bestehenden Schulobstprogramm werden wir gemeinsam mit dem Verein "brotZeit" ein betreutes Frühstücksangebot an Grund- und Förderschulen einrichten.

Wir fördern alle Talente; auch das ist mir wichtig. Berufliche und akademische Bildung sind für uns gleichwertig. Unsere duale Ausbildung ist weltweit anerkannt. Zusammen mit der bayerischen Wirtschaft werden wir eine Lehrstellengarantie geben. Ich danke dem Handwerk und allen Betrieben in Bayern, die die Jugendlichen ausbilden. Sie ermöglichen den jungen Menschen einen gelungenen Start ins Berufsleben, und sie schaffen die Voraussetzung dafür, dass wir auch morgen noch die Fachkräfte haben, die wir brauchen. Danke insbesondere an den Mittelstand und an das Handwerk!

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen die besten Köpfe für Bayern. Unsere bayerischen Hochschulen sind ein Magnet für junge Menschen aus Deutschland und der ganzen Welt. Wir werden die weltweite Zusammenarbeit der bayerischen Hochschulen zum Markenzeichen in Bayern machen.

Die bayerische Hochschulpolitik setzt Maßstäbe: Bis Mitte 2014 werden deutlich über 50.000 neue Studienplätze geschaffen sein. Wir treiben die Sanierung unserer Hochschulbauten weiterhin mit Milliardenaufwand voran. Wir stärken die Exzellenz an unseren Hochschulen in Forschung, Lehre und Administration. Wir wollen den Pakt für Forschung und Innovation zwischen Bund, Ländern und den deutschen Wissenschaftsorganisationen verlängern, und wir bieten einen bayerischen Pakt für Forschung und Innovation an.

Das Universitätsklinikum in Augsburg wollen wir bis 2018 aufbauen. Dazu werden wir die Lehr- und Forschungsflächen einer Medizinischen Fakultät und auch die laufenden Kosten von Forschung und Lehre sichern.

Wir wirken bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin darauf hin, dass mit einer Steuergutschrift für Aufwen-

dungen bei Forschung und Entwicklung der hoch innovative Mittelstand gefördert wird. Neue Ideen, kreative Lösungen, weltweit gefragte Produkte – nur so werden unsere Unternehmen im globalen Wettbewerb die Zukunft gewinnen.

Wir starten eine neue Initiative für Existenzgründer. Ich habe dazu bereits eine Expertengruppe eingesetzt. In Bayern ist der Existenzgründer und Unternehmer Vorbild, nicht Feindbild. Der Weg von der Idee zum Produkt muss noch kürzer werden. Dafür wollen wir zusätzliche Fraunhofer-Einrichtungen schaffen. Und wir schreiben in Bayern die Erfolgsgeschichte der Technologietransferzentren fort. Das ist in vielen Landesteilen eine außerordentliche Erfolgsgeschichte.

Wir stärken den Medienstandort Bayern. Wie für die Biotechnik in Martinsried geschehen, brauchen wir ein Gründerzentrum von Weltrang für Informationstechnologie, Medien und Filmwirtschaft. Auch das neue Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft Nürnberg wird wesentliche Impulse geben.

Wir wollen Spitzenpositionen auf den Feldern der Zukunft: Das sind insbesondere Gesundheit und Ernährung, natürliche Ressourcen und Neue Materialien, Energie und Umwelt, Mobilität und vernetzte Infrastruktur, Luft- und Raumfahrt, Information und Kommunikation.

Unsere Generation hat die Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem beim digitalen Aufbruch und beim Umbau der Energieversorgung Bleibendes zu schaffen und Bayern an die Spitze der Welt zu führen.

Bayern ist Verkehrsdrehscheibe Europas. Die Verkehrsinfrastruktur genügt aber nicht mehr den Anforderungen der Zeit. Nachhaltige Verkehrspolitik heißt deshalb mehr Geld für die Sanierung von Straße und Schiene. Hier kann man nicht nur auf Berlin zeigen. Wir werden mehr in den Erhalt unserer Staatsstraßen investieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden auch den Aus- und Neubau wichtiger Verkehrsprojekte vorantreiben. Dazu gehört die internationale Schienenanbindung Bayerns nach Osteuropa entlang der Transversale Paris – Budapest über Augsburg und München, hier insbesondere die Lücke zwischen Augsburg und Ulm.

(Beifall bei der CSU)

Zu einer modernen Infrastruktur gehören die zeitgemäße Erschließung der ländlichen Räume, aber auch zentrale Projekte für die Ballungsräume wie zum Bei-

spiel die zweite S-Bahn-Stammstrecke in München oder der Ausbau des Frankenschnellwegs in Nürnberg. Bayern hat Verkehrsprojekte in Höhe von rund 30 Milliarden Euro in Berlin angemeldet. Es gibt also einen gigantischen Investitionsbedarf. Der Bund – darüber reden wir derzeit fast jeden Tag – muss seine Verkehrsmittel dauerhaft aufstocken. Ich bin sicher: Die Pkw-Maut für ausländische Kraftfahrzeuge wird Teil des Koalitionsvertrags. Sie wurde lange gefordert, oft belächelt, und sie wird jetzt bald erreicht. Liebe Freunde, das ist Nachhaltigkeit in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

- Ich verhandle in Berlin. Deshalb weiß ich über den Stand der Verhandlungen Bescheid. Der wesentliche Unterschied zwischen Ihnen und uns ist: Wir haben in der letzten Legislatur alles realisiert, was wir angekündigt haben. Von Ihren Prophezeiungen ist überhaupt nichts eingetreten. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das war eine humoristische Bemerkung, Herr Ministerpräsident!)

Die zweite Herausforderung ist die digitale Revolution. Die Möglichkeiten der digitalen Technik verändern alle Lebensbereiche. Wer wollte das bestreiten? Mit dem digitalen Aufbruch stehen wir vor historischen Chancen für die Verbindung von lokalem Mittelstand und globalen Märkten, Arbeit und Familie, Stadt und Land. Die digitale Erschließung ist dabei genauso wichtig wie die offensive Gestaltung der damit einhergehenden Veränderungen – rechtlich, sozial und ökonomisch. Deshalb ist auf diesem Feld des digitalen Aufbruchs, der digitalen Revolution, ein umfassender politischer Ansatz erforderlich.

Was müssen wir tun, um mit einem digitalen Aufbruch in die Weltspitze vorzustoßen? Denn das ist unser Anspruch. Mit unserer Strategie BAYERN DIGITAL machen wir Bayern zur Leitregion für den digitalen Aufbruch. Wir investieren bis 2018 massiv in das digitale Zeitalter. Damit sichern wir gleichzeitig die Arbeitsplätze von morgen und Chancen überall im Lande. Ich nenne als Beispiel das "Zentrum für digitalisierte Produktion" in Nürnberg mit weiteren Standorten in ganz Bayern. Ich nenne das "Zentrum für vernetzte Mobilität" in Garching, ebenfalls mit Außenstellen und Kooperationen im ganzen Land.

Wir schaffen bis 2018 ein digitales Hochgeschwindigkeitsnetz, und zwar flächendeckend. Das Geld dafür stellen wir bereit. Wir müssen aber – das ist die Erkenntnis der letzten Jahre – Strukturen ändern, damit wir unsere bereitgestellten Mittel für den Ausbau auch investieren können. Wir brauchen hier eine grundsätz-

lich neue politische Weichenstellung in der Bundespolitik. Auch darüber reden wir gerade. Das schnelle Internet darf nicht mehr vom Wohnort abhängen, und es darf auch kein Zufall sein. Das modernste Breitbandnetz muss überall in Bayern Standard werden. Meine Damen und Herren, dafür werden wir alles tun.

(Beifall bei der CSU)

Der digitale Aufbruch umfasst aber viel mehr als den Breitbandausbau. Die digitalen Möglichkeiten verändern alle Zukunftsfelder - Lernen und Arbeiten, Mobilität und Gesundheit, Wohnen und sicheres Datenmanagement. Wir nutzen die neue Technik für den digitalen Unterricht, zum Beispiel mit einem virtuellen Bildungsmedienzentrum.

Unsere rund 6.100 Schulen werden wir an ein zentrales Bildungsnetz anbinden. Unsere jungen Menschen sollen die Neuen Medien von Anfang an mit altersentsprechender Kompetenz und Fertigkeit nutzen können und nicht umgekehrt von den Neuen Medien beherrscht werden. Wir wollen sie in unseren Bildungseinrichtungen von Anfang an dafür fit machen und damit die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler weiter ausbauen.

In Medizin und Pflege eröffnen wir für unsere Patienten und Pflegebedürftigen ganz neue Möglichkeiten der Behandlung und Betreuung. Ich nenne als Beispiel die Modellregion Digitale Gesundheitswirtschaft in Franken. Wir bauen die Telemedizin aus und nutzen die digitalen Chancen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Eine weitere große Aufgabe: Wir wollen die gesamte Staatsverwaltung umstellen und für das digitale Zeitalter fit machen. Dafür schaffen wir auch eine zentrale Serviceplattform für staatliche und kommunale digitale Dienstleistungen. Das digitale Bayern muss ein sicheres Bayern sein. Private Daten der Bürger, Daten der Wirtschaft und Verkehrsnetze, der Telekommunikation und der Energieversorgung sind verletzlich, wie wir alle wissen. Um den staatlichen Schutzauftrag in der digitalen Welt zu gewährleisten, greifen wir zu neuen Maßnahmen. Neben einer entsprechenden Ausstattung der Polizei gehören dazu eine bessere Koordination der Maßnahmen und neue Einrichtungen wie das Cyber-Allianz-Zentrum. Mit einem Forschungszentrum für IT-Sicherheit von europäischer Bedeutung wollen wir die wirtschaftlichen Chancen in diesem wachsenden Markt für Bayern sichern.

Für uns gibt es beim Leitbild für die Informationsgesellschaft einen Dreiklang: Freiheit, Datenschutz und Kriminalitätsbekämpfung. Sicherheitsinteressen dürfen niemals dazu führen, dass rechtswidrig Daten ausgespäht und Bürger überwacht werden. Hier ist

das Vertrauen in den Rechtsstaat und die internationale Freundschaft auf europäischer und internationaler Ebene schwer erschüttert worden. Die Bayerische Staatsregierung wird darauf hinwirken, dass das Datenschutz-Grundrecht sichergestellt wird.

(Beifall bei der CSU)

Unsere dritte Zukunftsaufgabe ist der demografische Wandel. Die steigende Lebenserwartung und die signifikanten Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung - eine sehr unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Regionen Bayerns - prägen nicht nur die innere Entwicklung unserer Gesellschaft, sondern auch die räumliche Entwicklung unseres Landes. Mir kommt es heute sehr darauf an, dass wir festhalten: Wenn wir auf diese demografische Entwicklung die richtige Antwort geben, liegt darin für unser Land und unsere Menschen eine große Chance und keine Gefährdung Bayerns.

Was müssen wir tun, damit die Demografie für unser Land ein Gewinn wird? - Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen. Wie Sie wissen, ist dies mittlerweile auch das Ziel unserer Verfassung. Pulsierende Zentren und attraktive ländliche Räume, beides macht Bayern lebenswert. Wir werden also unseren Aktionsplan "Demografischer Wandel" konsequent weiterführen. Gleichwertige Lebensbedingungen bedeuten für uns aber vor allem: Wir bringen Beschäftigung zu den Menschen überall im Land. Das muss für uns der Kompass für die nächsten fünf Jahre sein. Wir wollen nicht verstärkt Menschen zu den Arbeitsplätzen bringen, sondern umgekehrt die Beschäftigung zu den Menschen, und zwar überall im Land.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten zehn Jahren der Abstand zwischen den bayerischen Bezirken um fast zwei Drittel verringert. Das bedeutet Chancen für alle. Diesen erfolgreichen Weg gehen wir gemeinsam mit der Wirtschaft weiter. Ich habe diesbezüglich in dieser Woche ein sehr bedeutsames Gespräch mit "Siemens".

Mit dem demografischen Wandel gewinnt die Verantwortungsgemeinschaft Familie noch mehr an Bedeutung. Starke, vitale Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft und die Brücke zur Zukunft. Wir machen unser Bayern für Familien noch attraktiver. Deshalb hat die bayerische Familienpolitik das Vertrauen einer klaren Mehrheit in der Bevölkerung.

Wir setzen weiter gleichermaßen auf den Krippenausbau und das Betreuungsgeld. Fast 70 % der berechtigten Eltern in Bayern haben sich für die neue Famili-

enleistung des Betreuungsgeldes entschieden. – Fast 70 %!

(Beifall bei der CSU)

Das Betreuungsgeld ist also schon heute ein voller Erfolg.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie wissen auch, wie die Rahmenbedingungen sind!)

Wir fördern weiterhin den Krippenausbau. Wir werden den Betreuungsschlüssel und die Betreuungsqualität weiter verbessern und unsere Maßnahmen für mehr Fachkräfte fortsetzen, so zum Beispiel die Weiterbildung von Kinderpflegern zu pädagogischen Fachkräften. Ich kann heute schon zusagen: Das einzigartige Landeserziehungsgeld wird hier in Bayern beibehalten, und wir werden die Einkommensgrenzen weiter anheben, damit noch mehr Familien erreicht werden.

(Beifall bei der CSU)

Das bayerische Ziel heißt: Nicht die Familie muss sich der Arbeitswelt anpassen, sondern umgekehrt. Der öffentliche Dienst in Bayern soll deshalb seine Vorbildfunktion für familienfreundliche Arbeitsbedingungen ausbauen. Darauf werde ich auch persönlich achten. Mit den bayerischen Unternehmen werden wir als Staatsregierung außerdem einen Familienpakt Bayern ins Leben rufen.

Ein Merkmal der demografischen Entwicklung ist der Segen der immer höher werdenden Lebenserwartung. Die heutige Lebenserwartung hat uns in eine Gesellschaft geführt, in der mittlerweile vier bis fünf Generationen zusammenleben. Ältere Menschen sind nicht nur gesünder und fitter, sondern auch engagierter und aktiver als je zuvor. Deshalb müssen wir zuallererst unser Bild vom Alter verändern. Wir brauchen eine positive Sicht auf diesen immer länger werdenden Lebensabschnitt nach dem aktiven Berufsleben. Von der Defizitsicht zur Kompetenzsicht – das, meine Damen und Herren, ist der Auftrag für die nächsten Jahre.

(Beifall bei der CSU)

Wir alle wissen, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt im gewohnten Umfeld bleiben wollen. Dazu braucht es gerade im ländlichen Raum die Grundversorgung am Ort und auch die wichtigsten sozialen Strukturen, vom Lebensmittelgeschäft bis zum Hausarzt. Das Programm "Marktplatz der Generationen" werden wir daher fortführen und in die Fläche bringen, und wir werden ein umfassendes Programm "Selbstständig älter werden" auf den Weg bringen.

Wenn dann im Alter doch Hilfsbedürftigkeit eintritt, muss unser Ziel lauten: Mehr Pflege daheim und weniger im Heim. Wir werden dazu neue Wohnformen und auch erfolgreiche private Initiativen wie die Sozialgenossenschaften fördern. Die Schweiz hat mit diesen Sozialgenossenschaften sehr positive Erfahrungen gemacht.

Gute Pflege setzt aber auch voraus, dass wir die Pflegeberufe würdigen und unterstützen. Wir werden die Pflegeberufe aufwerten. Bei den tariflichen Löhnen in der Pflege gehen wir einen eigenen bayerischen Weg: Diese werden bei den Pflegesätzen besser berücksichtigt. Wir werden pflegende Angehörige unterstützen und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf erleichtern. Der neue Pflege- und Patientenbeauftragte soll als Vertrauensperson der Bürger ein wichtiger Ansprechpartner in Gesundheits- und Pflegefragen werden. Ich darf dem Kollegen Imhof dazu alles Gute wünschen.

(Beifall bei der CSU und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, auch das Folgende muss politische Richtschnur für die nächsten Jahre sein: Zu einer humanen Gesellschaft gehört das Sterben in Würde. Wir werden die Hospizbewegung weiter stark unterstützen und die Versorgung mit Palliativmedizin in großen Schritten ausbauen. Ich möchte den Frauen und Männern, die auf diesem Feld in Bayern ehrenamtlich tätig sind und damit vielen Menschen beistehen und Hoffnung geben, heute besonders herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Die Internationalisierung, die digitale Revolution und der demografische Wandel verändern unsere Gesellschaft ständig und tiefgreifend. Auf der einen Seite haben Menschen Angst vor Identitätsverlust, auf der anderen Seite ist aber zu beobachten, dass es da und dort die Gefahr der Abgrenzung gibt. Deshalb müssen wir uns auch mit dem Gedanken auseinandersetzen, was wir angesichts dieser großen Entwicklungen tun müssen, damit Bayern für die Menschen auch künftig lebens- und liebenswert bleibt.

Die kulturelle Aufgabe besteht darin, das Motto "Heimatverbunden und weltoffen" zu einer wesentlichen Orientierung zu machen. Heimat – das ist in den letzten Monaten oft missverstanden worden – heißt in allererster Linie Identitätspflege, nicht nur Traditionspflege. Heimat hat nicht nur einen kulturellen, sondern auch einen sozialen und politischen Bezug. Deshalb haben wir eine Außenstelle für Landesentwicklung

und Heimat des Finanzministeriums in Nürnberg gegründet.

Die Liebe zur Heimat zeigt sich in Bayern ganz besonders an dem hohen Engagement unserer Bürger. Nirgendwo in Deutschland sind mehr Menschen ehrenamtlich tätig als in Bayern, und nirgendwo ist die Bereitschaft so groß, sich für die Heimat einzusetzen. Ich danke allen Ehrenamtlichen. Mit ihrem Gemeinsinn bereichern sie unser Bayern millionenfach und unersetzlich. Eine solche Einstellung muss gepflegt und von Generation an Generation weitergegeben werden.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Deshalb werden wir vor allem den Nachwuchs für das Ehrenamt noch besser fördern, und wir werden die Ehrenamtskarte weiter ausbauen. Diese Ehrenamtskarte ist ebenfalls ein Erfolgsmodell.

Meine Damen und Herren, Bayerns Bürger sind für mich als Ministerpräsident nicht lediglich Adressaten, sondern Partner der Politik. Partner müssen mitreden können, sich einmischen und mitgestalten können. Mit einer Heimat, die man aktiv mitgestalten kann, identifiziert man sich ganz anders, als wenn man "gestaltet wird".

Die Bayern beweisen seit Jahren in Bürger- und Volksentscheiden: Sie können Demokratie und Beteiligung. Deshalb habe ich nie das Zustandekommen, die Umstände oder die Ergebnisse eines Volksbegehrens kritisiert. Ich habe immer befürwortet, das Volk einzubinden. In Bayern wollen wir das Instrument der Volksbefragung einführen. Beispielsweise soll es bei großen Infrastrukturprojekten möglich werden, die Bürgerinnen und Bürger bayernweit zu beteiligen. Mein Ziel lautet: Wir machen unseren Freistaat zum Vorbild für den modernsten Bürgerstaat Europas des 21. Jahrhunderts.

Eine wichtige Ausformung des Heimatgedankens ist die Stärkung unserer Kommunen. In den Kommunen sind die Menschen daheim. Die Kommunen sind das Fundament des Staates. Seit meinen beruflichen Anfängen habe ich eine tiefe Überzeugung: Die kleinere Einheit hat Vorrang. Deshalb möchte ich im engen Dialog mit allen Kommunen die kommunale Selbstverwaltung weiter stärken, eine Abgabe von staatlichen Aufgaben an die Kommunen angehen und vor allem die kommunale Zusammenarbeit fördern. Meine Damen und Herren, um es heute deutlich zu sagen: Es ist nicht an der Zeit, dass wir in Bayern wieder eine kommunale Gebietsreform durchführen. Was wir brauchen, ist eine intensivere kommunale Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU)

Weil uns unsere Kommunen so wichtig sind, sorgen wir für nachhaltige kommunale Finanzen – mit dem höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten. Nach täglichen Begegnungen mit allen Ministerpräsidenten kann ich heute uneingeschränkt festhalten: Kein Land arbeitet so nachhaltig für die Kommunen wie Bayern. Das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall bei der CSU)

Eine blühende Gesellschaft braucht Freiheit, eine blühende Gesellschaft braucht aber auch Eigenverantwortung und nicht staatliche Bevormundung. Freiheit und Eigenverantwortung sind unsere Leitlinien – in Bayern, in Deutschland und in Europa.

Ich gebe deshalb als Ziel aus: Wir brauchen in Bayern eine Paragrafenbremse. Wir reden viel über die Bürokratie, die in Brüssel und in Berlin verursacht wird. Ich denke, wir können auch in unserem Land noch eine ganze Menge mehr tun. – Wir brauchen also eine Paragrafenbremse.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da sind wir sehr gespannt!)

Neue Gesetze und Verwaltungsvorschriften soll es in dieser Legislaturperiode grundsätzlich nicht geben. Sollten sie zum Beispiel aus Sicherheitsgründen erforderlich sein, müssen dafür alte Vorschriften aufgehoben werden. Am Ende der Legislaturperiode soll es in Bayern nicht mehr Gesetze und Verwaltungsvorschriften geben als heute.

Wir stehen für eine Politik, die zu Eigenverantwortung ermutigt und Einsatz für das Gemeinwohl ermöglicht. Wir stehen für eine Kultur des Gelingens. Ich will Bürgern und Unternehmern mehr Freiräume schaffen. Das schafft bekanntlich Motivation. Aber ebenso wichtig ist mir, dass der Staat für Verlässlichkeit und Gerechtigkeit sorgt, wenn es um die Sicherheit und Stabilität der Gesellschaft geht. In Bayern gilt bekanntlich: Leben und leben lassen. Der Historiker Hans-Michael Körner schreibt zu Recht: "Dieses Toleranzmodell beruht auf Gegenseitigkeit." Das heißt für unsere Politik: Aktive, eigenverantwortliche Bürger brauchen auch einen verlässlichen Staat. Jeder Mensch bei uns im Land hat Anspruch auf Teilhabe und Schutz. In Bayern steht niemand mit einem schweren Schicksal alleine.

Die erste Aufgabe eines verlässlichen Staates ist die innere Sicherheit. Wir werden weiterhin alles tun, damit Bayern das Land mit der niedrigsten Kriminalitätsrate und der höchsten Aufklärungsquote bleibt. Wir haben eine leistungsfähige Justiz als festen Pfei-

ler unseres Rechtsstaats. Wir werden im Dialog mit der Justiz ein Konzept zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren vorlegen. Der Rechtsstaat, meine Damen und Herren, darf nicht zum Rechtswegestaat werden.

Wir sorgen für Leistungsgerechtigkeit und Verlässlichkeit bei der Rente. Wir werden darauf hinwirken, dass Mütter mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden, im Rentensystem bessergestellt werden. Das ist ein verdienter Lohn für die Lebensleistung der Mütter.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben Gesundheit und Pflege in einem eigenen Ministerium angesiedelt. Wir bündeln die Kompetenzen für einen politischen Schwerpunkt der kommenden Jahre in einem Haus. Damit können wir auch die Interessen der bayerischen Patienten und Beitragszahler im Bund noch besser durchsetzen. Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Wir werden einen Paradigmenwechsel hin zur Prävention mit einem eigenen bayerischen Präventionsplan einleiten.

Wir werden die gute Gesundheitsversorgung überall im Land, insbesondere im ländlichen Raum fördern. Wir geben Anreize zur Niederlassung von Ärzten und werden darauf hinwirken, dass der Bund eine zukunftsgerechte Krankenhausvergütung gewährleistet. Es kann nicht sein, dass selbst wirtschaftlich arbeitende Krankenhäuser – und das ist die Mehrheit bei uns in Bayern – aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen zwangsläufig im Defizit landen.

(Beifall bei der CSU)

An Frau Badura gerichtet möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns für Menschen mit Behinderungen ein sehr ehrgeiziges Ziel vorgenommen haben. Bayern wird in zehn Jahren komplett barrierefrei sein:

(Lachen bei den GRÜNEN)

im gesamten öffentlichen Raum, im gesamten öffentlichen Personennahverkehr. Dazu werden wir ein Sonderinvestitionsprogramm "Bayern barrierefrei 2023" auflegen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Alle Anträge habt ihr abgelehnt, die wir bisher gestellt haben! Das hättet ihr schon viel früher machen können!)

Auf Bundesebene werden wir die Eingliederungshilfe weiterentwickeln und in ein Bundesleistungsgesetz überführen. Alle möglichen drei Koalitionspartner der Zukunft wollen dieses Bundesleistungsgesetz. Das ist

eine große gesellschaftliche Reform, die auch zu einer Kostenverlagerung und zur Entlastung der Kommunen führen wird. Aber das Allerwichtigste ist: Mit einem Bundesleistungsgesetz helfen wir den Menschen mit Behinderung verlässlich.

(Beifall bei der CSU)

Wohnen ist unmittelbare Heimat. Wir wollen den Wohnungsbau in Bayern ankurbeln, auch mit Unterstützung des Bundes, und die Mieter vor überzogenen Mietsteigerungen schützen. Wir erhöhen deshalb im Land Bayern die Mittel für den sozialen Wohnungsbau und für Studentenwohnungen. Ich denke, dass es nach langem Streit im Bundesrat jetzt zu steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für den Mietwohnungsbau kommen wird. Das ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei der CSU – Karl Freller (CSU): Sehr gut!)

Bayern unterstützt alle Bemühungen für einen Mindestlohn, und zwar unter Einbeziehung der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. In unserem Land muss der Grundsatz gelten: Wer Vollzeit arbeitet, soll davon auch angemessen leben können. Meine Damen und Herren, unsere Wachstumsgesellschaft braucht auch eine wertorientierte, langfristige Lebenskultur. Unser Leitmotiv ist das Prinzip der Nachhaltigkeit.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wo jetzt?)

Der Erfolg Bayerns gründet auf der Fähigkeit, den Weg zwischen Bewahren und Fortschritt trittsicher zu gehen. Wir als Staatsregierung wollen deshalb keinen Fortschritt um jeden Preis, sondern einen Fortschritt mit Verantwortung für die nachkommenden Generationen, mit Augenmaß und Ehrfurcht vor der Schöpfung. Wir denken in Generationen bei Umwelt- und Naturschutz,

(Margarete Bause (GRÜNE): Aber Sie handeln nicht so!)

bei Wirtschaft und Finanzen, bei sozialer Sicherung und Infrastruktur, bei Bildung und Integration.

Ein Musterbeispiel für nachhaltiges Handeln ist die Land- und Forstwirtschaft in Bayern. Unsere Landwirte und Forstbesitzer erbringen unverzichtbare Leistungen für unsere wunderbare Landschaft und Natur. Sie stehen für die Nachhaltigkeit durch die Tat, und wir unterstützen deshalb unsere Landwirte und Waldbesitzer in Berlin und Brüssel.

Bayerische Landwirte produzieren Lebensmittel, die qualitativ Weltspitze sind. Die Nachfrage nach Öko-Produkten steigt schneller als die Produktion. Wir för-

dern deshalb die Umstellung und wollen erreichen, dass die Ökoproduktion in der Landwirtschaft bis 2020 verdoppelt wird. Ob es der Winzer in Franken, der Milchbauer im Allgäu, der Viehzüchter in der Oberpfalz oder der Waldbesitzer im Bayerischen Wald ist - sie alle eint die gemeinsame große Leidenschaft nachhaltigen Wirtschaftens, das die Schöpfung und die Grundlagen für künftige Generationen sichert. Wer Zukunft sehen will, muss zu unseren bayerischen Landwirten gehen.

(Beifall bei der CSU)

Ein Pilotprojekt für die Nachhaltigkeit ist der Aufbruch in das neue Energiezeitalter. Wegen dessen großer Bedeutung haben wir alle Energiefragen in einem Energieministerium gebündelt. Sicher, bezahlbar und sauber – das sind unsere energiepolitischen Leitlinien.

Schon heute wird ein Drittel des bayerischen Strombedarfs mit erneuerbaren Energien gedeckt. Wir steigern diesen Anteil bis 2018 auf 40 %, und unser Ziel ist, Bayern zur führenden Region in der Energietechnologie und auch in der dezentralen Energieversorgung zu machen. Damit halten wir die Wertschöpfung im Land.

Wichtige Entscheidungen stehen im Bund an. Nach der gestrigen Diskussion zwischen den drei möglichen Koalitionspartnern in Berlin habe ich allen Grund zur Zuversicht. Da stehen die Reform des Energieeinspeisungsgesetzes, der beschleunigte Bau der Übertragungsnetze und die Sicherung der Grundlastfähigkeit für Kraftwerke an. Bayern wird diese Entscheidungsprozesse sehr intensiv begleiten. Auch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir im Einklang mit Mensch und Natur gestalten. Der Dialog mit den Bürgern ist dabei von zentraler Bedeutung.

Ich darf Ihnen ganz konkret mitteilen, dass es für den Fall einer Großen Koalition in Berlin zu einer Länderöffnungsklausel kommen wird, wonach es jedem Land überlassen bleibt, den Abstand zwischen Siedlungen und besonders hohen Windrädern selbst zu regeln.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich sage das nur, weil ich viel hören und lesen durfte, dass das nicht kommt, gar nicht kommen kann und dass wir wieder einmal ganz alleine stehen. Ich kann auch hier melden: Es kommt.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Und wann wollen Sie die 40 % erreichen?)

Bayern ist Schrittmacher bei der Energieforschung und der Energietechnologie. Schwerpunkte sind der Energiecampus in Nürnberg und die TU München. Ich nenne auch das Zentrum für Angewandte Energieforschung in Erlangen. Hier werden Solarzellen aus dem Drucker entwickelt, eine Revolution für die Energie- und Umwelttechnologie. In Hof und Arzberg wird das dezentrale Energiesystem der Zukunft entwickelt.

Bayern geht noch an einer anderen Stelle voran: Wir kündigen ein Zehntausend-Häuser-Programm an, mit dem wir die Bürger unterstützen, die bei sich zu Hause in innovative Lösungen für die Erzeugung, die Speicherung und das intelligente Management von Energie investieren. Energieautarke Haushalte – das muss unser Ziel sein. Das ist nicht nur gut für die Versorgung der Menschen, sondern macht uns auch unabhängiger vom Energieimport.

(Beifall bei der CSU)

Energiesparen ist die beste Vorsorge. Ich denke auch hier, dass es zu der lange umstrittenen steuerlichen Absetzbarkeit von energetischen Gebäudesanierungen kommen wird. Als Staat müssen wir jedoch bei der Gebäudesanierung mit unseren staatlichen Liegenschaften und Einrichtungen mit gutem Beispiel vorgehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb haben Sie unsere Anträge immer abgelehnt!)

Hier – das wissen wir – rentiert sich jeder Euro.

Meine Damen und Herren, bei der Energiewende schaut die Welt auf Bayern und Deutschland. Der Besuch des französischen Premierministers hat mir das sehr deutlich gemacht. Wir sind Pioniere beim Umbau der Energieversorgung. Wir können, wenn wir es gut und richtig machen, tatsächlich Geschichte schreiben. Lassen Sie uns alle dazu beitragen.

Nachhaltigkeit als bayerisches Handlungsprinzip – das ist ein hoher Anspruch gerade an den bayerischen Staat. Voraussetzung für Generationenverantwortung sind solide Finanzen. Unser Verfassungsauftrag lautet: Keine neuen Schulden, Schuldenbremse einhalten. Die Ausgaben müssen sich dauerhaft an den laufenden Einnahmen orientieren und nicht am Wünschbaren. Meine Damen und Herren, auch darauf werde ich in Berlin hinwirken. Selbstverständlich gilt dies für Bayern in den nächsten Jahren auch. Schon heute machen wir in unserem allgemeinen Staatshaushalt keinen Cent neue Schulden – und das zum neunten Mal in Folge. Wir gehen heute sogar einen großen Schritt im Sinne der Generationengerechtigkeit weiter. Wir wollen im Jahr 2030 das erste Land ohne Schulden werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir tilgen über 2,5 Milliarden Euro und damit 11 % unserer Schulden im allgemeinen Haushalt. Damit sparen wir bis zum Jahre 2030 über 1 Milliarde Euro allein an Zinsen. Gleichzeitig haben wir im Doppelhaushalt unsere Investitionsausgaben auf insgesamt über 11 Milliarden Euro gesteigert. In Zukunft wollen wir das Land mit der höchsten Investitionsquote in Deutschland sein.

Wenn der Anteil der aktiven Bevölkerung schrumpft, die Zahl der Versorgungsempfänger aber steigt, dann müssen wir Vorsorge für unsere Beschäftigten treffen – auf der einen Seite durch die Schuldentilgung und auf der anderen Seite durch den bayerischen Pensionsfonds. Den bayerischen Pensionsfonds werden wir unmissverständlich und regelmäßig bedienen.

(Beifall bei der CSU)

Wir tilgen. Wir sorgen vor. Wir investieren kraftvoll in die Zukunft. Wir in Bayern – das sage ich jeden Tag bei den Koalitionsverhandlungen – beweisen: Stabilität und Dynamik, Schuldentilgung und Wachstum sind keine Gegensätze – sie gehören in Wahrheit zusammen. Wir in Bayern haben die Kraft zu Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Am Beispiel der Finanzen erkennt man, dass Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zusammengehören. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sind ein Geschwisterpaar.

Die bayerische Verwaltung hat einen hervorragenden Ruf. Dafür danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. In Anwesenheit von Herrn Habermann möchte ich jedoch ansprechen, dass wir uns alle gemeinsam in den nächsten Jahren über die steigenden Personalkosten Gedanken machen müssen. Der Anteil der Personalausgaben im bayerischen Staatshaushalt liegt heute schon bei 41 % - Tendenz steigend. Die Folge ist immer weniger Spielraum für Investitionen. Deshalb darf der Personalstand in Bayern nicht weiter steigen. Wer zusätzliche Stellen beantragt, muss anderswo Stellen einsparen. Das bedeutet nicht Stillstand. Es bleibt bei meiner Zusage für zusätzliche Stellen im Justizvollzug.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wo einsparen?)

Meine Damen und Herren, wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Zahl der Stellen und damit die Personalquote nicht steigen. Schauen Sie einmal nach Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Diese Länder zeigen, wohin es führt, wenn man auf diesen Gesichtspunkt keine Rücksicht nimmt: Das geht zulasten der aktiv Beschäftigten, die Kürzungen hinnehmen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Wie bei der finanzpolitischen Zukunftsvorsorge werden wir auch die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen bewahren. Wenn ich in diesen Tagen häufig von Berlin wieder nach Bayern fliege, sehe ich vom Flugzeug aus unser wunderbares Land. Die Schönheit von Natur und Landschaft, sauberes Wasser, reine Luft und ein gesunder Boden – das sind die wahren Schätze Bayerns.

(Margarete Bause (GRÜNE): Beim letzten Mal haben Sie das AKW Isar I gesehen!)

Wir müssen alles dafür tun, um diese Schätze auch an die nächste Generation weitergeben zu können.

(Beifall bei der CSU)

Gemeinsam mit den Kommunen und der Wirtschaft gehen wir kraftvoll die Generationenaufgabe Klimaschutz an. Wir legen ein neues Klimaschutzprogramm "Bayern 2050" auf mit einer Anpassungsstrategie bis in die einzelne Kommune hinein.

Eines möchte ich noch erwähnen, weil es sich um eine gewaltige Zukunftsaufgabe handelt: Im Sommer haben wir ein Jahrhunderthochwasser erlebt. Diese Flutkatastrophen häufen sich. Für den Hochwasserschutz gilt: Jeder Euro für die Prävention beim Hochwasserschutz spart zwei Euro für die Reparatur. Das sollte uns eine Lehre aus vier Hochwasserkatastrophen in kurzer Zeit sein. Deshalb werden wir das Tempo beim Hochwasserschutz weiter erhöhen und dabei auch auf naturnahe Lösungen und Flutpolder setzen.

Wohlstand, ökologischer Fortschritt, soziale Sicherheit – das alles gibt es nur mit nachhaltigem Wachstum. Wir machen Bayern zu dem Modell für die Symbiose von Ökologie und Ökonomie. Wachstum ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt lehnen wir ab. Wir führen intelligentes Wachstum und ökologische Innovation zusammen. Wir nutzen heute unsere Ressourcen in Bayern um über 70 % wirksamer als zu Beginn der Neunzigerjahre. Die Zahl ist wichtig, weil sie belegt, dass die Anstrengungen schon höchst erfolgreich waren. Das ist der bayerische Weg. Diesen setzen wir fort.

Globalisierung, digitaler Aufbruch und demografische Entwicklung verändern die Gesellschaft aber auch in anderer Weise. Zu den kulturellen Auswirkungen der Globalisierung zählt die verstärkte Zuwanderung in unser Land. Freizügigkeit in der Europäischen Union bestimmt immer mehr die Lebensplanungen. Seit 1990 sind per Saldo mehr als 1,5 Millionen Menschen zu uns nach Bayern gekommen, davon fast 700.000

aus dem Ausland. Mehr Zuwanderung nach Bayern bedeutet: Wir werden auch in Zukunft neue Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischen Wurzeln willkommen heißen. Die Vielfalt an Lebensmodellen, kulturellen Prägungen und Erfahrungen nimmt zu. Jeder, der sich in unsere christlich-abendländisch geprägte Gesellschaft integriert, kann unser Land bereichern – mit seinen Ideen und Fähigkeiten, Kenntnissen und Erfahrungen.

Unsere Integrationspolitik orientiert sich an der Würde des Menschen. Integration gelingt in Bayern am besten von allen Ländern. Augsburg, Nürnberg und München, um nur die drei größten Städte zu nennen, haben mehr Migranten als Berlin, aber viel weniger Probleme. Wir haben in Bayern keine Parallelgesellschaften. Die Förderung der Integration ist ein ständiger Prozess – von der Sprachförderung, der frühkindlichen Bildung über die Sozialarbeit bis hin zur Arbeitsvermittlung.

Wir stehen für eine moderne Asylpolitik. Wir müssen dringendst die Asylverfahren beschleunigen. Wir können nicht mit dem gleichen Personal weitermachen, wenn wir die Grenze von 100.000 Asylbewerbern überschreiten. Ich möchte in Bayern – ich hoffe, dass mir das in den Koalitionsverhandlungen gelingt – dafür Sorge tragen, dass die Verfahrensdauer von längstens sechs Monaten eingehalten wird. Gezielt dafür muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr Personal bekommen. Das ist ein wichtiger Punkt in den Koalitionsverhandlungen. Durch straffe Verfahren – das ist meine Erfahrung – werden viele Probleme vermieden, die uns bei unendlich langen Verfahren im Alltag immer wieder beschäftigen.

Ein Arbeitsverbot für Asylbewerber ist in Zeiten hoher Beschäftigungszahlen nicht mehr zeitgemäß. Wir werden in Berlin auf eine Lockerung dieses Verbotes hinwirken.

Wegen der weiter steigenden Asylbewerberzahlen werden wir im ganzen Land die Unterbringungskapazitäten aufstocken und weitere Plätze zur Erstaufnahme schaffen. Ich danke in diesem Zusammenhang unseren Kommunen. Mittlerweile wohnen circa 60 % der Asylsuchenden bei uns in Privatwohnungen oder in Räumlichkeiten, die von Kommunen dezentral zur Verfügung gestellt werden. Ich betone heute mit Blick auf so manche praktische Entwicklung: In jeder Region Bayerns ist ein Aufenthalt zumutbar, meine Damen und Herren, in jeder Region!

(Beifall bei der CSU)

Auch in den Gemeinschaftsunterkünften werden wir Essenspakete durch Geldleistungen ersetzen. Unsere

Sprachkurse für Asylbewerber sind mittlerweile ein bundesweites Vorzeigeprojekt.

Jedem, der berechtigt zu uns kommt, wollen wir eine Heimat bieten. Aber auch künftig gilt für die Bayerische Staatsregierung: Es darf keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme geben.

(Beifall bei der CSU)

Niemand darf sich über den Rechtsstaat und die Grundwerte unserer Demokratie stellen. Wer Rechte beansprucht, meine Damen und Herren, muss auch Pflichten erfüllen. Dazu gehört die Achtung unserer Rechts- und Werteordnung, die den Schutz der wirklich Bedürftigen garantiert. Wer Hass predigt, wer Frauen unterdrückt, wer versucht, unsere Toleranz auszunutzen, dem müssen und werden wir klare Grenzen zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke ausdrücklich dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt für das gemeinsame Vorgehen beim von außen inszenierten Hungerstreik von Asylbewerbern in München im Sommer dieses Jahres. Jedem, der nach Bayern kommt, sollte klar sein: Wir sind eine humane Gesellschaft, aber wir sind nicht erpressbar.

Hass und Gewalt, Extremismus und Rassismus dürfen keinen Platz in Bayern haben. Deshalb sage ich auch heute deutlich, und das war immer meine Meinung: Die NPD muss verboten werden. Ich appelliere an die neue Bundesregierung, dem vom Bundesrat angestregten Verbotsverfahren beizutreten. Das wäre ein Testfall für eine wehrhafte Demokratie.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Bayern ist deutscher Listenführer in zahlreichen Bereichen. Das gelingt nur, weil wir für unsere bayerischen Anliegen eine starke Stimme und Durchsetzungskraft im Bund und in Europa haben. Ich diskutiere nach Verabschiedung der Koalitionsvereinbarungen über die Inhalte und bayerischen Maßstäbe – angekündigt und gehalten - gerne hier in diesem Hohen Hause.

Unsere gemeinsame Aufgabe lautet: Eigenständigkeit Bayerns stärken; Kompetenzen des Bayerischen Landtags gegen Übergriffe aus Berlin und Brüssel verteidigen; unsere Gestaltungskraft für die Menschen in Bayern nutzen. Daran werden wir alle gemessen. Wir alle arbeiten für ein starkes Bayern in Deutschland und in Europa.

Nachdem viele Grundsatzentscheidungen der deutschen Politik in Berlin und Brüssel fallen, kommt es mehr denn je auf eine starke Stimme Bayerns dort an. Ich will Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute zurufen: Besonders auf diesen Feldern der Bundes- und Europapolitik wird die Staatsregierung die Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landtag und allen Fraktionen anstreben – generell, aber hier besonders.

Ich appelliere deshalb an alle Fraktionen. Hier geht es naturgemäß oder meistens nicht um Parteipolitik. Hier geht es um die Vertretung bayerischer Interessen – beim Länderfinanzausgleich ebenso wie bei der Stärkung der föderalen Ordnung. Wir wollen mehr Eigenständigkeit bei den Finanzen. Dabei bleibt es, weil wir als Bayern Motor Deutschlands sind. Doch der derzeitige Länderfinanzausgleich bestraft Leistung. Die Leistung unserer Mittelständler, unserer Handwerker, unserer Arbeitnehmer wird bestraft. Wir stehen in Bayern zur Solidarität. Aber ich sage: Es muss dabei gerecht zugehen. Der Solide, der Tüchtige darf am Ende nicht der Verlierer sein. Deshalb bleibt es auch mit der neuen Staatsregierung bei der Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich in Karlsruhe.

(Beifall bei der CSU)

Wir sehen die föderale Vielfalt in Deutschland als Stärke – gerade bei der Bildung. Bildungszentralismus ist nach unserer festen Überzeugung ein Irrweg. Deshalb wehren wir uns gegen eine Gleichschaltung der Bildungspolitik in Deutschland, nicht aus Selbstzweck, sondern weil es uns darum geht, unseren Kindern auch zukünftig die besten Bildungschancen zu sichern. Jeder muss wissen hier im Hause: Bildungspolitik gehört zu den Kronjuwelen der Länder und damit zum Kernbestand dieses Hohen Hauses. Wir werden unsere Kompetenzen schützen gegenüber Berlin und auch gegenüber Brüssel. Wir schauen auf Bayern. Das ist unser Auftrag.

Bayern liegt bekanntlich jetzt im Herzen Europas. Wir bekennen uns zu Europa als Wertegemeinschaft. Wir haben Europa viel zu verdanken, nicht zuletzt als Exportland. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen das richtige Europa – ein Europa der Bürger, ein Europa der Regionen, ein Europa der Subsidiarität. Wir arbeiten für ein Europa, das sich auf seine wesentlichen Aufgaben beschränkt und nicht ständig mehr Reglementierung, Zentralismus und Bürokratie produziert. Jeder wahre Freund Europas muss deshalb für einen Kurswechsel bei den europäischen Institutionen sein.

Wir kämpfen auch für einen stabilen Euro, für eine Stabilitätsunion statt einer Schuldenunion. Diese Politik trägt bekanntlich bereits erste Früchte.

Wir wollen die Menschen für Europa gewinnen. Wir müssen die Bürger stärker an der Europapolitik beteiligen. Deshalb streben wir bekanntlich Referenden in Deutschland zu grundlegenden europapolitischen Entscheidungen an. Wir wollen die nationalen Parlamente an Brüsseler Entscheidungen stärker beteiligen. Ich darf auch heute darauf hinweisen: In Bayern haben wir durch Volksentscheid die Rechte des Bayerischen Landtags in der Europapolitik gestärkt.

Mit der Initiative "BAYERN GLOBAL" werden wir die internationale Vernetzung Bayerns weiter ausbauen und den Freistaat Bayern als Ort bedeutender internationaler Begegnungen weiter stärken. Wir setzen einen Schwerpunkt auf unsere Kontakte mit unseren unmittelbaren Nachbarn, mit Österreich, der Schweiz und Tschechien. Unsere guten und freundschaftlichen Beziehungen zur Tschechischen Republik werden wir dadurch weiter ausbauen, dass wir eine Vertretung des Freistaats Bayern in Prag errichten können.

Je weltoffener und internationaler eine Gesellschaft ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, desto wichtiger sind die eigenen kulturellen Werte. Kunst und Kultur sind Nahrung für die Seele und auch Daseinsvorsorge. Das Miteinander von Volkskultur und Spitzenkultur gehört zur bayerischen Identität. Dafür steht der Kulturstaat Bayern. Kultur heißt Pflege – Pflege unserer Schöpfung, aber auch Pflege unserer inneren, geistig-kulturellen Werte. Dazu gehört die Pflege nicht nur unserer Geschichte, unserer Traditionen und Bräuche in all ihrer Vielfalt, sondern genauso auch neuer Formen bayerischer Populärkultur in Kino, Kunst, Musik und Theater. Kultur ist nicht Luxus, sondern Lebenselixier. Kultur heißt Kraft zur Zukunft.

Wir wollen die Kulturförderung stärker dezentral ausrichten und an die regionalen und lokalen Kulturträger anpassen. In unserem bayerischen Kulturkonzept setzen wir daneben auch auf Leuchttürme wie das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg und das Sudetendeutsche Museum in München. Ab 2014, also ab dem nächsten Jahr wird es in Bayern einen landesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation geben. Wir drücken damit unseren Respekt vor dem Schicksal und der Lebensleistung unserer Heimatvertriebenen aus.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

In München und Nürnberg sollen neue Konzertsäle für unsere Orchester von Weltrang ermöglicht werden. Das Museum Mensch und Natur in Schloss Nym-

phenburg wird zu einem Naturkundemuseum Bayern ausgebaut. Wir investieren in die Neukonzeption der Festung Marienberg in Würzburg.

In meiner ersten Regierungserklärung im Jahr 2008 habe ich ein Bündnis für Werte angekündigt. Vor drei Jahren haben wir das Wertebündnis aus der Taufe gehoben. Heute können wir nicht ohne Stolz sagen: Das Wertebündnis Bayern ist ein echtes Erfolgsmodell. Über 100 Organisationen, Institutionen, Verbände, Vereine und Stiftungen setzen sich dafür ein, dass Werte aktiv gelebt und erlebt werden können. Sie stehen für einen großartigen Zusammenhalt in Bayern. Dieses Wertebündnis ist einmalig in ganz Deutschland!

Wir werden die christlichen Feiertage uneingeschränkt erhalten. Das Reformationsjubiläum am 31. Oktober 2017 werden wir zum gesetzlichen Feiertag erklären. Das ist Ausdruck der christlichen Prägung unserer Grundwerte und nicht zuletzt auch der Bayerischen Verfassung.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2018 – das ist das Ende dieser Legislaturperiode – werden wir die Verfassung von 1818 und die Ausrufung des Freistaates Bayern im Jahr 1918 würdigen. Bayern hat bekanntlich eine über tausendjährige, stolze Geschichte. Bayern baut auf eine starke Tradition. Aus dieser großen Tradition schöpfen wir die Verantwortung und die Kraft zur Zukunft.

Meine Vision für 2018 war und bleibt: Bayern bietet die beste Lebensqualität für alle Menschen. Dafür soll Bayern in allen Bereichen in Deutschland führend und weltweit in der Spitzengruppe sein.

Zur Verfassung von 1818 hat der Rechtsgelehrte Anselm von Feuerbach den bemerkenswerten Satz geschrieben: "Es ist in sehr vieler Beziehung jetzt eine große Freude Bayern anzugehören." Das gilt auch heute noch. Bayern ist etwas Besonderes. Bayern ist einmalig und einzigartig. Bayern ist eine Insel der Stabilität und Motor des Fortschritts. Bayern ist Freiheit und Geborgenheit. Bayern ist selbstbewusst und tolerant. Kurz zusammengefasst, meine Damen und Herren: Bayern ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Bayern ist Zukunft.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben nur noch die Vorstufe zum Paradies vergessen! Das gehört noch hinein!)

Bayern ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Bayern ist Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der von mir zitierte Rechtsgelehrte, Herr Feuerbach, hat recht: Es ist eine große Freude, in Bayern zu leben und Bayern anzugehören. Es ist ein Glück, in Bayern zu leben. - Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, ich bedanke mich für die Abgabe Ihrer Regierungserklärung. Als Präsidentin des Hohen Hauses darf ich mich ausdrücklich für Ihre Ausführungen zu den Rechten des Parlaments gegenüber dem Bund und Europa bedanken. Das war in unserem Interesse. Das ist auch unsere Auffassung und unser Bestreben. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen ich eröffne jetzt die allgemeine Aussprache. Ich darf an den Ältestenrat erinnern und sagen, dass wir pro Fraktion eine Redezeit von, etwas aufgerundet, 68 Minuten pro Fraktion haben. Ich kündige das nur an. Wie die Verteilung der Redezeit von den einzelnen Fraktionen gehandhabt wird, liegt in deren eigener Entscheidung. Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Herrn Kollegen Rinderspacher, das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wir stehen vor einer gewaltigen Aufgabe. Es gilt, unsere Heimat Bayern in eine gute, in eine noch bessere Zukunft zu geleiten. Dieser Herausforderung haben sich alle im Landtag vertretenen Parteien verschrieben. Daran gibt es keinen Zweifel. Wir müssen unsere Spitzenplätze in Bayern, die wir auf so vielen Gebieten belegen, verteidigen. Wir müssen die Aufholjagd dort, wo wir noch zurückliegen, beschleunigen. Im Gesamtbild steht der Freistaat Bayern im 95. Jahr nach seiner Ausrufung durch den Sozialdemokraten Kurt Eisner gut da. Viele Wirtschaftsdaten sind beispielhaft. Die Arbeitslosigkeit ist auf erfreulich niedrigem Niveau. Die Kriminalitätsrate ist im Vergleich mit den anderen Bundesländern gering. Vielen Menschen in Bayern geht es gut, einigen sogar sehr gut.

Doch wo Licht ist, da ist auch Schatten. Es ist unsere erste Pflicht als Abgeordnete des Bayerischen Landtags, uns nicht in Selbstzufriedenheit zurückzulehnen und von einer vermeintlichen Vorstufe zum Paradies zu fabulieren.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es uns in Bayern so gut geht, haben wir zuallererst dem Fleiß und dem Tatendrang der Menschen in Bayern zu verdanken. Das betrifft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im gleichen Maß wie unsere bayerische Unternehmerschaft. Sie sind die Garanten unseres ökonomischen Erfolgs. Es geht mir aber nicht nur um jene, die in den Betrieben und Unternehmen sehr gute Arbeit leisten. Im Besonderen geht es mir auch um diejenigen, die sich im Ehrenamt um unser Gemeinwohl verdient machen. Jeder dritte Mitbürger und jede dritte Mitbürgerin in Franken, in Schwaben und in Altbayern setzen sich in der Freizeit für Gottes Lohn für unsere Mitmenschen ein. Dieses millionenfache Engagement in Vereinen, Initiativen, bei den Feuerwehren, in Kirchengemeinden, bei Wohlfahrtsverbänden, in Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfen macht das soziale, das menschliche und damit das sympathische Gesicht Bayerns aus. Darauf sind wir gemeinsam stolz. Wir danken allen, die sich Tag für Tag uneigennützig in Bayern in den Dienst der Mitmenschlichkeit stellen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als jüngerer Abgeordneter im Bayerischen Landtag ist es mir ein besonderes Anliegen, der älteren Generation in Bayern für ihre Aufbauarbeit zu danken. Die Erfolge des Freistaats gehen ganz wesentlich auf den vorbildlichen Einsatz und Aufbauwillen unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger zurück. Sie haben ein Anrecht darauf, ihr Leben in Würde und Wertschätzung führen zu können. Wir brauchen in Bayern die Erfahrung, die Urteilskraft und Besonnenheit der älteren Generation, um politisch und wirtschaftlich das Gleichgewicht zu halten. Die SPD-Fraktion arbeitet für ein Bayern, in dem Jung und Alt gut zusammenwirken und generationenübergreifend zusammenarbeiten.

Es freut mich, dass der Ministerpräsident sein Bild vom Älterwerden verändert hat. Herr Ministerpräsident Seehofer hatte noch vor fünf Jahren alle Kabinettsmitglieder im Alter von über 60 Lebensjahren regelrecht aufs Altenteil abserviert. Von der Defizitsicht zur Kompetenzsicht spricht er in seiner Regierungserklärung fünf Jahre später. Das ist eine neue Erkenntnis, Herr Ministerpräsident. Wir begrüßen das.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben in einem lebenswerten und liebenswerten Land. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Wir arbeiten für ein menschliches und ein modernes Bayern, ein Bayern, in dem sich alle Bewohnerinnen und Bewohner zu Hause und heimisch fühlen, egal, ob sie hier gebo-

ren wurden oder zugereist sind, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben, egal ob Mann oder Frau, ob alt oder jung, gesund oder krank, unabhängig von der Religionszugehörigkeit, der Weltanschauung, der Herkunft oder der sexuellen Orientierung. Die Menschen in Bayern sollen ein freies, ein selbstbestimmtes und chancenreiches Leben führen können. Sie sollen sich dabei gut aufgehoben fühlen. Dafür machen wir Sozialdemokraten hier im Bayerischen Landtag Politik. Das ist die politische Verantwortung, die wir wahrnehmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das Lebens- und das Liebenswerte in Bayern ist in vielen Jahrhunderten entstanden. Es ist nicht das Erbe einer Partei. Das Gute und das Schöne in Bayern hat kein Parteivorsitzender, kein Generalsekretär und auch kein Funktionärsngremium, gleich welcher Partei, erarbeitet. Die herrlichen Landschaften, die wertvollen Traditionen und Bräuche, unsere wunderbare Kultur, um die uns viele beneiden – ja, es ist ein Glück, in Bayern zu leben, Herr Ministerpräsident. Feuerbach hat Recht; auch das kann ich unterschreiben, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gleichen heute unsere politischen Vorstellungen darüber ab, was getan werden muss, um unsere Heimat auf einem guten Kurs zu halten beziehungsweise auf einen guten Kurs zu bringen, wo dies noch nicht der Fall ist. Ich will mich dabei auf einige wenige Schwerpunkte konzentrieren. So sehr die allgemeine Aussage "Bayern geht es gut" stimmt - wer wollte dem ernsthaft widersprechen? -, umso deutlicher zeigen sich in der Detailansicht der vergangenen Jahre Brüche und Fehlentwicklungen. Aus meiner Sicht gibt es vier zentrale Herausforderungen, die die bayerische Landespolitik mit Nachdruck angehen muss.

Erstens. Der fortschreitende demografische Wandel beeinflusst das Leben in unserer Heimat zunehmend. Es werden zu wenige Kinder geboren, zugleich steigt die Lebenserwartung erfreulicherweise an. Diese Entwicklung erfordert ein aktives Handeln der Politik und der Gesellschaft. Unser Bayern der Zukunft ist ein Land, in dem Stadt und Land Hand in Hand gehen und kein Landstrich abgehängt wird.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Der wirtschaftliche Fortschritt in Bayern ist kein Selbstläufer. Unser Bayern der Zukunft ist ein Land, in dem Wirtschaftspolitik nicht allein dem Markt überlassen bleibt, sondern der Freistaat nimmt seine Verantwortung vorausschauend und gestaltend wahr

und schafft Rahmenbedingungen, die der bayerischen Wirtschaft Entwicklungsperspektiven eröffnen und faire Bedingungen in der Arbeitswelt herstellen.

Drittens. Bayern hat in verschiedenen Bildungsstudien durchaus gute Eckwerte erzielt. Die Chancen unserer Kinder sind im Freistaat aber sehr ungleich verteilt. Sie sind nach allen vorliegenden Studien so sehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig wie in keinem anderen Bundesland.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD):
So ist es leider!)

Unser Bayern der Zukunft ist hingegen ein Land, in dem kein Kind verloren geht.

Viertens. Bayern ist ein reiches Land. Umso mehr kann es uns als die politischen Verantwortungsträger nicht ruhen lassen, dass im Freistaat die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Das Armutsrisiko für viele Bürgerinnen und Bürger ist in den letzten Jahren gestiegen, nicht gesunken. Unser Bayern der Zukunft ist deshalb ein Land, in dem Solidarität und Zusammenhalt nicht nur in Sonntagsreden propagiert werden. Soziale Gerechtigkeit will auch politisch organisiert sein; dafür steht die SPD. Dafür werden wir hier im Hohen Hause in den kommenden fünf Jahren Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt sicher viele denkbare Antworten und Lösungsansätze für die beschriebenen Herausforderungen. Eine Antwort des Ministerpräsidenten erscheint uns besonders zweifelhaft, nämlich die Installation eines Heimatministers und der Glaube, die beschriebenen Herausforderungen wären damit gelöst. Die Erwartungen der bayerischen Bevölkerung an diesen Heimatminister sind sehr hoch. Der Ministerpräsident hatte im Wahlkampf in allen sieben Regierungsbezirken versprochen, es möge Manna regnen. Der neue Heimatminister soll das richten. Motto: Haben Sie ein Problem? Egal, wo Sie in Bayern leben, schreiben Sie an Markus Söders Homeoffice nach Nürnberg. Die Söder-Politikzentrale kümmert sich schon.

Wir kritisieren: Die CSU sucht die Lösung für dezentrale Probleme schon wieder einmal im Zentralismus. Ein zentral organisiertes Ministerium in der zweitgrößten Metropole des Landes soll es richten. Das sogenannte Heimatministerium ist in unseren Augen ein Marketing-Gag und nichts anderes als die Forstsetzung des CSU-Zentralstaats mit anderen Begriffen und mit einer anderen Postadresse. Bayern braucht aber nicht mehr CSU-Zentralstaat; denn davon haben wir mehr als genug und viel zu viel. Heimat ist auch

nicht mit Markus Söders Fernbedienung zu gestalten, weder aus Nürnberg noch aus München. Heimat findet vielmehr dort statt, wo sie ihren Ursprung hat, und das ist vor Ort. Heimat stiftet vor Ort Identität und Charakter. Was Bayern braucht, sind mehr Dezentralität, mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung in den Regionen. Freiheit statt Zentralismus, das muss das Credo der bayerischen Landespolitik in den kommenden Jahren sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ergänzt um das 2004 verfassungsrechtlich verankerte Konnexitätsprinzip, wer anschafft, der bezahlt, ist die Subsidiarität für uns Sozialdemokraten das ganz entscheidende freiheitliche Ordnungselement für den Freistaat Bayern. Subsidiarität steht für die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Um es zu übersetzen: Vor Ort finden die Betroffenen bessere Lösungen, und sie haben bessere Ideen als die Münchner CSU-Zentralministerialverwaltung.

Das ergibt sich schon aus einem Blick auf die Landkarte. Bayern ist mit über 70.000 Quadratkilometern das mit Abstand größte deutsche Flächenland: 71 Landkreise, 25 kreisfreie Städte. Andere Bundesländer sind viel kleiner. Das Saarland beispielsweise hat eine Fläche, die nicht viel größer ist als der Landkreis Ansbach. Oder nehmen wir Thüringen und Schleswig-Holstein. Sie sind jeweils kleiner als der Regierungsbezirk Oberbayern. Schon allein deshalb, schon aufgrund der Größe des Freistaats Bayern, sollte sich eine Münchner Zentralregierung oder ein Nürnberger Zentralkomitee nicht einbilden, alle Antworten für jeden Winkel Bayerns parat zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten treten für ein Bayern der Regionen ein und gegen das durchgängige CSU-Zentralstaatsprinzip, das alles, bis ins letzte kleine Detail, von der Zentral-Staatskanzlei und jetzt vom Heimatministerium aus steuern und lenken will.

Meine Damen und Herren, die bayerische Bevölkerung hat am 15. September per Volksentscheid gleichwertige Lebensbedingungen als Verfassungsziel in unsere Bayerische Verfassung aufgenommen. Dieses neu definierte Verfassungsziel wird in der laufenden Legislaturperiode unsere volle Aufmerksamkeit abverlangen. Nachdem die Regierungsfraktion einen eigenen Landtagsausschuss mit dem Titel "Heimat, gleichwerte Lebensbedingungen und Infrastruktur in den Regionen" abgelehnt hat, wird die SPD eine gleichlautende Heimat-Enquetekommission einsetzen. Der Enqueteauftrag und die Themen liegen auf

der Hand: Verbesserung der Internetversorgung, Sanierung der Verkehrswege, Erhalt der Schulen und der medizinischen Versorgung, aber auch die Begrenzung der Mietenexplosion in den Ballungszentren sowie die Stärkung der kulturellen Landschaft in der Fläche. All diese Themen sind für die Menschen in Bayern eng damit verbunden, wie sie ihre Heimat erleben. Hier gibt es erheblichen Handlungsbedarf; das dürfte in diesem Hohen Hause unstrittig sein. Selbst der neue Heimatminister Markus Söder spricht in einem Interview mit der "Bayerischen Staatszeitung" inzwischen von Bayern als einem Land der zwei Geschwindigkeiten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Bayern, ein Land der zwei Geschwindigkeiten! Herr Söder, wo Sie Recht haben, haben Sie Recht.

Ich nenne einige Beispiele: Die CSU hat es über 50 Jahre zugelassen, dass die wirtschaftliche Schere innerhalb Bayerns stark auseinandergeht. Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen im Landkreis Freyung-Grafenau liegt weit unter dem bayerischen Durchschnitt bei 74 %. Im Landkreis München liegt es weit über dem bayerischen Durchschnitt bei über 171 %, das ist mehr als zweieinhalbmal so hoch. Ein anderes Beispiel: die Kaufkraft. Im Landkreis Starnberg verfügte im Jahr 2012 jeder Einwohner über eine Kaufkraft von 30.000 Euro. Im östlichen Bayern lag die Kaufkraft je Einwohner vielfach weit unter dem bayerischen Durchschnitt von etwa 22.000 Euro. Das, meine Damen und Herren, nennen Experten "erhebliche regionale Disparitäten". Während in Teilen Oberfrankens und der nördlichen Oberpfalz Kindergärten und Schulen wegen Kindermangels geschlossen werden, kommen die boomenden Metropolen mit dem Bau von Kindergärten und Schulen nur mit großer Anstrengung gerade noch hinterher. Während in manchen Gegenden Bayerns dramatischer Wohnungsleerstand zu verzeichnen ist, wird der Wohnraum in den Metropolen immer knapper. Die Mieten und die Immobilienpreise explodieren dort.

Die Probleme hinter all diesen nüchternen Fakten, meine Damen und Herren, werden beim Blick auf die sehr heterogene Bevölkerungsentwicklung in den Regierungsbezirken in den nächsten Jahren noch verstärkt: Während für Oberbayern bis zum Jahr 2031 ein Bevölkerungsplus von 6,5 % prognostiziert wird, wird für Oberfranken ein Minus von 9,3 % erwartet.

Welche Konsequenz ergibt sich daraus für uns als verantwortliche Politiker? – Zunächst, so meine ich, gehört es zu unseren Pflichten als Politiker mit Verantwortung, den Menschen vor Ort reinen Wein einzuschenken. Wir können niemandem versprechen, de-

mografische Entwicklungen aufzuhalten und in kürzester Zeit ins Gegenteil zu verkehren. Wir leben dankenswerterweise auch nicht in einer Planwirtschaft und haben den Menschen in Bayern auch nicht vorzuschreiben oder vorzugeben, wo sie gefälligst zu wohnen und zu leben haben.

Eines steht für mich fest: Die CSU reagiert viel zu spät auf diese beschriebenen Entwicklungen, und sie hat deren Beschleunigung mit einer einseitigen Fokussierung auf Bayerns Leuchttürme mit zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Punkt: Zentralistische politische Organisationsformen wie das Zentralkomitee für Heimat von Herrn Söder sind keine passenden Lösungen für die heterogenen Entwicklungen. Es muss das Prinzip gelten: agieren statt reagieren, rechtzeitige Prävention statt später Reparatur. Dabei geht es um alle Politikbereiche, von der Wirtschaftsförderung über Schule, Hochschule und Gesundheitsvorsorge bis hin zur Dorferneuerung und zum Straßenbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die bayerischen Kommunen stärker machen. Die Kommunen sind Garanten für Bürgernähe und soziales Miteinander. Sie sind ganz nah an den alltäglichen Problemen und Sorgen der Menschen. Vor Ort werden Demokratie und Lebensqualität erfahrbar gemacht. Deshalb können in den Kommunen besonders pragmatische und sachgerechte Lösungen entwickelt und Entscheidungen aus Markus Söders Nürnberger Elfenbeinturm vermieden werden.

(Beifall bei der SPD)

Kommunale Selbstverwaltung setzt hinreichende Finanzen voraus. Bei den Kommunalfinanzen besteht ein regelrechter Reformstau, der sich über viele Jahre aufgebaut hat und der Schritt für Schritt abgearbeitet werden muss. In der Amtszeit von Herrn Seehofer stieg das Volumen des Staatshaushalts um 22,2 %, das des kommunalen Finanzausgleichs nur um 18,4 %. Die kommunale Verschuldung pro Kopf ist in Bayern mehr als doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg. Und auch hier wird deutlich: Die CSU hat die Politik der schwarzen Null auf Kosten der Kommunen betrieben.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU betreibt Zentralismus im Umgang mit den bayerischen Kommunen. Mit 76 Fördertöpfen im kommunalen Finanzausgleich und 369 Fördertöpfen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs werden

die Kommunen am kurzen Zügel der Zentralregierung in München gehalten.

Herr Ministerpräsident, Sie versprechen heute Entbürokratisierung. Wir wissen, wo Sie anfangen könnten: Entrümpeln Sie das Dickicht an Fördertöpfen beim kommunalen Finanzausgleich und gönnen Sie unseren Kommunen die Butter auf dem Brot!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Die SPD wird im Bayerischen Landtag dafür arbeiten, unsere Kommunen zu stärken, sie robust und widerstandsfähig zu machen. Dafür benötigen unsere Kommunen mehr eigene Mittel und mehr eigene Ressourcen. Machen wir unsere Kommunen stark, dann ist Bayern stark, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein zweiter maßgeblicher Antrieb für die Zukunft unseres Landes neben der notwendigen Stärkung der Regionen muss eine starke Bildungspolitik sein. Bildung ermöglicht die Perspektive auf ein weitgehend selbstbestimmtes Leben und die demokratische Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft. Bildung ist eine wichtige Sprungfeder für Aufklärung, Fortschritt, Gerechtigkeit und Solidarität. Eine starke Bildungspolitik ist für uns als Bildungspartei aber nicht nur ein Imperativ der Humanität; eine starke Bildungspolitik, die keine Talente auf der Strecke lässt, ist für uns in Bayern auch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts rückläufiger Geburtenzahlen und des Fachkräftemangels benötigt Bayern mehr denn je gut ausgebildete und hoch qualifizierte junge und auch ältere Fachkräfte. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft geht davon aus, dass in Bayern bis zum Jahr 2030 1,1 Millionen Fachkräfte fehlen werden. Dieser Fachkräftemangel entspräche einem Wohlstandsverlust von 650 Milliarden Euro in Bayern bis zum Jahr 2030.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen sicherlich konform darin, dass es eines ganzen Maßnahmenbündels bedarf, um in Zukunft die steigende Nachfrage nach gut qualifizierten Arbeitskräften decken zu können. Eine landespolitische Weichenstellung muss jedoch jetzt dringend in Angriff genommen werden: die Bildung in Bayern auf allen Ebenen zu stärken; denn es dauert ein bis zwei Jahrzehnte, bis erfolgreiche Reformen im Bildungssystem ihre Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt entfalten.

Der Ministerpräsident hat heute die Investitionen seiner Regierung in die Bildung gerühmt. Bei genauerem Hinsehen ergibt sich jedoch die nüchterne Erkenntnis, dass Bayern nur auf Platz 8 im Bundesländervergleich steht, wenn es um den Anteil der unmittelbaren Ausgaben für Schulen im Staatshaushalt geht, hinter Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, die die vorderen Plätze belegen.

Es gibt eine weitere nüchterne Wahrheit: In keinem anderen Bundesland hängen Bildungschancen so sehr vom Geldbeutel, vom Wohnort und von der Ausbildung der Eltern ab wie in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute hier angekündigt, Sie wollten in der Bildungspolitik keine Reformen mehr. Die maßgeblichen Probleme und Herausforderungen sind doch aber alles andere als gelöst. Noch immer ist der Unterrichtsausfall in Bayern viel zu hoch. Noch immer sind die Klassen viel zu groß, um eine individuelle Förderung unserer Kinder hinreichend zu ermöglichen. Noch immer ist die Zahl derer, die ohne Schulabschluss und damit ohne Berufsperspektiven bleiben, zu hoch. 7.000 Schülerinnen und Schüler sind das jedes Jahr. Die Reparaturkosten für unsere Gesellschaft steigen damit jedes Jahr. Durch eine sehr einseitige Orientierung auf Auslese vergeuden Sie Potenziale und verbauen jungen Menschen Lebenschancen. Das werden wir uns in Bayern künftig nicht mehr erlauben können.

(Beifall bei der SPD)

Eine gute Bildungspolitik ist die beste Prävention gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Deshalb sagen wir, die oberste Prämisse von Bildung in Bayern muss sein: Kein Kind darf verloren gehen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Noch immer hat ein Facharbeiterkind eine siebenmal geringere Chance, das Abitur zu machen, als ein Akademikerkind. Noch immer sind die Schulabschlüsse in den Regionen höher, in denen viel Geld vorhanden ist. Damit geht auch die Privatisierung bayerischer Bildungsanstrengungen ein Stück weit einher. Jedes Jahr bezahlen bayerische Familien privat etwa 250 Millionen Euro für Nachhilfeunterricht. Das sind diejenigen Familien, die es sich leisten können. Kinder aus Familien mit schmalerem Geldbeutel bleiben auf der Strecke. Wer sich im System Spaenle gar nicht mehr weiterzuhelfen weiß, schickt sein Kind für viel Geld auf eine Privatschule. Während staatliche Schulstandorte massenhaft geschlossen werden

mussten, 700 an der Zahl in den letzten zehn Jahren, sind im gleichen Zeitraum in Bayern knapp 100 neue Privatschulen entstanden, davon allein fast 40 in den kaufkraftstarken Regionen Oberbayerns, also dort, wo viel Geld vorhanden ist. Wohl dem in Bayern, der Geld für Bildung hat! Wir erinnern uns an die frühere CSU-Schulministerin Frau Hohlmeier: Sie konnte sich die Privatschule für ihre Kinder leisten.

Die stetig wachsende Zahl von Privatschülern steht nach meiner Überzeugung auch mit der überhasteten Einführung des verkürzten Gymnasiums G 8 in Verbindung. Viele Eltern halten für ihre Kinder ein langsames, ausführlicheres Lernen in neun Schuljahren für die bessere Variante. Deshalb bleibt die Debatte über die besten Lernformen an bayerischen Gymnasien auch in dieser Legislaturperiode auf der Tagesordnung. Dafür werden wir Sozialdemokraten Sorge tragen, auch wenn Sie, Herr Ministerpräsident, das Thema am liebsten beerdigen würden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für die SPD sind in der bayerischen Bildungspolitik die folgenden drei Punkte vordringlich. Punkt eins lautet: gute Bildung von Anfang an. Nach unserem Verständnis sind bereits die bayerischen Kinderbetreuungseinrichtungen Bildungseinrichtungen. Das beginnt in der Kinderkrippe. Die CSU-Zentralregierung hat das über einen viel zu langen Zeitraum negiert und ganz anders gesehen. Das hatte zur Folge, dass Bayern im Bundesländervergleich bei der Kinderbetreuung weit hinterherhinkt. Der Freistaat liegt im Bundesländerranking der Statistik über die Betreuung der Kinder unter drei Jahren lediglich auf einem enttäuschenden zwölften Platz. Die bundesweit niedrigsten Betreuungsquoten weisen die kreisfreie Stadt Amberg und der Landkreis Berchtesgadener Land auf. Auch die bayerischen Städte Straubing und Kaufbeuren liegen ganz am Ende. Statt im Bund mit dem Betreuungsgeld Fehlanreize gegen den Rat aller Experten durchzudrücken, muss Bayern dringend weitere Kinderbetreuungsplätze schaffen und auch in die Qualität der Betreuungseinrichtungen investieren. Das ist unsere Überzeugung.

(Beifall bei der SPD)

Punkt zwei betrifft den Erhalt der wohnortnahen Schule. Wo die Schule stirbt, da stirbt das Dorf. Dieser Satz ist so erschreckend wie wahr. Wie gesagt, 700 Schulstandorte mussten in den letzten zehn Jahren in Bayern schließen. Der Freistaat gibt heute 100 Millionen Euro mehr für die Schülerbeförderung im Schulbus aus als noch vor 13 Jahren. Schulbusunternehmer müsste man in Bayern sein! Das ist mit der

CSU im Freistaat ein Geschäftsmodell der Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Schulwege für Bayerns Schülerinnen und Schüler werden immer weiter und immer länger. Eine Anfahrt dauert 60 bis 70 Minuten, ebenso lange der Heimweg. Viele Kinder sitzen pro Woche länger im Schulbus als im Mathematik- und Deutschunterricht zusammengekommen. Dieser Entwicklung kann die CSU-Zentralregierung doch nicht tatenlos zusehen. Vielmehr muss die Maxime gelten: kurze Beine, kurze Wege.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident verkündet heute eine staatstragende Bestandsgarantie für rechtlich selbstständige Grundschulen. Den Eltern, Schülern und Lehrern und auch den Bürgermeistern vor Ort ist es relativ egal, welche Rechtsform die Schule hat. Ihre heute verkündete Bestandsgarantie, Herr Ministerpräsident, ist eine Mogelpackung; denn 300 Schulen in 300 Orten in Bayern sind nicht rechtlich selbstständig. Ich behaupte: Diese Grundschulen werden Sie in den nächsten fünf Jahren schließen, genauso wie die 150 Mittelschulstandorte, die aufgrund ihrer Schülerzahl akut von Schließung bedroht sind.

(Beifall bei der SPD)

Gute Bildungspolitik muss wohnortnah alle Qualitätsstandards gewährleisten und alle Schulabschlüsse ermöglichen, lange Schulwege vermeiden und als Lösung regionale Schulmodelle zulassen, um gleiche Chancen in Stadt und Land zu schaffen, und zwar mit der Schule, in der möglichst alle Schulabschlüsse unter einem Dach angeboten werden. Das ist unser Lösungsvorschlag. Verweigern Sie sich nicht weiter bildungspolitischen Fortschritt in Bayern!

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu Punkt drei: Wir brauchen mehr Ganztagsschulangebote. Das hatte der Ministerpräsident bereits in seiner Regierungserklärung von 2008 versprochen. Ich zitiere wörtlich aus der schriftlichen Fassung der Regierungserklärung von Horst Seehofer 2008: "Wir werden flächendeckend Ganztagschulen in allen Schularten anbieten." – Herr Ministerpräsident, Sie haben eben hier gesagt, all das, was Sie angekündigt haben, hätten Sie auch umgesetzt. – Aber hier im Bayerischen Landtag befinden wir uns nicht in einer Comedy-Veranstaltung. Ich weiß, dass Sie Humor haben. Doch eigentlich müsste es Ihnen peinlich sein, dass Sie dieses Versprechen fünf Jahre später nochmals auf die Tagesordnung setzen müssen, weil nichts passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Wahrheit ist: Nur 5 % aller Schülerinnen und Schüler in Bayern kommen in den Genuss eines Ganztagsschulangebots. Damit liegt Bayern nach der jüngsten Bertelsmann-Studie auf Platz 14 im Bundesländervergleich. Ist das Ihr Anspruch, Herr Ministerpräsident? Unserer ist es nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Ich nenne ein paar Zahlen, auch wenn das für Sie womöglich anstrengend ist. Von 2.300 Grundschulen besitzen lediglich 300 Ganztagsklassen. Sie sprechen schon dann von einer Ganztagschule, wenn es darin nur eine einzige Ganztagsklasse gibt. Noch nicht einmal 10 % der 415 Gymnasien haben auch nur eine einzige Ganztagsklasse. Noch nicht einmal 10 % der 365 Realschulen haben auch nur eine einzige Ganztagsklasse.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, eine gute Ganztagschule bedeutet mehr als Nachmittagsbetreuung.

(Beifall bei der SPD)

Sie organisiert einen abwechslungsreichen Tagesablauf, in dem es Zeit und Raum für individuelle Förderung gibt. Die Ganztagschule als Angebot endet hausaufgabenfrei in der Regel um 16 Uhr. So soll es sein. Dann bleibt ausreichend Zeit, den persönlichen Interessen nachzugehen und sich in örtlichen Vereinen zu engagieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildung ist der Schlüssel zu einer demokratischen Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und befähigt sie zu einer aktiven Mitgestaltung. Dazu gehören für uns auch starke Berufsschulen, lebenslanges Lernen und die Erwachsenenbildung als feste Säule des Bildungsangebots. Wir werden als SPD dafür arbeiten, den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Ausbildung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Kindergarten, an der Regelschule und an der Hochschule ist uns Sozialdemokraten eine Herzensangelegenheit. Als SPD treten wir hier im Landtag für eine moderne Bildungs- und Wissensgesellschaft ein. Wir wollen echte Chancengleichheit für alle durch das Recht auf eine langfristig gebührenfreie Bildung durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in einer guten Partnerschaft mit der bayerischen Bevölkerung ist es der Opposition im Bayerischen Landtag gelungen, die Studiengebühren in Bayern abzuschaffen und der CSU-Zentralregierung ein Stück weit mehr Bildungsgerechtigkeit abzutrotzen. Dass in der Hochschulpolitik noch längst nicht alle Herausforderungen bewältigt sind, haben die bayerischen Universitäten jetzt mit einem Positionspapier von elf Präsidentinnen und Präsidenten untermauert. Das ist ein Positionspapier, das einem Brandbrief gleichkommt; ja, man kann sagen: Die Hochschulen schlagen Alarm. Dort heißt es, Bayern hinke deutlich hinter den aktuellen Entwicklungen hinterher. In der jüngsten Vergangenheit sei man bereits hinter Baden-Württemberg zurückgefallen. Frau Professorin Sabine Doering-Manteuffel wird zitiert: Es gehe dabei insbesondere um die Internationalisierung, Autonomie und Verantwortung und um Innovationsförderung; für Nachwuchswissenschaftler gebe es zu wenig soziale Sicherheit; der Wissenschaftsbetrieb sei familienunfreundlich. Sie kommt zum Fazit: Wir sind nicht wirklich fit für den internationalen Wettbewerb.

Herr Ministerpräsident, wir teilen ganz ausdrücklich Ihren Anspruch, Bayern bei Forschung und Innovation ganz nach vorne zu bringen. Aber die bayerische Forschungsintensität stagniert seit den Neunzigerjahren. Innovationshäufigkeit und -geschwindigkeit lassen merklich nach. In Bayern liegt der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandsprodukt bei noch nicht einmal 3 % und damit deutlich hinter Baden-Württemberg und hinter Berlin. Bayern droht – so heißt es in dem Schreiben – weiter zurückzufallen und seine Spitzenstellung zu verlieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen Sie sich doch einmal viele Hörsäle und Seminarräume in Bayern an! Ich erwähne ein aktuelles Beispiel aus Erlangen. Dort fiel im Sommer die Decke auf den Schreibtisch eines Archäologen. Einstürzende Altbauten, Asbest und PCB in der Atemluft, Schimmel im Keller. Viele Geisteswissenschaftler der Universität Erlangen sind derzeit verzweifelt, schreibt eine große Münchner Tageszeitung. Nur ein Teil des bröckelnden Betongebäudes wurde zum Semesterbeginn notdürftig saniert. Die meisten Politologen, Soziologen, Geografen, Historiker und Wirtschaftswissenschaftler konnten nicht in ihre Büros zurückkehren. Am Eingang zum Institut steht der Warnhinweis: Betreten verboten – Lebensgefahr.

Meine Damen und Herren, der gesamte Sanierungsbedarf der bayerischen Universitäten summiert sich auf drei bis fünf Milliarden Euro. Das sollte in dieser Legislaturperiode zu schaffen sein. Herr Ministerpräsi-

dent, setzen Sie sich das Ziel, dass dieser Sanierungsstau abgebaut wird!

(Beifall bei der SPD)

Ich bleibe dabei: Der neue Hochschulminister hat eine Chance verdient, sich zu beweisen. Das habe ich bereits vor einigen Wochen bei der Vorstellung des Kabinetts gesagt. Ihr Arbeitsauftrag, Herr Spaenle, ist klar: Der Sanierungsstau an den Hochschulen muss behoben, die Arbeitsbedingungen verbessert, bessere Studienmöglichkeiten für die Studierenden verwirklicht und die Wohnungsnot in den Studentenstädten behoben werden. Herr Staatsminister, wir erwarten, dass Sie demnächst liefern und nach den obligatorischen 100 Tagen Schonfrist ein schlüssiges Programm vorlegen. Ein Superminister darf da gerne auch mal superschnell sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, noch ein zweites Versprechen hatte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vor fünf Jahren am 10. Dezember 2008 abgegeben. Auch das möchte ich wörtlich zitieren. Zitat Horst Seehofer: "Wir werden dafür sorgen, dass spätestens in drei Jahren die Bürger überall in Bayern Zugang zu schnellem Internet haben."

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört! Aber sicher!)

In drei Jahren wäre Ende 2011 gewesen, Herr Ministerpräsident. Heute verkaufen Sie die gleiche Soße ganz einfach noch einmal und müssen Ihr Versprechen wiederholen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Viel zu viele Haushalte in Bayern sind noch gar nicht breitbandversorgt. Die meisten Übertragungsgeschwindigkeiten liegen bei einem bis zwei Megabit pro Sekunde. Das sind im heutigen Kommunikationszeitalter Geschwindigkeiten eines Pferdefuhrwerks. Wir brauchen jedoch Geschwindigkeiten eines ICE, und einer Ihrer Vorgänger würde vielleicht sogar sagen, Geschwindigkeiten eines Transrapid. 2008 haben Sie Ihre Ankündigung gemacht, 2011 wollten Sie fertig sein, aber der erste Fördercent konnte erst 2013 fließen, weil Sie das Programm bis dahin nicht in Gang bringen konnten. Dabei wollten Sie doch 2011 schon fertig sein.

Nach dem Start des Programms im Januar haben sich bisher lediglich acht Gemeinden durch die erste Hälfte der 19 Verfahrensschritte gekämpft. Wir teilen als SPD die Befürchtungen des Bayerischen Gemeindetags, dass die bei der Europäischen Union ange-

meldeten Fördergelder von zwei Milliarden Euro nicht abgerufen werden können.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Bürokratieabbau versprochen. Da können Sie anfangen. Machen Sie sich an die Arbeit und korrigieren Sie bitte zügig Ihre Fehler aus der letzten Amtszeit.

(Beifall bei der SPD)

Unzureichende Übertragungsgeschwindigkeiten, lange Reaktionszeiten und mangelnde Verfügbarkeit: Die Menschen in Bayern sitzen vor ihren Bildschirmen, und nichts rührt sich. Das ist nicht nur nervig, sondern stellt auch Hürden für bayerische Unternehmer und Selbstständige dar. Daraus erwachsen für den Standort Bayern schon heute wirtschaftspolitische Nachteile. Sie sprechen von einer digitalen Revolution, dabei verantworten Sie digitale Stagnation, Herr Ministerpräsident. Will Bayern nicht weiter zurückbleiben, muss der Freistaat drei bis fünf Milliarden Euro zusätzlich in die Hand nehmen, um den Netzausbau flächendeckend zu bewältigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch bei der Energiewende stand die Staatsregierung bisher auf der Bremse. Tatendrang und Aktivität wurden allenfalls vorgetäuscht. Hier gab es ein ganzes Bündel von Maßnahmen; nämlich Energiegutachten, Energieberichte, Energiedialoge, Energiekongresse und Energiegipfel. Ein Energiepreis wurde vergeben, ein Energiekonzept erstellt und eine Energieprognose abgegeben. Es wurden ein Energiebeirat und eine Energiekommission gebildet, und jetzt gibt es als Krönung noch eine Energieplattform. Herr Ministerpräsident, mit dem Energiemarketing sind Sie durch. Bitte machen Sie sich jetzt an die Arbeit, und das energisch.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Handeln wäre eine gute Alternative!)

Während Industrie und Verbände den notwendigen Netzausbau und massive Investitionen in die Strom- und Gasleitungsnetze in Bayern fordern, gründet die Staatsregierung immer wieder neue Arbeitskreise. Aber anstatt die landespolitischen Hausaufgaben abzarbeiten, will Ministerpräsident Seehofer den Ausbau der Windenergie mit neuen Abstandsregelungen nun sogar völlig zum Stillstand bringen.

Nur damit kein Missverständnis aufkommt: Als bayerische SPD begrüßen wir die neue Länderöffnungsklausel ausdrücklich nicht. Wir sehen es auch überaus kritisch, Herr Ministerpräsident, dass Sie gleichzeitig die Kapazitäten des Atomkraftwerks Gundremmingen hochfahren.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach vielen Wendungen ist Herr Seehofer wieder dort angekommen, wo er energiepolitisch einst war, hatte er doch bei seiner Regierungserklärung 2008 die Verlängerung der Atomlaufzeiten für unverzichtbar erklärt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Alles andere sei umwelt- und wirtschaftspolitisch nicht zu verantworten. Immerhin, dieses Vorgehen halten wir für richtig: Die Aufgaben für Energie haben Sie jetzt in einem Ministerium gebündelt. Frau Ministerin Aigner, wir wünschen Ihnen alles Gute für diese wichtige Aufgabe. Sie haben unsere volle Unterstützung. Aber wir erwarten, dass Sie jetzt einen Plan darüber vorlegen, wie Sie vorgehen wollen. Mit Marketing und schönen Fotos allein ist es nicht getan. Bitte machen Sie sich sofort an die Arbeit. Sie sind zeitlich in Verzug.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist die hoheherrschaftliche Aufgabe des Freistaats, die Verkehrsinfrastruktur intakt zu halten. Das hat die Staatsregierung in der Vergangenheit vernachlässigt. Der vermeintlich ausgeglichene Haushalt entpuppt sich schnell als Luftnummer, wenn notwendige Sanierungsmaßnahmen einfach mal in die Zukunft verschoben und künftigen Generationen aufgebürdet werden. Mit vorausschauender, generationengerechter Politik hat das nichts zu tun. Ich will einige Beispiele nennen.

Beispiel bayerische Staatsstraßen: Jede dritte Staatsstraße in Bayern, insgesamt über 4.000 km, ist nach Angaben des Innenministeriums dringend sanierungsbedürftig. Die Schlaglochpisten im ländlichen Raum sind gewiss keine Vorstufe zum Paradies. Der Sanierungsbedarf bei den Staatsstraßen wird auf 720 Millionen Euro beziffert.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Bei den Staatsbrücken sieht es nicht besser aus. Jede dritte Brücke ist marode, 1.163 Brücken bayernweit. Sanierungskosten: 800 Millionen Euro.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich in den vergangenen Monaten auf die Finanzierung der Bundesautobahnen gestürzt, auch um von den eigenen Verantwortlichkeiten und Unzulänglichkeiten bei den bayerischen Staatsstraßen abzulenken. Wir sagen: Erledigen Sie bitte zunächst in Bayern Ihre Hausaufgaben, bevor Sie in Berlin mit unausgegorenen Mautkonzepten Krawall machen. Erfüllen Sie hier in Bay-

ern Ihre selbstverständlichen Pflichten. Das ist es, was die Menschen von Ihnen erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben heute angekündigt, alle öffentlichen Gebäude und den öffentlichen Nahverkehr barrierefrei zu machen. Das ist ein guter Vorsatz. Wir haben das hier im Bayerischen Landtag schon mehrfach beantragt. Sie haben dabei unsere Unterstützung. Ich hoffe, Sie setzen das auch um; ich denke, dieser Nachsatz ist notwendig. In Ihrer Regierungserklärung von 2008 haben Sie nämlich mit Pathos angekündigt, von Bayern, von München aus werde eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft eingeleitet. Wir haben das alle noch in sehr guter Erinnerung. In der konkreten Regierungspolitik war davon leider nicht viel zu spüren. Es mutet fast schon ein bisschen tragikomisch an, wenn ausgerechnet der Bayerische Ministerpräsident formuliert, bayerische Unternehmen stünden für Produktion statt für Spekulation um das schnelle Geld. Spekulation gab es im CSU-Auftrag bei der staatlichen Landesbank. Sie haben wohl auch die Münchener Großbank Hypo Real Estate vergessen, die in Ihrem zweiten Amtsjahr verstaatlicht werden musste und insgesamt 124 Milliarden Euro Garantien und weitere direkte Hilfen durch Kapitalmaßnahmen erhalten hat. Dass Bayern ein spekulationsfreier Raum sei, sollte nicht ausgerechnet ein landesbankgeplagter Ministerpräsident behaupten, dessen Partei die größte Fehlspekulation in Bayern überhaupt zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD)

Auch beim Thema Wohnen und Mieten wird das Soziale bei Ihnen ganz klein geschrieben. Gerade mal zwei dünne Sätzchen haben Sie in Ihrer Regierungserklärung darauf verwendet. Das ist angesichts des Verrats an 85.000 Mieterinnen und Mietern der früheren staatlichen Wohnungsbaugesellschaft GBW einfach nur bezeichnend. Kein Wort des Bedauerns, auch nicht über die aktuellen Entwicklungen! Medienberichten zufolge werden Hunderte der Wohnungen derzeit allein im Großraum München besichtigt, fotografiert und geschätzt. Andernorts sind die Mieten bis zur gesetzlichen Höchstgrenze erhöht worden. Den oftmals sozial schwächergestellten Mieterinnen und Mietern wird mitgeteilt, dass ihre Wohnungen verkauft werden.

Herr Ministerpräsident, sehenden Auges haben Sie und Ihr Finanzminister Markus Söder die Mieterinnen und Mieter der Unsicherheit, der Angst und dem drohenden Verlust ihres Zuhauses und ihrer Heimat ausgeliefert. Die von Ihnen gepriesene Sozialcharta ist ein wertloses Stück Papier; denn es schützt die Be-

wohner nicht. Wir haben den Minister schon frühzeitig davor gewarnt und die Festlegung des Schutzes in den einzelnen Mietverträgen angemahnt. Die SPD – so viel steht fest – wird im Bund auf eine Mietpreisbremse drängen. Die Landtags-SPD macht es sich zur Aufgabe, dass die Mietpreisbremsen landesrechtlich umgesetzt und schnellstmöglich Realität in Bayern werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss noch ein anderes wichtiges sozial- und wirtschaftspolitisches Thema ansprechen: Sie haben im Landtag in unzähligen Abstimmungen ein Tariftreue- und Vergabegesetz abgelehnt, das einen Mindestlohn von 8,50 Euro als Voraussetzung bei öffentlicher Auftragsvergabe vorsieht. Seien Sie gewiss: Ohne einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und ohne eine epochale Verbesserung der Lage von Geringverdienern wird es eine Koalition mit der SPD im Bund nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern beziehen immer mehr Menschen einen Niedriglohn, wie auch die Sozialberichterstattung des Freistaats zeigt. Lag der Anteil der vollbeschäftigten Niedriglohnbezieher im Jahr 2000 noch bei 14,5 %, waren es 9 Jahre später über 17 %. 264.000 Vollzeitbeschäftigte in Bayern erhalten einen Stundenlohn unter 5 Euro. 1,4 Millionen Beschäftigte arbeiten für 7 Euro pro Stunde. Bekämen die Beschäftigten wenigstens den von der SPD geforderten gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, würde dies eine zusätzliche Kaufkraft in Bayern von 2,6 Milliarden Euro bedeuten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Spaltung in gute und in schlechte Arbeitsbedingungen hat sich vertieft. Aber eine Wirtschaftspolitik kann nur dann erfolgreich, innovativ und nachhaltig sein, wenn sie "gute Arbeit" und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen als politischen Auftrag ernst nimmt. Wir geben Ihnen bereits in der nächsten Plenarsitzung im Dezember eine Chance. Stimmen Sie im Landtag dem SPD-Mindestlohngesetz zu, damit wir dem Auftrag des Artikels 151 der Bayerischen Verfassung nachkommen können. Dort heißt es: "Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten." Wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen den Auftrag unserer Verfassung ernst.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sanierungsstau bei der Infrastruktur, Versagen beim Breitband-Ausbau, zögerliche Energiewende - das deutet selbst bei allergrößtem Wohlwollen nicht darauf hin, dass die Bayerische Staatsregierung mit voller Kraft die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen schafft. Viele Versprechungen, wenig dahinter. Je größer die Überschriften, je leuchtender die Buchstaben, desto mehr Skepsis ist angebracht. Eine der schillerndsten Überschriften produzierte Herr Seehofer mit dem angeblichen Schuldenabbau bis 2030. Er tut sich mit diesem Versprechen sehr leicht; denn das Motto heißt: Wir werden dann zurückzahlen, wenn ich, Horst Seehofer, nicht mehr im Amt bin.

Herr Ministerpräsident, wir hatten erwarten können, dass Sie nach Ihren vollmundigen Ankündigungen heute einen Tilgungsplan vorlegen, ein konkretes Schuldentilgungsgesetz, das gegebenenfalls eine jährliche Pflichttilgung vorsieht, so wie Sie es als Regierungschef als angebliche Untermauerung Ihres Vorhabens angekündigt haben.

Ich muss noch eine Korrektur anbringen: Sie sprachen von einem ausgeglichenen Haushalt seit 2006. Davon kann natürlich mitnichten die Rede sein. In der letzten Legislaturperiode wurden die höchsten Kreditmarktschulden von einer bayerischen Staatsregierung seit 1945 aufgenommen. Herr Ministerpräsident, Sie haben mit Ihrer Regierung einen neuen bayerischen Schuldenrekord aufgestellt. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen erwarten, dass wir mit Steuergeldern seriös und solide umgehen. Das ist und bleibt die finanzpolitische Richtschnur für die Landtags-SPD. Sie können davon ausgehen, dass wir unserem oppositionellen Kontrollauftrag kraftvoll nachkommen werden, wie wir es bei den CSU-Verfehlungen bei der Landesbank, bei der Landesstiftung und bei der Einführung des Digitalfunks getan haben. Grund zum Vertrauen in Ihre Finanzkünste gibt es keinen. Kontrolle ist besser, ja Kontrolle ist unerlässlich.

(Beifall bei der SPD)

Eine bessere Kontrolle ist auch mit Blick auf den gegenwärtig öffentlich diskutierten massenhaften Steuerbetrug in Bayern angezeigt. Bei bayerischen Steuerbehörden sind in den letzten drei Jahren im Zusammenhang mit Geldanlagen in der Schweiz 7.300 Selbstanzeigen eingegangen. Diese ergeben Steuermehreinnahmen von geschätzt 700 Millionen Euro. Wohlgedenkt: Wir reden nur von Bayern. Wir haben 7.300 Selbstanzeigen, und zwar nur im Zusammenhang mit Geldanlagen in der Schweiz.

Nach seriösen Schätzungen entgehen den öffentlichen Haushalten in Deutschland jährlich 16 % der gesamten Steuereinnahmen durch Steuerbetrug. Der Oberste Rechnungshof in Bayern kritisiert seit mittlerweile anderthalb Jahrzehnten, seit 14 Jahren, in jedem Jahresbericht, dass die Steuervollzugsbehörden in Bayern personell nur unzureichend ausgestattet sind. Die bayerische Steuerverwaltung ist bei der Betriebsprüfung, bei der Steuerfahndung, bei der Umsatzsteuersonderprüfung und im Innendienst dramatisch unterbesetzt. Bei der Personalausstattung ist Bayern im Ländervergleich das Schlusslicht. Es fehlen knapp 1.000 Stellen mit der Folge: Großbetriebe werden in Bayern nur alle 5 Jahre, Mittelbetriebe nur alle 17 Jahre und Kleinbetriebe nur alle 37 Jahre geprüft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Steuerbetrug untergräbt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Bayern muss den Kampf gegen Steuerkriminalität aufnehmen. Der ehrliche Arbeitnehmer, dessen Lohnsteuer Monat für Monat korrekt beim Finanzamt bleibt, darf in Bayern nicht mehr länger der Dumme sein.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident will heute abermals den Anschein erwecken, als stünde ausgerechnet er für transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln. Abseits von Sonntagsreden war bei der CSU von mehr Bürgerbeteiligung bislang nichts zu erkennen. Wir begrüßen, dass Sie den SPD-Vorschlag einer Volksbefragung aufgreifen. Wir unterstützen das ganz ausdrücklich. Sollten Sie es aber mit der Bürgerbeteiligung in Bayern ernst meinen, dann stimmen Sie bitte den drei folgenden SPD-Vorschlägen zu und schmettern Sie unsere Gesetzesinitiativen nicht wieder automatisch ab.

Erster Punkt: Bayern braucht mehr Transparenz im Verwaltungshandeln. Dabei geht es im Besonderen um die gesetzliche Veröffentlichungspflicht von amtlichen Informationen durch staatliche und kommunale Stellen. Im Bund und in den 11 Bundesländern ist das längst Realität und gesetzlich geregelt. Die Verwaltungen müssen auch in Bayern offener werden. Sie brauchen einen freieren Zugang zu Informationen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht als Bittsteller bei öffentlichen Stellen eine amtliche Information erleben müssen, um dann die Auskunft zu bekommen, man habe keinen Anspruch auf Information, weil man Nichtbeteiligter im Verfahren sei oder weil auch sonst kein gesetzlicher Auskunftsanspruch bestünde.

Bis jetzt hat die Zentralstaats-CSU alles abgelehnt, was ihrem Zentralstaatsgedanken in Sachen transparentes Verwaltungshandeln zuwiderläuft. Deshalb

sagen wir: Schluss mit den Sonntagsreden. Machen Sie bitte ernst und bringen Sie mit der SPD gemeinsam ein bayerisches Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz auf den Weg. Das ist längst überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Punkt. Volksbegehren und Volksentscheide sind in Bayern eine sozialdemokratische Erfindung. Es war der sozialdemokratische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, der nach dem Krieg aus dem Exil in der Schweiz diese beiden direktdemokratischen Instrumente nach Bayern gebracht hat. Volksbegehren und Volksentscheid sind seit 1946 in der Bayerischen Verfassung verankert und haben sich bewährt. Allerdings sind die Hürden für mehr direkte Demokratie als Ergänzung der bayerischen parlamentarischen Demokratie auf Landesebene sehr hoch. Die SPD will die Hürden zur Einleitung von Volksbegehren abbauen und erleichtern, die Eintragungsfristen verlängern und das Unterschriftensammeln erleichtern. Deshalb auch hier: Bitte machen Sie Schluss mit den Sonntagsreden. Machen Sie Ernst. Wagen Sie mit uns mehr Demokratie, und bringen Sie mit uns gemeinsam Volksbegehren und Volksentscheid in Bayern auf den aktuellen Stand der Zeit. Das ist überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Ein dritter Punkt. Die Zeit ist reif für die Stärkung der direkten Demokratie auch auf Bundesebene. Die Sozialdemokraten im Bayerischen Landtag setzen sich dafür seit vielen Jahren ein. Gerade in Zeiten rückläufiger Wahlbeteiligung erscheint es geboten, die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte der Bürgerinnen und Bürger zwischen den Wahlen zu stärken.

Deshalb auch hier: Machen Sie Ernst und bringen Sie mit uns gemeinsam Volksbegehren und Volksentscheid auf der Bundesebene auf den Weg. Auch das ist überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Mai kommenden Jahres erinnern wir an den EU-Beitritt Tschechiens vor zehn Jahren. Wir halten die Mitgliedschaft unseres Nachbarn in der Europäischen Union für einen glücklichen Moment der Geschichte. Rückblickend dürfte es auch die CSU als Peinlichkeit erachten, dass alle CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament gegen die Aufnahme unserer tschechischen Nachbarn gestimmt haben. Über einen langen Zeitraum gehörte es zum "guten" schlechten Ton in der CSU, wie ein nörgelnder Nachbar am Nachbarnschaftszaun zu stehen. So hat die CSU-Staatsregierung auch im Jahr 1992 im Bundesrat gegen den

deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag gestimmt, und dies als einziges Bundesland.

Herr Ministerpräsident, wir begrüßen ganz ausdrücklich die positive Entwicklung, die Sie herbeigeführt haben. Sie haben die Türen hin zu einer guten Nachbarschaft mit der Tschechischen Republik aufgestoßen. Wir hatten zwei Jahrzehnte im Bayerischen Landtag dafür geworben, und wir werden dies nun aus der Opposition heraus auch unterstützen. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn der Bayerische Ministerpräsident nach den Wahlen bald wieder an die Moldau reiste und Abgeordnete des Bayerischen Landtags mit ihm.

(Beifall bei der SPD)

Die jüngsten Wahlen in Griechenland, in Frankreich, in Norwegen, in Österreich, in den Niederlanden, in Italien und auch anderswo in Europa haben den Rechtspopulisten enormen Zulauf beschert. Mit Argusaugen betrachtet die SPD-Fraktion den aus unserer Sicht völlig unkritischen Freundschaftskontakt des Bayerischen Ministerpräsidenten zum ungarischen Rechtspopulisten Viktor Orbán. Der Empfang von Herrn Seehofer für den ungarischen Regierungschef in München vor acht Monaten war aus unserer Sicht ein falsches Signal und Ausdruck mangelnder außenpolitischer Sensibilität.

(Beifall bei der SPD)

Statt klare Worte zu den undemokratischen Vorgängen in Ungarn zu sagen, hat Bayerns Ministerpräsident vor den Verstößen Ungarns gegen den EU-Vertrag, gegen Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit demonstrativ die Augen verschlossen. Umso mehr wollen wir es loben, dass Frau Landtagspräsidentin Barbara Stamm wegen der besorgniserregenden rechtsstaatlichen Entwicklung in Ungarn die Zusammenarbeit beider Parlamente bis auf Weiteres unter Vorbehalt gestellt hat. Die Bayerische Staatsregierung sollte ihren unkritischen Kurs gegenüber Viktor Orbán überprüfen und sich den Vorgaben des Parlaments offen anschließen, Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

So sehr uns der Rechtsruck in vielen Ländern Europas besorgt, müssen wir doch in Bayern unsere Hausaufgaben machen. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ist in Bayern auch im vergangenen Jahr gestiegen. Die Neonazis agieren immer dreister. Ausländer- und islamfeindliche Parteien und Organisationen wie "DIE FREIHEIT" streben 2014 in die Kommunalparlamente und ins Europaparlament. Die rechten Rattenfänger kommen längst nicht mehr nur

in Springerstiefeln und Bomberjacken daher, sondern treten immer häufiger in Anzug und Krawatte als Biederländer auf.

Als SPD unterstützen wir das NPD-Verbotsverfahren und wollen alle vereinsrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um rechtsextremistische Vereinigungen und Netzwerke in Bayern zu verbieten. Wir wollen diese Legislaturperiode auch dazu nutzen, die Erkenntnisse aus dem NSU-Untersuchungsausschuss in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen. Die nationalsozialistisch motivierten Morde an ausländischen Mitbürgern haben uns bestürzt und beschämt. Bayerische Verfassungsschützer haben jahrelang abgestritten, dass es Rechtsterrorismus in Bayern überhaupt gibt, und die rechte Szene wurde in eklatanter Weise unterschätzt. Jetzt endlich müssen die strukturellen Ursachen für die Fehler behoben werden. Der Verfassungsschutz muss seine Aufgaben als Inlandsgeheimdienst auf die Beobachtung des gewaltbereiten und rassistisch motivierten Extremismus konzentrieren und beschränken, und auch der Einsatz verdeckter Ermittler anstelle von V-Leuten ist dringend geboten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss Teil der Erziehung in den Familien und Schulen werden und in den Vereinen, in den Hochschulen, am Arbeitsplatz und in den Medien fortgesetzt werden. Unser Dank gilt hier auch der bayerischen Polizei, die in ihrem täglichen Einsatz nicht nur gegen den Rechtsextremismus sehr gute Arbeit leistet. Der Mut und der persönliche Einsatz der Beamtinnen und Beamten verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ausländerfeindliche, antisemitische, antimuslimische Strömungen dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. In Bayern haben 2,4 Millionen Menschen und hat damit rund ein Fünftel unserer Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Bei den Kindern unter sechs Jahren liegt der Anteil mit Migrationshintergrund in Bayern bereits bei einem knappen Drittel, in den Großstädten bei annähernd zwei Dritteln. Wir sind eine bunte, wir sind eine vielfältige Gesellschaft mit vielen Kulturen. Zu uns in Bayern gehören mittlerweile neben der oberbayerischen Gebirgstracht, der alpenländischen Stubenmüsi, den Schlössern, Klöstern und Kirchen, neben dem Oberpfälzer Karpfen und dem fränkischen Kren auch das italienische Edelrestaurant, das türkische Delikatessengeschäft und der griechische Sirtaki-Abend. Das alles gehört genauso zu Bayern wie Django Asül, Arjen Robben und Franck Ribéry. Bayern ist bunt, Bayern ist tolerant, Bayern ist weltoffen. Auch das

sind Gründe, warum wir Bayern so sehr lieben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Integration in die Gesellschaft kann nicht verordnet werden. Sie braucht die Mitwirkung der Zuwanderer und ist verbunden mit der Notwendigkeit, einen eigenen Beitrag dazu zu leisten. Die Politik muss jedoch auch die Mittel hierfür bereitstellen. Uns muss es darum gehen, den Einwanderern, gleich welcher Herkunft, Nationalität, Kultur oder sozialen Stellung, eine umfassende gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung, am Arbeitsleben und an den politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Im Mittelpunkt aller staatlichen Bemühungen zur Integration steht dabei der Gedanke der Chancengleichheit. Die Landtags-SPD wird deshalb erneut ein Integrationsgesetz in den Landtag einbringen.

Bayern ist bunt. Das macht unser Land nicht nur ein wenig farbiger und schöner, sondern das ist auch eine große Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen. Bei der Bewertung der heutigen Regierungserklärung kommt man nicht umhin, auch Herrn Seehofers erste Regierungserklärung aus dem Jahr 2008 mit in den Blick zu nehmen. Dabei können wir dem Ministerpräsidenten auch beim besten Willen kein gutes Zeugnis ausstellen. Ankündigungen von 2008 sind vollends zerstoßen oder haben sich ins Gegenteil verkehrt. Rückblickend wird angesichts der Regierungserklärung von 2008 jede Fantasy-Saga zum Dokumentarfilm.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für das 2008 gegebene Versprechen einer schnellen steuerlichen Entlastung unter dem Motto "Mehr Netto für alle". Herr Seehofer sagte wörtlich: "Bürger und Wirtschaft brauchen Steuerentlastungen – jetzt, und nicht nur als Wahlversprechen." – Wir wissen, was daraus geworden ist, nämlich nichts.

Der Ministerpräsident hatte versprochen, dass am Ende der Legislaturperiode deutlich mehr Frauen in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes beschäftigt würden. Dies sei ihm – wörtliches Zitat – "persönlich" ein wichtiges Anliegen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das sieht man hier!)

Was ist daraus geworden? - Frauen in Führungspositionen sind in der Seehofer-Verwaltung nach wie vor eine Rarität.

An die nicht gehaltenen Versprechungen mit Blick auf ein schnelles Internet und Ganztagschulen in Bayern habe ich bereits erinnert. Auch heute hat der Bayerische Ministerpräsident viele Plakate ins Schaufenster gehängt und auf das Kleingedruckte verzichtet. Der Redenschreiber war ein Werbeexperte.

Deshalb sind Zweifel berechtigt, ob Herr Seehofer dieses Mal seinen Worten auch Taten folgen lässt. Wir können uns auch nicht sicher sein, ob dies eine Regierungserklärung für die gesamte Legislaturperiode war. Herr Seehofer hat ja demonstrativ angekündigt, bis 2018 im Amt bleiben zu wollen. Allein schon das muss einen stutzig machen. Ich persönlich bin davon überzeugt: Spätestens ab 2015/2016 werden wir uns auf Diadochenkämpfe innerhalb der CSU einzustellen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist die Aufgabe der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, die Regierung zu kontrollieren, Entwicklungsimpulse für Bayern zu geben und mit eigenen Konzepten zu untermauern. Wir werden dabei das Gespräch und die Kooperation mit allen Fraktionen im Hohen Haus suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD ist sich als älteste und traditionsreichste Partei ihrer Verantwortung für den Freistaat bewusst. Wir arbeiten dafür, den Freistaat freier zu organisieren und das Leben in Bayern gerechter zu machen. Aus der Mitte des Bayerischen Landtags heraus werden wir als größte Oppositionspartei die Kontrolle der Regierung wahrnehmen. Wo Sie vom Weg abkommen oder noch gar nicht auf dem richtigen Weg sind, werden wir Ihnen Orientierungshilfe geben. Sie haben diese dankenswerterweise in der letzten Legislaturperiode auch in Anspruch genommen

(Volkmar Halbleib (SPD): Mehrfach!)

und Positionen der SPD mehr als einmal übernommen. Wo Sie Schaden über Bayern bringen, wollen wir alles tun, Sie daran zu hindern.

(Beifall bei der SPD)

All unser Streben, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind das Wohl und die Zukunft unserer Heimat Bayern und seiner Menschen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank, Herr Kollege Rinderspacher. - Für die CSU bitte ich Herrn Kreuzer ans Mikrofon.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Vielleicht eine Vorbemerkung zur Opposition. Es ist gesagt und bis vor wenigen Wochen noch der Eindruck erweckt worden, hier seien drei Oppositionsparteien, die so geschlossen sind, dass sie nach einem Wahlsieg in Bayern die Regierungsgeschäfte gemeinsam übernehmen können und sich über wichtige Sachthemen einigen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dass Sie ablenken, wird besondere Gründe haben, vermute ich!)

Erste Zweifel, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind mir gekommen, als wir über die Sitzordnung diskutierten. Schon da war eine Einigung in der Sache keineswegs mehr möglich,

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

sondern es ist ein offener Streit ausgebrochen.

Aber noch klarer ist es heute geworden. Wir haben eine der wichtigsten Debatten für die kommenden Jahre, und die Präsidentin hat die Fraktionen gebeten, man möge Rücksicht darauf nehmen, dass alle bei der Debatte während der Fernsehübertragung zu Wort kommen, da die Öffentlichkeit nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt gegeben ist. Ich habe für die CSU-Fraktion gesagt, ich werde dies tun, wir werden es uns aufteilen, damit alle Gehör finden. Herr Kollege Rinderspacher hat seine Redezeit so ausgeschöpft, dass er nur fertig geworden ist, weil die Regierungserklärung etwas länger war.

(Zuruf von der SPD: So ein Schmarren!)

Somit hat er den Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien, vor allem den GRÜNEN, regelrecht das Wasser abgegraben.

(Beifall bei der CSU)

So viel ist von der Geschlossenheit der Opposition übrig geblieben.

Meine Damen und Herren, zur Sache.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum verzichten Sie nicht auf Ihren Beitrag?)

Wir haben immer gesagt: Bayern steht gut da. Aber dass eine so rasante Steigerung der Lage in Bayern möglich ist, Herr Rinderspacher, nach Ihren Ausführungen seit der Wahl des Ministerpräsidenten bis zum heutigen Tag – wenn man die ersten zehn Minuten ansieht -, das hätten auch wir nicht für möglich gehalten. Sie haben ganz anders als damals Bayern in den höchsten Tönen als liebenswertes, als lebenswertes,

als starkes, als finanziell solides Land gelobt, ganz im Gegensatz zur Aussprache bei der Wahl des Ministerpräsidenten. Sie kommen der Realität also langsam näher,

(Lachen der Abgeordneten Markus Rinderspacher und Volkmar Halbleib (SPD))

aber nur in den ersten paar Minuten Ihrer Ausführungen.

Dann kommen wieder die alten Kamellen: Landesbank, GBW, die ganzen Themen, die längst erledigt sind. Nichts ist in die Zukunft gerichtet, sondern alles gilt dem Blick in die Vergangenheit. Diese Ausführungen passen nicht zusammen.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

- Herr Halbleib, ich habe Herrn Rinderspacher auch zugehört, ohne dauernd dazwischenzurufen, auch wenn es mir schwergefallen ist, das dürfen Sie mir glauben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es zurück!)

Wenn man Ihre weiteren Ausführungen anhört, bekommt man den Eindruck: Der Wahlentscheid am 15. September 2013 war ein großer Irrtum der Bevölkerung. Aber da unterschätzen Sie die Urteilskraft der Menschen. Wahr ist, wie die "Augsburger Allgemeine" treffend feststellt: Wer in Bayern über Probleme spricht, der klagt eben auf relativ hohem Niveau.

(Beifall bei der CSU)

Die Bürgerinnen und Bürger haben deswegen zwei Dinge glasklar entschieden. Erstens, sie wollen, dass Horst Seehofer Ministerpräsident bleibt. Zweitens. Sie wollen, dass die CSU die Regierungsverantwortung in diesem Land trägt. Und warum? - Sie wollen die Politik der CSU und keine andere.

Die beiden Reden, die wir heute gehört haben, geben den Menschen recht. Horst Seehofer hat einen exzellenten Plan für Bayern in den nächsten Jahren dargelegt, Sie nicht, Herr Rinderspacher. Sie haben nur Kritik geübt, in meinen Augen keinen einzigen zukunftsweisenden Vorschlag zur Sache gebracht, nur Forderungen in Milliardenhöhe, sofortige Verwirklichung aller Programme gleichzeitig. Meine Damen und Herren, dies ist typische SPD-Politik. Sie führt entweder in grenzenlose Staatsverschuldung oder zu massivsten Steuererhöhungen. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der CSU)

Horst Seehofer bleibt sich dagegen treu,

(Lachen der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

und er regiert. Er setzt ambitionierte Ziele, beispielsweise in der Bildung, im Wohnungsbau, bei der Innovation und in der Regionalentwicklung.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das war schon 2008 ambitioniert!)

Frau Bause, Sie haben schon im Wahlkampf versucht, den Menschen das Gegenteil einzureden. Es ist Ihnen nicht gelungen. Dann glauben Sie es doch endlich!

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Da müssen Sie selber lachen!)

Bayerns Politik wird sich in den kommenden fünf Jahren nicht um intelligente Schulden – wie Frau Kraft in Nordrhein-Westfalen -, nicht um den Sexappeal verfehlter Wirtschaftspolitik – wie Herr Wowereit in Berlin – und auch nicht um die Einführung von Veggie-Days in Bayern – wie die GRÜNEN – kümmern, meine Damen und Herren. Vielmehr werden zwei Fragen in dieser Legislaturperiode im Vordergrund stehen. Erstens. Bleibt Bayern in allen Regionen lebenswert? Zweitens. Bleibt Bayern international mit an der Spitze und behält so seinen Wohlstand, seine Arbeitsplätze und damit auch die soziale Sicherheit und Bildungsqualität für die Menschen?

Bayern steht vor drei zentralen Herausforderungen. Erstens wird der demografische Wandel das Land verändern, und wir müssen erreichen, dass keine Region in Bayern abgehängt wird. Wir müssen die Chancen dieses Entwicklungsprozesses nutzen.

Zweitens. Die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung wird Bayern unter Druck setzen. Wir müssen erreichen, dass Bayern im weltweiten Wettbewerb nicht unter die Räder kommt, sondern die Chancen der Globalisierung nutzt.

Drittens. Die digitale Revolution wird die Wirtschafts- und Bildungswelt radikal verändern, und wir müssen erreichen, dass Bayern nicht zum Technikmuseum abfällt, sondern auch in Zukunft der Leuchtturm für Innovationen bleibt.

Daher liegen große Aufgaben vor uns und damit auch eine Menge Verantwortung. Es wäre fatal, wenn wir unsere politische Aufmerksamkeit auf politische Nebenkriegsschauplätze verlagern würden. Die kommenden fünf Jahre werden entscheiden, ob die vergangenen 30 Jahre als die goldenen, aber nun leider

vergangenen Zeiten in Bayerns Geschichtsbücher eingehen werden oder, meine Damen und Herren, ob wir heute ein neues Kapitel in Bayerns Erfolgsgeschichte aufschlagen.

Die Regierungserklärung hat gerade eindrucksvoll gezeigt, dass wir dieses neue Erfolgskapitel aufschlagen werden. Es geht um solide Finanzen. Eine erfolgreiche Zukunft ist ohne solide Finanzen nicht denkbar. Wie wichtig sie sind, haben die Menschen erkannt: 71 % aller befragten Deutschen halten die Aufnahme von Staatsschulden für fatal. Leider hat sich diese Erkenntnis bis heute nicht bei allen Landesregierungen herumgesprochen. Beispiel Berlin: 641 Millionen Euro Neuverschuldung in den Jahren 2013/2014. Beispiel Baden-Württemberg: 3,268 Milliarden Euro Neuverschuldung in den Jahren 2013/2014. Beispiel Nordrhein-Westfalen: 6,115 Milliarden Euro Neuverschuldung in den Jahren 2013/2014. Dies sind Zahlen, die in die falsche Richtung weisen und die Hoffnungslosigkeit der Finanzsituation in diesen Ländern darlegen.

In Bayern haben wir im aktuellen Doppelhaushalt und in den letzten Doppelhaushalten keine neue Schulden aufgenommen. Wir sind eine Zukunftsregion. Die Agentur Standard & Poor's hat Bayern zum 17. Mal in Folge die Bestnote AAA mit stabilem Ausblick bescheinigt. In keinem anderen westdeutschen Land starten die Kinder mit einer niedrigeren Pro-Kopf-Verschuldung in ihr Leben als in Bayern. Diese reduzieren wir weiter Jahr für Jahr.

Dies ist eine solide Haushaltspolitik mit ehrgeizigen Zielen. Herr Rinderspacher, was soll Ihre Aussage heißen, dass wir mit dem Schuldenabbau beginnen, wenn Herr Seehofer nicht mehr Ministerpräsident ist? Sie scheinen nicht mitbekommen zu haben, dass wir bis zum Ende dieses Doppelhaushalts 2,5 Milliarden Euro Schulden tilgen werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss mich doch sehr über das wundern, was Sie hier reden.

Unser Ziel ist es, bis zum Jahre 2030 alle Schulden abzubauen; denn ein schuldenfreies Bayern ist ein Garant für eine gute Zukunft. Deswegen haben wir diese Schuldenbremse zusammen mit einer überragenden Zustimmungquote der bayerischen Bevölkerung in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Der tiefere Grund, warum wir in nahezu jedem Politikfeld in Bayern an der Spitze stehen, ist neben wichtigen politischen Richtungsentscheidungen, dass wir uns einfach vieles leisten können. Wir investieren in die Zukunft und blechen nicht wie andere Länder für Zins und Zinseszins. Diese Länder sind zum größten

Teil politisch handlungsunfähig. Die vom Ministerpräsidenten angekündigten Investitionen in Bildung, den Breitbandausbau, den Wohnungsbau, in die Kommunal- und Regionalförderung, in die digitale Innovation und in eine gute medizinische Versorgung sind in vielen Ländern blanke Zukunftsmusik. Sie können nicht finanziert werden.

Alle heute angekündigten Maßnahmen sind in der Finanzplanung sauber durchfinanziert und werden in den kommenden fünf Jahren im Freistaat verwirklicht – und das ohne Steuererhöhungen. Eine gute Politik bemisst sich nicht am Geldausgeben, sondern an den richtigen Prioritäten. Lieber Herr Rinderspacher, das haben Sie doch selber im September erfahren: Ihre Mehrforderungen in Höhe von 300 Millionen Euro allein für den Doppelhaushalt 2013/2014 sind vom Wähler nicht honoriert, sondern abgeschmettert worden. Das machen Sie heute wieder. Sie fordern schnellsten Staatsstraßenbau und Breitbandausbau, ohne eine einzige Finanzierungsmöglichkeit auch nur anzudeuten. Das ist die typische SPD-Politik.

Eine zu hohe Staatsquote löst jedoch kein einziges Problem, sie schafft nur neue Probleme. Sie würgt das Wirtschaftswachstum ab und verhindert am Ende Steuerermehreinnahmen. Sie erhöht die Arbeitslosigkeit und untergräbt nach und nach die Leistungsfähigkeit der sozialen Systeme. Sie schafft Verbindlichkeiten für die kommenden Generationen und zerstört somit ihre Beweglichkeit und ihre Zukunftschancen. Konzentration statt Expansion – das ist unser Leitspruch, unsere finanzpolitische Richtschnur. Es ist eine politische Bankrotterklärung, wenn in einer Zeit historisch hoher Steuereinnahmen nach immer noch höheren Steuern gerufen wird, nur weil die Ausgaben nicht begrenzt werden können.

(Beifall bei der CSU)

Beispiel Berlin: Der Willy-Brandt-Pannenflughafen verbrennt mittlerweile mehr Steuergelder als Bayern Berlin über den Länderfinanzausgleich überweist.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Dieses Missmanagement darf nicht mehr auf Kosten der bayerischen Steuerzahler akzeptiert werden. Wir sagen deshalb Ja zur Selbsthilfe. Meine Damen und Herren, wir brauchen einen fairen Länderfinanzausgleich, der gute Politik belohnt und schlechte Politik nicht weiter alimentiert. Dies werden wir die nächsten Jahre durchsetzen.

Ich will, dass das bayerische Steuergeld nicht wirkungslos im Länderfinanzausgleich verbrannt wird. Stattdessen brauchen wir die Mittel für Bayern, nicht

nur für die Politik in Bayern, sondern auch für die Zukunft unserer bayerischen Kommunen. Wir wollen weniger Geld für Berlin und Bremen, dafür aber mehr Geld für bayerische Projekte und bayerische Kommunen. Gerade der demografische Wandel kann eine große Chance für Bayerns Kommunen bedeuten, wenn er nachhaltig gestaltet wird. Für eine moderne Infrastruktur, für eine zukunftsfeste Daseinsvorsorge, für neue Sozialeinrichtungen, für wohnortnahe Schulen und für einen altersgerechten Wohnungs- und Städtebau brauchen die bayerischen Kommunen zusätzliche Mittel. Diese würde Bayern über einen fairen Länderfinanzausgleich erhalten. Jeder Euro, der nicht in den Länderfinanzausgleich fließt, soll neben politischen Schwerpunktsetzungen auch unseren Kommunen zugutekommen.

Starke Kommunen sind für Bayern unerlässlich. Deshalb hat die CSU-Fraktion bereits in den vergangenen Jahren dafür gekämpft, dass wir schon heute den höchsten kommunalen Finanzausgleich in der Geschichte des Freistaats haben. Für unsere Kommunen setzen wir uns auch in den kommenden Jahren mit ganzer Leidenschaft ein.

(Markus Rinderspacher (SPD): Zu wenig!)

- Herr Rinderspacher, wenn Sie das kritisieren, sage ich Ihnen, dass der kommunale Finanzausgleich zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt wird. Die kommunalen Spitzenverbände stimmen dem zu.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die kommunalen Spitzenverbände fordern eine kommunale Verbundquote von 15 %!)

Der SPD-Oberbürgermeister Maly als Präsident des Städtetages stimmt dem ebenfalls zu. Herr Rinderspacher weiß jedoch besser, was die Kommunen brauchen. Er hält dies für zu wenig. Herr Rinderspacher, darüber kann ich mich nur amüsieren.

(Beifall bei der CSU)

Das ist typisch: Die SPD fordert mehr als die Betroffenen. Sie müssten jedoch merken, dass Ihnen die Betroffenen nicht mehr glauben, weil es lächerlich ist.

(Beifall bei der CSU)

Herr Rinderspacher, wenn Sie arme Kommunen sehen wollen, gehen Sie nach Nordrhein-Westfalen und schauen Sie in die großen Städte des Ruhrpotts wie Bochum. Sie sehen schon am Straßenbild, dass diese Städte noch nicht einmal in der Lage sind, ihre Gebäude zu erhalten und die Straßenreinigung zu bezahlen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das gibt es auch in Bayern!)

Das ist SPD-Politik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CSU)

Dagegen haben wir gerade für bedürftige Kommunen ein Programm mit Stabilisierungshilfen aufgelegt, das von den Kommunen angenommen worden ist. Damit konnten wir denjenigen Kommunen, die es aus eigener Kraft nicht geschafft haben, helfen. Ich sage Ihnen aber auch: Auf Dauer muss das eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wir müssen zusehen, dass diese Kommunen selber wieder die Finanzkraft aufbringen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Vor Ort in den Kommunen entscheidet sich die Lebensqualität der Menschen, nicht immer nur über neue Vorschriften und Gesetze. Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Paragrafenbremse, die Ministerpräsident Seehofer angekündigt hat. Ebenso sage ich ein ganz klares Ja zu mehr Bürgerbeteiligung. Wir werden als Fraktion gemeinsam mit der Staatsregierung einen breiten Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern über die konkrete Ausgestaltung der notwendigen Instrumente führen. Als Christlich-Soziale Union haben wir immer den Menschen in den Mittelpunkt gestellt und kleine Gemeinschaften gefördert. Für uns kommt es auf jeden und jede an. Herr Rinderspacher, der Spruch "Keiner darf verloren gehen", den Sie heute genannt haben, ist von der CSU im Zusammenhang mit der Schulpolitik geäußert worden, vom Ministerpräsidenten Günther Beckstein hier in diesem Hause.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Wie kommen Sie darauf?)

Heimat ist für uns kein abstraktes Phänomen, sie wird in den Familien, in den zahlreichen Vereinen, in den Religionsgemeinschaften, in der Kultur und im Brauchtum gelebt. Subsidiarität und Personalität nennen dies die Gelehrten der christlichen Soziallehre. Für uns besteht eine lebenswerte Heimat ganz konkret aus vier Dingen: Die Menschen sollen auch weiterhin in ihren vertrauten Regionen gut leben können und nicht gezwungen sein, abzuwandern. Sie sollen selbst entscheiden, wie sie ihr Leben und gerade auch ihr Familienleben gestalten wollen. Wir sagen Ja zur Bewahrung der Schöpfung. Wir gehen mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen in unserem Lande verantwortungsvoll um.

Wir fördern Menschen, die für andere da sind und sich im kulturellen und im sozialen Bereich, religiös und in Sportvereinen einbringen. Wir haben alle Regionen im Blick, meine Damen und Herren.

Herr Rinderspacher kritisiert, dass ein Heimatministerium mit Außenstelle in Nürnberg zentral für ganz Bayern zuständig sein soll. Dann frage ich mich, warum die SPD im Bayerischen Landtag zentral in München einen Arbeitskreis, eine Enquetekommission einrichten will, die ebenfalls für ganz Bayern zuständig ist. Herr Rinderspacher, da kann man sich doch nur noch wundern, wie hier insgesamt gedacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Richtig ist, dass Heimat vor Ort beginnt. Richtig ist aber auch, dass es gewisse Probleme gibt, etwa die Breitbandversorgung gerade im ländlichen Bereich, wo die Regionen von München aus zentral unterstützt werden. Meine Damen und Herren, uns brauchen Sie doch nicht zu sagen, dass wir vor Ort sein sollen. Hier sitzen 101 Abgeordnete, in jedem Stimmkreis ist mindestens einer vor Ort. Es sind unsere Bürgermeister und Landräte vor Ort in den Gemeinden, in den Städten und Landkreisen. Aber von der SPD sehe ich vor Ort relativ wenige, Herr Rinderspacher. Das ist die Tatsache, die uns jeden Tag begegnet.

(Beifall bei der CSU)

Bayern wird nur dann als Ganzes stark sein, wenn sich jede Region bestmöglich entwickelt. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten im ganzen Land Fachhochschulen gebaut und alle Landesteile durch ein leistungsfähiges Verkehrsnetz verbunden. Jetzt hat die Breitbandoffensive unsere Unterstützung. Gleichzeitig fördern wir den Wohnungsbau, gerade auch in Ballungszentren, und mit zusätzlichen Mitteln Kommunen, die durch den demografischen Wandel ganz besonders betroffen sind.

Meine Damen und Herren, natürlich wünschen auch wir uns, dass die Breitbandoffensive beschleunigt wird. Aber ich weise darauf hin, dass Bayern das einzige Land in Deutschland ist, das überhaupt ein Programm mit einem Volumen von 500 Millionen Euro abgesichert hat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Völliger Quatsch!)

Ich kenne kein anderes Bundesland. Das Einzige, was ich in Berlin höre, Herr Rinderspacher: Die Genossen fordern vom Bund Milliarden. Das ist die Antwort der SPD auf diese Dinge.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sollten Sie mit uns gemeinsam machen!)

Wir werden natürlich versuchen, dieses Programm zu verbessern, zu vereinheitlichen. Markus Söder hat dies angekündigt. Wir setzen uns auch dafür ein, dass

sich der Bund stärker beteiligt. Aber tun Sie doch nicht so, als wüssten Sie nicht genau, dass diese Erschließungsmaßnahme natürlich ein Prozess ist, der nicht von heute auf morgen im ganzen Land erledigt werden kann, sondern den wir insgesamt mutig anpacken müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir sagen Ja zur Wahlfreiheit in der Familienpolitik. Wir halten an dem von der Großen Koalition im Jahr 2007 beschlossenen Betreuungsgeld ausdrücklich fest, und dies auch bei den Koalitionsverhandlungen. Wir bekennen uns gleichzeitig weiter zum Landeserziehungsgeld. Wir werden es nicht wie Baden-Württemberg abschaffen. Aber auch die SPD hat in diesem Landtag x-mal beantragt, das Landeserziehungsgeld abzuschaffen. Meine Damen und Herren, dies muss man den Menschen draußen sagen: Mit SPD und GRÜNEN gäbe es auch in Bayern längst kein Landeserziehungsgeld mehr.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden das Betreuungsangebot kontinuierlich ausbauen und verbessern. Hier sind wir schon weit gekommen. Der Irrtum der SPD hat sich heute wieder in Ihren Ausführungen gezeigt. Herr Rinderspacher hat Betreuungsquoten miteinander verglichen, meine Damen und Herren. Wenn er von kleinen Kindern redet, redet er von Quoten, nicht von Menschen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ach, Herr Kreuzer!)

Die entscheidende Frage, Herr Rinderspacher, ist nicht, wie die Quote ist, sondern ob jedes Kind, das einen Betreuungsplatz will, auch einen zur Verfügung gestellt bekommt. Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei der CSU)

Bei Ihnen ist nach Quoten gedacht worden. Deswegen gibt es die größten Probleme dort, wo die Quote zwar hoch ist, aber insgesamt zu wenig Plätze sind, nämlich in der Landeshauptstadt München. Quoten denken, meine Damen und Herren, das haben wir nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir werden den Kommunen weiter die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Wer Krippen nicht entsprechend dem Bedarf gebaut hat, ist als Kommune allein verantwortlich; er hat die staatliche Unterstützung in vollem Umfang bekommen. Aber denken Sie

bitte an Menschen, nicht an Quoten. Dann kommen Sie auch in diesem Punkt entscheidend weiter.

Wir werden die Ganztagschulen weiter ausbauen. Ich begrüße ausdrücklich die Ganztagsgarantie. Wir haben hier in den letzten Jahren viel erreicht. Es gibt in 80 % der Schulen ein Angebot, von der verlängerten Mittagsbetreuung bis hin zur Ganztagschule. Wenn man dies mit der Situation vor wenigen Jahren vergleicht, sieht man, dass der Prozentsatz ganz enorm gestiegen ist. Aber auch der Bedarf ist enorm gestiegen, gerade auch in ländlichen Bereichen, wo früher überhaupt kein Bedarf angemeldet worden ist. Dem müssen wir insgesamt gerecht werden. Dieses Problem gibt es nicht nur in Bayern. Ich weise darauf hin, dass das auch bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin ein Thema ist. Wissen Sie, wie das beantwortet wird? – Wir brauchen vier Milliarden Euro, um Ganztagschulen zu machen, sagen Ihre SPD-Parteifreunde, weil sie selber nicht mehr in der Lage sind, ihrem Bildungsauftrag aus ihren Landeshaushalten nachzukommen. So weit werden wir es in Bayern nicht kommen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir sagen Ja zur Schöpfung. Das gilt gerade auch bei der Energiewende. Wir räumen der Klimapolitik einen großen Stellenwert ein. Damit wir uns richtig verstehen: Wir werden natürlich über Finanzierungsfragen reden. Wenn aber ein Land sagen muss, wir bringen unseren eigenen Aufgabenbereich nicht mehr hin, wenn nicht der Bund vier Milliarden Euro für Schulen, zwei Milliarden Euro für Hochschulen zur Verfügung stellt, dann ist die Frage, ob dieses Land überhaupt noch regiert werden kann oder ob dieses Land schlichtweg pleite und ohne jeden Entscheidungsspielraum ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Bleiben Sie doch auf dem Teppich!)

Das sind alle Länder, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten von Rot-Grün regiert worden sind.

Meine Damen und Herren, wir werden das Stromnetz intelligent gestalten, und wir werden die Speichertechnologien fortführen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Herr Rinderspacher, Sie sind das nicht gewohnt. Sie sind gewohnt, dass nur Sie die Staatsregierung beschimpfen, aber nicht, dass Sie selber angegriffen werden.

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Die Zeiten ändern sich, Herr Rinderspacher.

Wir werden den gesellschaftlichen Zusammenhalt unterstützen. Als Fraktion unterstützen wir das ehrenamtliche Engagement. Ansatz dafür ist beispielsweise unser Anstoß zu Sozialgenossenschaften, der jetzt in der Regierungserklärung aufgenommen worden ist. Gleichzeitig wollen wir den Zusammenhalt von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verbessern. Dafür werden der Vorsitzende des Sozialausschusses Joachim Unterländer und der Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer gemeinsam mit der Sozialministerin Emilia Müller das bayerische Integrationskonzept kontinuierlich weiterentwickeln.

Für uns sind Bildungschancen eine wichtige Grundlage zur persönlichen Entfaltung. Die Bildung lassen wir uns etwas kosten, und zwar jeden dritten Euro des Staatshaushalts, meine Damen und Herren. Wenn Sie die Zuweisungen an den Länderfinanzausgleich und die Zuweisungen an die Kommunen herausrechnen, die ja nicht zur Verfügung stehen, sehen Sie, dass fast jeder zweite Euro des Staatshaushalts für Bildung ausgegeben wird. Zwar ist Geld nicht alles, es ermöglicht aber wohnortnahe Schulen und eine gute Lehrerversorgung und individuelle Förderangebote.

Herr Rinderspacher, ausgerechnet Sie werfen dem bayerischen Schulwesen vor, dass es nicht in den Dörfern, sondern standortfern ist. Offenbar haben Sie wirklich von dem, was woanders passiert, überhaupt keine Ahnung.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Karl Freller (CSU): Kurze Beine, kurze Wege!)

Eine so kleinteilige Schullandschaft im Grundschulbereich wie im Freistaat Bayern gibt es sonst in der ganzen Republik nicht. Da müssen Sie, Herr Rinderspacher, nach Südtirol fahren. Dort werden Sie das auch finden, die haben etwas Ähnliches. Aber ansonsten finden Sie das nirgends. Dieser Vorwurf ist absolut nicht gerechtfertigt, sondern Bayern geht einen wirklich geradlinigen und auch teuren Weg, um dies zu erhalten, weil wir das gerade für den ländlichen Bereich tun wollen.

Wir müssen die digitale Bildung noch intensiver als heute in unsere Lehr- und Lernangebote einbeziehen. Schon heute sind Bayerns Schülerinnen und Schüler bei den meisten nationalen Bildungstests führend. Bayerns Schülerinnen und Schüler rechnen akkurater, schreiben flüssiger und wissen mehr als beispielsweise die Kinder und Jugendlichen aus Bremen und

Hamburg. Dann kommen immer wieder die Hinweise, dass dort die Abiturquote höher sei. Dazu sage ich Ihnen: Ich will solche Quoten nicht um den Preis erzielen, dass am Ende Kinder mit Migrationshintergrund in Bayern bei den Tests bessere Deutschergebnisse haben als Kinder ohne Migrationshintergrund in Bremen und in Hamburg. Eine solche Bildungspolitik werden wir hier nicht machen. Das sollen Sie ganz sicher annehmen.

(Beifall bei der CSU)

Dass die Bildungspolitik erfolgreich ist, zeigt sich später an der niedrigen Jugendarbeitslosigkeit. Die Menschen sind schulisch gut ausgebildet, und deswegen haben sie auch ihre Chance bei der Berufswahl und bei der Wahl ihres Arbeitsplatzes.

Unser Land wird beim Wohlstand, bei den Arbeitsplätzen und beim Einkommensniveau seiner Bürgerinnen und Bürger nur Spitze bleiben, wenn alle Regionen Bayerns exzellent sind. Wir brauchen boomende Ballungsräume, wir brauchen aber auch prosperierende ländliche Räume. Beides sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Sie sind die beiden Seiten der gleichen Medaille, einer aktiven und intelligenten Wirtschaftspolitik. Wir brauchen einen Investitionsschub für die digitale und die Verkehrsinfrastruktur. Bayern muss nicht nur verkehrlich gut erschlossen sein, auch die Daten müssen überall im Land verfügbar sein. Wir fordern auch den Bund auf, sich daran zu beteiligen. Darüber wird im Moment verhandelt.

Gleichzeitig brauchen wir eine neue digitale Innovationsoffensive. Ich bin dem Ministerpräsidenten dafür dankbar, dass er unsere Fraktionsinitiative "Bayern 3.0" aufgegriffen hat. "Bayern digital" kommt zur richtigen Zeit. Bereits heute trägt die Digitalisierung jährlich rund 1,5 Milliarden Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei. Neun von zehn Innovationen in der Automobilbranche kommen aus dem digitalen Bereich. Heute werden alle zwei Tage so viele Daten generiert wie zuvor in der gesamten Menschheitsgeschichte bis zu diesem Jahrtausend. Das ist enorm. Wenn man es genau überlegt, ist das teilweise auch erschreckend. Darauf müssen sich unsere Bildungseinrichtungen, die Wirtschaft und jeder Einzelne einrichten.

Die CSU-Fraktion unterstützt deshalb beispielsweise die Einrichtung eines Internet-Think-Tank, der gerade auch die gesellschaftlichen, juristischen, wirtschaftlichen und bildungsrelevanten Auswirkungen der digitalen Revolution untersuchen und mögliche Maßnahmen erarbeiten soll. So etwas gibt es bisher nur in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien, nicht aber in Kontinentaleuropa. Wir müssen an dieser Entwicklung teilhaben.

Wir sagen ausdrücklich Ja zu einer Gründeroffensive zur Förderung der Cyber Security und zu mehr fächerübergreifender IT-Kompetenz in Forschung und Lehre. Dies alles darf nicht nur im Großraum München stattfinden. Wir brauchen solche Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen auch in anderen Teilen Bayerns. Wir brauchen die digitale Strahlkraft überall. Bayern soll ein einziges Cluster für die digitalen Welten und seine wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Anwendungen werden. Dafür brauchen wir auch in Nordbayern eine Exzellenzuniversität. Die CSU-Fraktion unterstützt diesen Plan der Bayerischen Staatsregierung mit Nachdruck.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierungserklärung von Horst Seehofer ist eine exzellente Blaupause für das Regierungshandeln in den kommenden Jahren. Als Fraktion unterstützen wir die von ihm beschriebenen Maßnahmen, Projekte und Initiativen. Die Regierungserklärung greift zahlreiche Fraktionsinitiativen von der Digitalisierung über die Breitbandversorgung, die Sozialgenossenschaften, den Ausbau von Ganztagschulen, die Sicherung wohnortnaher Schulen bis hin zur Strukturpolitik auf. Die Politik von Horst Seehofer schafft eine gute Zukunft für Bayern, für jede Region und für jeden Einzelnen. Sie setzt ambitionierte Ziele. Wir müssen uns gemeinsam daranmachen, sie zu erreichen. Die CSU-Landtagsfraktion versteht sich als einer der Innovationsmotoren dieser künftigen Regierungspolitik und der künftigen Politik für Bayern. Nutzen wir den Handlungsspielraum des heutigen Erfolgs für Bayerns Zukunft, damit Bayern lebenswert und erfolgreich bleibt! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unsere Politik. Es ist eine Politik für die Menschen in diesem Land.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Kreuzer. Als Nächster hat Herr Kollege Aiwanger das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungserklärung ist der Versuch, die Politik für die nächsten fünf Jahre vorzuskizzieren und zu verdeutlichen, wo das Regierungshandeln hingehen soll. Dabei geht es natürlich in erster Linie um die Inhalte. Über die wollen wir heute diskutieren, und das werden wir auch tun. Wenn wir über die Inhalte sprechen, gehört es aber auch dazu, die Form kurz anzusprechen; denn die Form wird dazu benutzt, andere Fraktionen ihre Inhalte nicht mehr kommunizieren zu lassen. Es ist ein Trauerspiel, dass wir es in diesem Landtag nicht schaffen, die Sendezeit des Bayerischen Fernsehens, die bis halb fünf geht, so zu nutzen, dass jeder noch

ins Fernsehen kommt. Es sieht fast so aus, als wäre das Bayerische Fernsehen nur mehr für eine Partei und vielleicht noch für die der Staatsregierung am nächsten stehende Gruppierung da. Der Rest soll mit dem Ofenrohr ins Gebirge schauen. So viel zu dem Thema, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn der Landtag auf eine faire Zusammenarbeit setzen will, können wir so nicht weitermachen. Heute hat sich Schwarz-Rot wieder von der schönsten Seite gezeigt. Dazu passt auch: Kaum dass man sich umdreht, wird einem von Schwarz und Rot der Stuhl unterm Hintern weggeklaubt. Das kennen wir schon. So viel dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, zu den Inhalten, zu fünf Jahren Regierungspolitik, die wir vor uns haben, zu fünf Jahren Arbeit, die wir gemeinsam zu bewältigen haben, muss ich sagen: Eine Regierungserklärung muss auch ehrlich sein. Das Ergebnis des zurückliegenden Wahlkampfes zeigt zwar, dass die Wahl gewonnen worden ist, aber die Versprechungen, die zu diesem Wahlerfolg geführt haben, sind jetzt schon über Bord geworfen worden. Ich bin neugierig darauf, ob Sie, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, die Pkw-Maut für Ausländer durchsetzen können. Sie haben gesagt, Sie werden keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem die Pkw-Maut für Ausländer nicht drinsteht. Ich habe gesagt: Vielleicht steht drin, dass die Pkw-Maut für Ausländer nicht kommt, dann steht sie auch drin.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben aber gesagt: Die Maut kommt, sonst wird nichts unterschrieben.

Sie haben auch einmal gesagt: Der Länderfinanzausgleich muss geändert werden, sonst werden Sie den Koalitionsvertrag nicht unterschreiben. Ich wünsche Ihnen auch auf diesem Weg viel Erfolg. Ihr heutiger Verweis darauf, dass Sie weiter klagen werden, steht im Raum. Kommt das hinein?

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ja!)

- Ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei.

Ein Versprechen, das aber jetzt schon angeblich aus Finanzierungsgründen über Bord geworfen worden ist, ist die Erhöhung des Kindergeldes.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab! Jetzt können wir es uns nicht leisten!)

- Jetzt können wir es uns nicht leisten. Wann dann? Im Wahlkampf konnten wir es uns noch leisten, jetzt können wir es uns nicht mehr leisten. Auf das, was beim Kindergeld und auch bei der Angleichung der Mütterrente herauskommt, bin ich neugierig. Damit und mit dem Versprechen der Abschaffung der kalten Progression haben Sie die Wahl gewonnen. Jetzt heißt es kurz nach dem Wahlkampf: Wir können uns das jetzt nicht leisten. Der Wahlerfolg ist aber in der Tasche. Sei er Ihnen gegönnt.

Trotzdem sage ich: Diese Regierungserklärung ist genauso unehrlich, wie die Regierungserklärung vor fünf Jahren in vielen Punkten unehrlich war. Das verkündete schnelle Internet ist angesprochen worden. 2008 wurde verkündet, dass wir es in drei Jahren haben. Jetzt, im Jahr 2013, wird es für 2018 versprochen. Es kommt mir so vor wie bei den Heiligen Drei Königen. Da wird immer die Jahreszahl mit Kreide über die Tür geschrieben. Man wischt im folgenden Jahr die hinteren beiden Zahlen weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kaspar, Melchior und Balthasar bleiben stehen, und die hinteren Zahlen werden ergänzt. Ich sage ganz klar: So wichtige Infrastrukturmaßnahmen dürfen nicht auf der Zeitachse nach hinten verschoben werden. Damit ist in den letzten Jahren viel Vertrauen und auch viel wirtschaftliche Kapazität, die dringend nötig gewesen wäre, zerstört worden. Gleiches gilt für 2008. Eine Ihrer Aussagen in der Regierungserklärung lautete, es würden keine Steuererhöhungen kommen, sondern sogar Steuersenkungen. Von Steuersenkungen habe ich nichts mitbekommen. Es gab damals auch Aussagen, dass die Krankenhausfinanzierung besser werden müsse. Vorhin haben Sie gesagt, es ist nicht hinnehmbar, dass die Krankenhäuser so schlecht finanziert sind, dass sie trotz guter Arbeit nicht in die schwarzen Zahlen kommen, sondern draufzahlen. Auch das war schwarz-gelbe Politik in den letzten fünf Jahren. Die versprochene Verbesserung der Krankenhausfinanzierung ist nicht gekommen. Ein Versprechen lautete auch, die Renten zu erhöhen. Die Renten wurden erhöht, aber nur um 0,25 %, das lag also deutlich unter der Inflationsrate. Meine Damen und Herren, auch das zeigt die Wertigkeit der Regierungserklärungen. Sie enthalten immer die Themen, die für die jeweils vor uns liegenden Wahlen wichtig sind. Die Steuersenkungen waren 2008 wichtig, um sie den Leuten für die Bundestagswahl 2009 ans Bein zu binden. Heute haben wir von Steuersenkungen nichts mehr gehört, weil die Bun-

destagswahl hinter uns liegt und Rot-Grün dumm genug gewesen ist, in diese Falle zu tappen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Aha!)

Stattdessen gibt es jetzt das Euro-Thema und die Volksbefragung und die Volksbeteiligung. Das wurde hier und heute groß nach vorne gestellt. Das wird jetzt Thema werden bis zur Europawahl. Jetzt heißt es: "Volksbeteiligung" und: "Wir wollen alle einbinden". Der Bürgerentscheid in München gegen die dritte Startbahn interessiert Sie hingegen weniger. Hier wird die Bürgerbeteiligung, die stattgefunden hat, nicht ernst genommen. Für den vor uns liegenden Wahlkampf hingegen wird die nächste Bürgerbeteiligung an die Wand gemalt und dann, wenn der Wahlkampf um ist, wird sie wieder weggewischt. Diese unehrliche Politik kritisiere ich an dieser Stelle.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Aiwanger, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein, wir sind eh schon so weit hinten. - Jetzt geht es darum, die wichtigsten Themen für die nächsten Jahre herauszuarbeiten. Wir FREIEN WÄHLER sind diejenigen, die diese Dinge auf den Tisch legen, auch wenn das unangenehm ist. Ansonsten sind wir immer sehr fair. Wir werden Widersprüche aufzeigen und an Versprechen erinnern, damit es mit Bayern wieder vorwärts geht.

Die Schwerpunktthemen Bildung, ländlicher Raum, Kommunen und Energiewende haben im Landtags- und auch im Bundestagswahlkampf fast keine Rolle gespielt, obwohl sie äußerst wichtig sind. Diese Themen sind jetzt wirklich zu besetzen. Das gilt auch für die Bildungspolitik und die frühkindliche Bildung. Was die Debatte um das Betreuungsgeld und das damit verbundene Hin und Her anbelangt, so ist nach wie vor Fakt, dass die Kinder, die in eine Betreuungseinrichtung gehen, teilweise in sehr großen Gruppen sind. Die Kommunen haben teilweise große Probleme, genügend qualifiziertes Personal zu finden. Das heißt, hier werden wir etwas drauflegen müssen, um mehr qualifiziertes Personal in die frühkindliche Bildung zu bringen. Das ist und bleibt eine Forderung der FREIEN WÄHLER, und von der gehen wir auch nicht weg. Hier müssen wir nachbessern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Grundschulstandorte: Das Wortspiel "selbstständige Grundschulstandorte" und "Grundschulstandorte allgemein" dürfte mittlerweile weitgehend aufgeklärt sein. Der Normalzuhörer meint natürlich, es wären alle Grundschulstandorte gemeint. Im Nachhinein

heißt es dann aber, das war kein selbstständiger Grundschulstandort. Meine Damen und Herren, dem Kind und seinen Eltern ist es egal, ob die Schule rechtlich selbstständig oder unselbstständig ist. Die Eltern wollen ihre Kinder dort behalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir müssen die Klassengrößen absenken. In unserer Kommune haben wir zweimal 25 Kinder pro Klasse. Wir haben in einer Grundschulklasse sogar 27 Kinder und darunter ein Kind mit Migrationshintergrund, das kein Wort Deutsch kann. Das geht nicht! Wir wollen maximal 22 Kinder in einer Klasse. Im Falle des Falles wollen wir eine pädagogische Zweitkraft. Es muss gewährleistet sein, dass ein Kind, das nicht Deutsch kann, anderweitig auf den Stand gebracht wird und nicht mangels Möglichkeiten einfach in eine Klasse hineingesetzt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es heißt immer, das stimmt nicht. Ich gebe Ihnen die Adresse. Das sind die Probleme der Menschen, das sind die Probleme der Bildungslandschaft vor Ort.

Es geht weiter mit den Mittelschulverbänden, die mit der Ankündigung gegründet wurden, man wolle so kleine Standorte retten. Auf diese Weise sollten die Klassengrößen auch einmal unter 15 heruntergefahren werden können. Auf dem Papier mag das stimmen, in der Praxis scheitert das aber häufig daran, dass keine Lehrer da sind, um eine Klasse mit 13 Kindern zu halten; denn dann müsste eine andere Schule 30 oder mehr Kinder pro Klasse haben. Das Erhalten des Standortes scheitert also teilweise an der Verfügbarkeit der Lehrer. Bei allem Respekt vor Ihren Bemühungen, den Staatshaushalt nicht ausufern zu lassen, beim Personal für Schulen müssen wir anders denken. Dort ist jede Kraft nötig. Hier müssen wir mehr hineinstecken, um die sogenannte demografische Rendite, die immer angekündigt wird, nicht abwarten zu müssen. Wir müssen sagen, eine Grundschulklasse mit über 22 Kindern ist suboptimal, eine Klasse mit über 25 Kindern ist nicht hinnehmbar. Hier müssen wir nachbessern.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

- Ich will Ihnen das Beispiel von Eisschrank und Herdplatte nicht bringen, wenn hier von Durchschnitt die Rede ist.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Darüber können wir gerne diskutieren!)

- Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Eine Grundschulklasse mit über 25 Kindern geht einfach nicht. Da hilft der ganze Durchschnitt nichts. Es hilft dem Erstklässler in einer Klasse mit 26 oder 27 Kindern nicht, wenn Sie sagen, im Durchschnitt sind die anderen Klassen kleiner. Das hilft diesem Kind nicht weiter. Hier müssen wir nachbessern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie wissen auch: Gerade an den Realschulen und den Gymnasien sitzt jedes dritte Kind in einer Klasse mit über 30 Schülern. Dort ist die Lage vielleicht nicht so brisant wie an den Grundschulen, doch auch hier muss nachgebessert werden.

Zum G 9: Sie sagen, Sie machen keine neuen Schulreformen. Ich würde Ihnen aber empfehlen, dieses Thema noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Wir jedenfalls werden es über ein Volksbegehren noch einmal auf die Tagesordnung bringen. Wir stellen nämlich fest, dass ein Großteil der Gymnasiasten mit dem jetzigen System nicht glücklich ist. Auch die Lehrer sind damit nicht glücklich, und zwar einfach deshalb, weil hier zu viel Stoff vermittelt wird, auch am Nachmittag. Es gibt zu viel Lerndruck in kurzer Zeit. Hier müssen wir eine etwas entspanntere Unterrichts-atmosphäre schaffen. Die Kinder sollen noch Kinder sein dürfen und keine Lernmaschinen sein müssen. Am Gymnasium läuft heute vieles schief. Die Guten packen das, keine Frage, aber auch die sind an drei Nachmittagen in der Schule und könnten in dieser Zeit etwas anderes tun. Für sehr viele Schülerinnen und Schüler ist die jetzige Situation jedenfalls nicht optimal.

Wenn wir von mehr Bürgerbeteiligung sprechen, dann müssen wir an dieser Stelle auch zur Kenntnis nehmen – und das kann ich immer nur mit Kopfschütteln quittieren –, dass Schulleiter hinter vorgehaltener Hand sagen: Ihr habt recht, neun Jahre wären besser, aber als Schulleiter darf ich nichts sagen. Meine Damen und Herren, wo sind wir denn? – Wir sind doch nicht in der DDR! Wenn ein Schulleiter sieht, dass das System für die Kinder nicht in Ordnung ist, dann muss er das doch offen sagen dürfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Er muss das an die Politik herantragen dürfen, ohne dass er negative Konsequenzen befürchten muss. Mein Eindruck ist jedenfalls: Die Schulleiter haben teilweise Angst und sagen deshalb nichts. Sie sagen stattdessen: Wir wünschen euch, dass ihr das schafft, wir sagen aber nichts dazu. Hier unsere klare Botschaft: Greifen Sie das Thema G 9 noch einmal auf. Dort ist noch nicht alles optimal. Es reicht nicht, zu sagen, wir tun in den nächsten fünf Jahren nichts, weil

die Welt hier in Ordnung ist. Nein, hier müssen wir nachbessern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der ländliche Raum ist das große und alte Thema der FREIEN WÄHLER, doch es ist so aktuell wie nie. Symbolhaft kann ich feststellen, dass Wohnraum im ländlichen Bereich leer steht, während keine 100 Kilometer weiter in den Metropolen Wohnraum unbezahlbar ist. Auch hier haben wir wieder einen Durchschnittswert, meine Damen und Herren. Durchschnittlich betrachtet sind die Mieten bezahlbar: Hier steht das Haus leer, dort ist die Miete nicht bezahlbar. Wir müssen optimale Lösungen finden. Dazu zählt auch die Verkehrsanbindung.

Das betrifft auch die direkte Bahnanbindung Ostbayerns an den Flughafen. Auch hier ist es wie bei den Heiligen Drei Königen gewesen. Wirtschaftsminister Zeil hat für dieses Projekt den Beginn der Baumaßnahmen für 2012 versprochen. In vier Jahren sollte es fertig sein. Jetzt schreiben wir bald 2014. Bisher habe ich noch keinen Bagger gesehen. Auch dieses Projekt wird nach hinten geschoben mit der Folge, dass jemand aus dem ländlichen Raum am besten mit dem Auto zum Flughafen fährt. Hat er kein Auto, dann ist er abgeschnitten. Hier muss nachgebessert werden.

In den Städten sehen wir auch das Thema des öffentlichen Personennahverkehrs. Auch hier gilt es, vor allem in München, mit viel Hirnschmalz in den nächsten Jahren vernünftige Lösungen zu finden, die Außenäste zu ertüchtigen und dergleichen mehr, anstatt zu sagen: Die zweite S-Bahn-Stammstrecke ist der Weisheit letzter Schluss – in Klammern: für 2,5 Milliarden Euro, nach oben offen. Damit werden wir in eine Falle tappen, die so groß ist wie das Landesbankloch. Am Ende haben wir dann immer noch keine Lösung.

Ich bitte also auch hier darum, mit vernünftigen und zeitnahen Lösungen zu arbeiten. Das gilt für viele weitere Verkehrsprojekte, auch für die B 15 neu. Dazu heißt es: Die B 15 neu wird gebaut, in der Zwischenzeit brauchen wir keine dritte Überholspur, keine Ortsumfahrung, das erübrigt sich.

Meine Damen und Herren, wir müssen zeitnah Lösungen bringen. Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach, die keiner mehr findet. Wir brauchen pragmatische und zeitnahe Politik. Gerade in der Verkehrspolitik brauchen wir auch einmal die kleine Lösung. Sie muss aber kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir kämpfen ebenso dafür, dass die Landwirtschaft im ländlichen Raum in Zukunft wieder eine größere Rolle spielt. Hierbei ist wichtig, die Marktposition der Landwirte anzuerkennen und sie zu stärken, anstatt die bäuerliche Landwirtschaft mit immer mehr Großstrukturen an die Wand zu spielen, sodass am Ende nur noch die investorgestützte Großlandwirtschaft Flächen übernimmt, vielleicht für große Biogas-Anlagen die Gegend abgrast, während die kleinen Bauern nur noch den Frontlader bedienen dürfen. Wir brauchen vielmehr eine faire Perspektive für die bäuerliche Landwirtschaft. Das sehen wir auch an der zunehmenden Marktbeherrschung durch die Fleischindustrie und den Lebensmittelgroß- und -einzelhandel. Sie sind gefordert, künftig auch über das Kartellamt heranzugehen. Die Bauern sind zu schützen. Sie müssen ihnen eine faire Chance lassen. Auch das ist Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es geht jetzt um das Thema Gesundheitsversorgung und die flächendeckende Haus- und Facharztversorgung. Wir haben uns jahrelang für bessere Hausarztverträge eingesetzt. Wir sind aber noch nicht dort angekommen, wo wir hin wollen. Die angekündigte bessere Finanzausstattung der kommunalen Kliniken lässt auf sich warten. Ich bin neugierig, ob die Gesundheitslandschaft diesen Verdrängungswettbewerb überlebt, der von einer Gesundheitslobby von langer Hand ganz gezielt gesteuert wird nach dem Motto: Räum die Haus- und Fachärzte aus dem Weg, mach börsennotierte Klinikketten, die gehören dann irgend einem Großinvestor, und der Rest ergibt sich schon.

Wir müssen aufpassen und retten, was noch zu retten ist. Wir müssen den freiberuflichen Ärzten wieder eine klare Perspektive geben. Das ist zu einem großen Teil Gesundheitspolitik in Berlin, das ist aber auch bayrische Politik. Wenn wir das wollen, können wir mehr tun als derzeit. Wir sind hier mit unserem Latein noch nicht am Ende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Beim Thema Energiewende sehen wir die großen Wertschöpfungspotenziale insbesondere im ländlichen Raum. Die Länderöffnungsklausel bedeutet Chance und Risiko zugleich. Ich bitte Sie darum, nicht alleine der Verhinderungspraxis das Wort zu reden. Natürlich will man den Bürgern dort, wo sie das nicht wollen, keine Windmühle vor die Nase setzen. Es gibt aber Kommunen, die damit Geld verdienen wollen. Denen sollten wir diese Chance geben, anstatt zu sagen: Verhindern wir das, es ist nicht schön für das Landschaftsbild.

Wir sehen, dass Sie auf Berliner Ebene Nordrhein-Westfalen mit seinen Kohlerevieren zulasten der süddeutschen Energiewirtschaft den Ball zuspielen. Frau Kraft verteidigt natürlich ihre Pfründe. Sie haben immer zugestimmt, wenn es darum gegangen ist, die Entgelte für Solareinspeisung zu kürzen. Das ist Politik gegen den Energiestandort Bayern, weil Südbayern nun einmal bei der sonnenexponierten Lage Nummer 1 in Deutschland ist. Wenn wir die Solarbranche beschränken und uns bei den Windrädern völlig aus dem Spiel nehmen, dann überlassen wir anderen die Märkte von morgen und müssen dann Energie importieren. Bayern ist dann weg vom Schuss. Sich für Bayern einzusetzen, heißt, die Windenergie nicht völlig zu eliminieren. Es heißt vor allem auch, die Sonnenenergie zu unterstützen und die Energiespeichertechnik endlich mehrheitsfähig, salonfähig und durchsetzungsfähig zu machen. Die Energiespeichertechnik mit Methanisierung ist die Lösung, mit der wir unsere Sonnenenergiestandorte im Süden wertvoll machen können und mit der wir Geld im Land verdienen können. Das Geld soll im Land bleiben und nicht für russisches Gas oder nordrhein-westfälische Kohle ausgegeben werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Befassung mit dem ländlichen Raum heißt für uns auch, das große Zukunftsthema zu bearbeiten, das wir in den letzten Monaten schon intensiv diskutiert haben - heute hat es kaum mehr jemand auf dem Schirm -: den Hochwasserschutz. Hochwasserschutz mit den Kommunen und den Bürgern heißt ganz klar, die Bürger mit ins Boot zu nehmen, anstatt Landwirte zu enteignen oder am Ende überhaupt nichts zu tun und zu hoffen, dass schon nichts mehr passieren wird. Das nächste Jahrhunderthochwasser passiert statistisch betrachtet noch in dieser Legislaturperiode. Wir müssen die Gummistiefel also schnell anziehen und zu den Bürgermeistern und Landwirten gehen. Wir brauchen das Personal an den Wasserwirtschaftsämtern, um diese Entwicklung vor Ort mit den Bürgern zu koordinieren. Wir brauchen wirksame Lösungen. Wir brauchen Polder und die kleinen Wasserrückhalteeinrichtungen; das müssen nicht immer Quadratkilometer geflutetes Ackerland sein. Das sind häufig nasse Wiesen, Moore usw. Ich will das nicht vertiefen. Das ist eine Sisyphe-Aufgabe.

Das zahlt sich aber aus. Sie haben vorher gesagt: Ein gesparter Euro an dieser Stelle spart zwei Euro an Entschädigung. Das stimmt. Stoiber hat am Personal bei den Wasserwirtschaftsämtern gespart und viele Millionen Euro für Hochwasserschäden bezahlt. Ich wage zu behaupten, dass das Hochwasser im Raum Deggendorf nicht diesen Umfang angenommen hätte, wenn der Hochwasserschutz in der Vergangenheit

schon einen höheren politischen Stellenwert gehabt hätte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich nenne als weiteren sehr wichtigen Punkt die Kommunen. Obwohl Kollege Kreuzer sagt, die Betroffenen wollten gar nicht mehr, unterstütze ich die Forderung nach 15 % Kommunalanteil am Steuerverbund. Ein Anteil von 12,75 % ist zwar besser als ein Anteil von 11,5 % und alles, was wir schon hatten. Wir müssen uns aber auf einen Anteil von 15 % zubewegen, weil die Kommunen dann endlich wieder einmal Auftraggeber der regionalen Wirtschaft sein können, anstatt immer mehr unter einer Investitionsproblematik vor Ort zu leiden. Die Kommunen würden damit ein Stück weit unabhängiger von einer Fördertopf-Politik, wie sie heute festzustellen ist. In den nächsten Jahren sind Kanalsysteme usw. zu sanieren, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren gebaut worden sind. Entweder macht der Staat hier einen Fördertopf für die kommunale Kanalsanierung auf oder er gibt den Kommunen etwas mehr Geld, damit sie freier wirtschaften können. Wir FREIEN WÄHLER sind traditionell für Letzteres, damit der Staat den Gemeinden nicht bis auf das Komma vorkauen muss, wofür es Geld gibt. Die Kommunen sind verantwortungsbewusst genug, um mit mehr Geld vernünftig umzugehen. Dieses Geld wird den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Wir fordern deshalb 15 % Kommunalanteil am Steuerverbund. Das ist zwar nicht wenig, wir müssen uns das aber leisten. Dieses Geld ist bei den Bürgern am besten angelegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine weitere wichtige Zukunftsaufgabe auf kommunaler Ebene ist die politische Garantie dafür, dass nicht mit immer neuen Versuchen, die Daseinsvorsorge zu privatisieren, Unruhe gestiftet wird. Ich erinnere immer wieder daran, auch wenn Sie es nicht gerne hören, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung im Dezember 2012 in Brüssel der Aufnahme der Wasserversorgung in die Konzessionsrichtlinie für Dienstleistungen zugestimmt hat. Erst auf massiven öffentlichen Protest hin wurde das wieder herausgenommen. Ich sage dazu nur so viel: Hände weg von der kommunalen Daseinsvorsorge!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Kommunen sind der Dreh- und Angelpunkt. Ich habe es in diesem Haus schon mehrfach gesagt und wiederhole es gerne: Ich bin davon überzeugt, dass wir die Zukunftsaufgaben des Freistaates Bayern sehr viel schneller und passgenauer lösen, wenn wir die Kommunen noch mehr in die Rolle des aktiv Handel-

nden bringen anstatt in die Rolle des Befehlsempfängers oder dessen, der einen Fördertopf abgreift. Vielmehr muss die Bildungspolitik, Stichwort Bildungsregionen, mehr ins Spiel gebracht werden. Bei der Energiewende müssen die Kommunen das Aufeinanderprallen der Gegner und der Befürworter erneuerbarer Energien steuern. Auch die Asylpolitik sei genannt. In den Kommunen entscheidet sich, ob in einer dezentralen Aufnahmeeinrichtung mit 20 Asylbewerbern, die beispielsweise am Bauhof mitarbeiten dürfen, die im Sportverein integriert sind, ein vernünftiges Miteinander erreicht wird, oder ob es zur Eskalation kommt. Das entscheidet sich auch in der Kommune. Deshalb müssen wir die kommunalen Zuständigkeiten bei diesen Themen weiter ausbauen. Daran kommen wir nicht vorbei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus ist es uns sehr wichtig, das Thema Bürgerrechte in diesem Haus auch bei einer Aussprache zur Regierungserklärung anzusprechen. Für mich ist es etwas zu kurz gekommen, Herr Ministerpräsident, dass auch in Bayern scheinbar in großem Stil die Wirtschaft, die Politik oder wer auch immer ausgespäht worden ist. Meine Damen und Herren, diese Situation dürfen wir nicht nur schulterzuckend hinnehmen. Wie gründlich haben wir in der Schule gelernt, wie wichtig das Briefgeheimnis ist! Wie verbrecherisch sind Regime, die die Briefe ihrer Bürger öffnen, um zu lesen, was die Mama dem Papa geschrieben hat. Meine Damen und Herren, wir sollen das jetzt einfach so akzeptieren nach dem Motto: Heute gehört es eben dazu, dass man abgehört wird? – Nein, meine Damen und Herren, es ist traurig, dass wir das so akzeptieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist traurig, dass wir immer mit dem Finger auf Unrechtsregime wie die DDR gezeigt haben, auf Regime, die die Menschen belauscht haben, die ihre Briefe geöffnet haben. Scheinbar ist das mittlerweile ein Volkssport auf diesem Kontinent, und wir sagen dazu nichts. Meine Damen und Herren, auch hier ist die Bayerische Staatsregierung gefordert, nicht nur eine für die Wähler vorgegaukelte Empörung zu spielen, sondern den Amerikanern ganz klar zu sagen: Du bist zwar mein Freund, aber nimm bitte die Hände aus meiner Hosentasche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bürgerrechte sind künftig mit anderen Augen zu betrachten; denn gerade im Zuge der Globalisierung wird vieles über den Haufen geworfen. Viele geltende demokratische Errungenschaften werden durch

Marktzwänge scheinbar ausgehebelt. Die Politik lässt sich immer mehr ins Abseits drängen. Auch aufgrund dessen müssen wir an dieser Stelle durch eine kleinstrukturierte Politik retten, was zu retten ist. Wir müssen auch das Thema Bürgerbeteiligung und Volksabstimmungen ernster nehmen, als nur regelmäßig vor Wahlen zu verkünden, man werde sich dafür einsetzen.

Wir fordern ganz konkrete und sehr zeitnahe Pläne, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, um auch für die bayerische Bevölkerung über das bewährte Instrument des Volksbegehrens und Volksentscheids hinaus Ihre Volksbefragung auf den Weg zu bringen. Wir sollen auch zu einer dritten Startbahn und ähnlichen Vorhaben die Bevölkerung befragen können, und zwar nicht mit einer Suggestivfrage, sodass die Menschen letztendlich immer "Ja" ankreuzen, weil sie gar nicht wissen, was das genau bedeutet. Vielmehr sollen diesen Entscheidungen faire öffentliche Debatten vorausgehen. Wir sollen die Bürger an dieser Stelle nach dem Vorbild der Schweiz mitnehmen. Wir müssen nicht über alle Fragen Volksabstimmungen durchführen, aber die Schweizer machen es uns doch vor.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Denen geht es wirtschaftlich sogar sehr gut!)

- Genau. – Die Schweizer stimmen darüber ab, ob ein teurer Tunnel gebaut wird oder nicht, und am Ende stimmen sie dem zu, wenn sie erkennen, dass es Sinn macht. Sie hätten bei der Frage des Transraps nicht zugestimmt, weil sie sich gesagt hätten, das sei eine Schnapsidee oder eine Selbstdarstellung. Wenn ein Verkehrsprojekt aber sinnvoll ist, wird der Bürger zustimmen, weil er erkennt: Das bringt mir etwas. Diesen Weg der besseren Einbindung der Bürger müssen wir gehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU))

Hier sind wir gerne an ihrer Seite. Lasst die Bürger sprechen. Das ist im Zweifel die richtige Entscheidung. Bürgerbeteiligung ist an dieser Stelle die klare Botschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Ministerpräsident, wenn wir von Bürgerbeteiligung sprechen, nehmen Sie bitte nach Berlin mit, dass die bayerische Bevölkerung gerne wüsste, was über diese ominösen Freihandelsabkommen verhandelt wird.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich auch!)

Hierbei werden Verhandlungen geführt, bei denen man teilweise gar nicht weiß, wer überhaupt verhandelt. Irgendwelche Leute aus Brüssel verhandeln darüber, ob in unsere Nahrung Gentechnik gelangt. Diese Kompetenz muss sich eine Staatsregierung, muss sich ein Landtag zurückholen. Ich will in diesem Haus über Parteigrenzen hinweg darüber diskutieren dürfen, was hier unterschrieben wird, und ich will am Ende, sehr geehrter Herr Ministerpräsident - - Wird gerade die Einrichtung des Heimatministeriums besprochen?

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Ist schon lange erledigt!)

- Es ist schon erledigt. - Ich will am Ende des Verfahrens das Volk darüber abstimmen lassen, ob es einer solchen Freihandelszone zustimmt oder nicht, weil es am Ende im wahrsten Sinne des Wortes die Suppe auslöffeln muss und weil es davon betroffen ist. Es passt nicht in das 21. Jahrhundert, dass über solche Themen verhandelt wird und dabei niemand weiß, wer verhandelt und um wen es geht. Bindet die Bürger ein, bindet auch das Haus ein, und wir FREIEN WÄHLER werden das Thema Freihandelsabkommen bei nächster passender Gelegenheit zur Debatte in den Landtag einbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit will ich meine Rede zu Ende gehen lassen, um auch der Kollegin noch eine gewisse Redezeit einzuräumen. Ich hätte noch eine halbe Stunde, aber ich muss sie nicht nutzen. Das Wesentliche ist gesagt. Die Themen wurden von uns wiederholt: Stärkung der Kommunen, bessere Bildung, ländlicher Raum, Bürgerrechte, vernünftige Verkehrs- und Energiepolitik und vor allem ein fairer Umgang in diesem Haus.

(Lang anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Aiwanger. Als Nächste hat Frau Kollegin Bause das Wort. Bitte schön, Frau Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Danke, Hubert Aiwanger, für die Fairness. Ich glaube, wir müssen uns in Zukunft für derartige Veranstaltungen ein anderes Prozedere überlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Entweder einigen wir uns darauf, dass wir uns alle inklusive des Ministerpräsidenten auf eine halbe Stunde konzentrieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Man muss nicht alles vorlesen, was auf dem Papier steht, sondern man kann auch Auszüge daraus vortragen. Oder wir halten derartige Debatten nicht bei einem Plenum ab, das nachmittags um 14 Uhr beginnt. Dann beginnen wir um 9.00 Uhr, wenn wir uns bei der Aussprache genügend Zeit nehmen wollen. Aber es soll nicht so sein, dass diejenigen, die um halb sechs an der Reihe sind, die Letzten sind, die die Hunde beißen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Beim nächsten Mal machen wir das besser.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letzten Sonntag ist etwas passiert, was so wohl kaum jemand erwartet hätte. Die Bürgerinnen und Bürger haben in vier Bürgerentscheidungen Nein zu Olympischen Spielen in Bayern im Jahr 2022 gesagt. Ich glaube, das war für alle eine große Überraschung – ehrlich gesagt, auch für mich, auch für uns, weil das Votum wirklich so klar und so eindeutig war. Welche Botschaft steckt in diesem überraschend eindeutigen Votum für die zukünftige Politik in Bayern, und um welche Zukunft geht es überhaupt? Was für eine Zukunftsvorstellung steckt in diesem Votum der Bürgerinnen und Bürger?

Zum einen bedeutet das Votum eine klare Absage an Wichtigtuerei, an Intransparenz und an Entmündigung. Es ist eine Absage an Gigantismus, an die Haltung "immer mehr", "immer mehr vom Gleichen". Als Reaktion auf dieses Ergebnis werden jetzt Rufe nach weniger Bürgerbeteiligung laut – nicht von Ihnen, Herr Seehofer –, aber manche Sportfunktionäre haben durchaus verlauten lassen, es gebe "too much democracy". Diese Verantwortlichen scheinen nicht kapier zu haben, was das Problem ist, und insbesondere nicht, was ihr Problem ist. Wir brauchen mehr und nicht weniger Bürgerbeteiligung, auch und gerade bei Entscheidungen von solch langfristiger Tragweite.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen sind misstrauisch geworden, was Versprechen angeht; nicht nur deswegen, weil sie oft die Erfahrung gemacht haben, dass diese Versprechen nicht eingehalten werden, wie auch jetzt wieder bei dem Versprechen einer Kindergelderhöhung. Im Übrigen ist in Ihrem Bayernplan, Herr Seehofer, nichts von einem Finanzierungsvorbehalt drin, sondern da steht drin: Wir werden dafür sorgen, dass das Kindergeld erhöht wird. Hier wird schon wieder ganz klar ein Versprechen gebrochen.

Die Menschen sind misstrauisch geworden, nicht nur deswegen, weil die Versprechen so oft gebrochen werden, sondern weil die Versprechen selbst oft ihren Glanz verloren haben. Imagegewinn, Wirtschaftsmotor, Besucherrekorde: Das klingt sehr schnell schal, wenn nicht vermittelt werden kann, wozu wir das Ganze brauchen. Was trägt es zur Verbesserung unserer Lebensqualität bei? Oder führt es nicht im Gegenteil zu einer Verschlechterung der Lebensqualität? Im Kern geht es auch bei solchen Entscheidungen um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen.

Ich denke, auch dem Letzten ist mittlerweile klar geworden, dass es nicht geht, einfach so weiterzumachen wie bisher, wenn wir uns die Herausforderungen anschauen, und ich setze da die Schwerpunkte durchaus anders als Herr Seehofer.

Mein erster Schwerpunkt, unsere zentrale Herausforderung, ist der Klimawandel, die Naturzerstörung, aber natürlich auch die demografische Entwicklung, der soziale Zusammenhalt, die gesellschaftliche Teilhabe, die Migration. Das sind Herausforderungen, die nicht irgendwo auf der Welt stattfinden, sondern genauso bei uns in Bayern, wo wir dahoam sind. Und auf diese Herausforderung müssen wir eine Antwort geben, die eine andere ist als Durchwursteln, tagespolitischer Aktionismus und leere Worthülsen, denen dann kaum Taten folgen.

Dazu haben wir ja schon in den anderen Reden verschiedenes in unterschiedlichen Variationen gehört. Ich möchte heute in meiner Rede etwas Neues wagen. Ich möchte mich jetzt nicht so sehr daran abarbeiten, was Sie, Herr Seehofer, uns verkündet haben, was davon in die falsche Richtung geht, was zu aufgeblasen, zu angeberisch war, auch nicht, was zu wenig, zu langsam, zu spät, zu halbherzig angepackt wird. Dazu lässt sich vieles sagen, aber es ist dazu schon vieles gesagt worden.

Ich möchte gerne etwas Neues wagen und heute eine grüne Regierungserklärung abgeben. Wenn wir GRÜNEN Bayern regierten, wie sähe dann die heutige Regierungserklärung aus? Sie sagen doch immer, wir sollen Vorschläge machen und unsere Alternativkonzepte darstellen. Deswegen habe ich mich der Herausforderung gestellt, heute als Gegenentwurf hier eine grüne Regierungserklärung abzugeben, in der man die Unterschiede deutlich erkennen kann. Was ist das Leitmotiv, was sind die Leitlinien eines grünen Bayern, was seine Instrumente und Projekte in welchen ausgewählten Politikbereichen?

Die Grundbotschaft einer grünen Regierungserklärung lautet: Bayerns Zukunft liegt im Wandel zur Nachhaltigkeit. Dabei geht es nicht nur um irgendwel-

che technischen Veränderungen, Innovationen oder Reparaturen an der einen oder anderen Stelle, sondern um einen ganz grundlegenden kulturellen Wandel durch alle gesellschaftlichen Bereiche. Es geht um eine Kultur der Nachhaltigkeit. Das heißt, dass wir in allen Bereichen darauf achten, unser Leben und unsere Bedürfnisse nicht auf Kosten anderer, nicht auf Kosten von Menschen in anderen Ländern und auch nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder zu leben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen lautet die Aufgabe, unsere Politik heute so zu gestalten, dass wir der zukünftigen Generation überhaupt noch Handlungsspielräume überlassen. Wenn die Handlungsspielräume immer kleiner werden, weil der Klimawandel immer bedrohlicher wird, dann gibt es immer weniger Freiheitsräume. Deswegen geht es darum, dass wir Demokratie auch in Zukunft ermöglichen, was bedeutet: Ich habe die Alternative, ich habe die Wahl. Wir dürfen durch unsere Art, zu wirtschaften, zu leben und zu konsumieren, nicht die Freiheitsrechte der zukünftigen Generationen einschränken.

Es geht also um einen Aufbruch in ein nachhaltiges Bayern, und diesen Aufbruch wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten. Wir fragen die Bürgerinnen und Bürger, wir hören zu, wir beziehen sie von Anfang an mit ein und nicht erst, wenn alles fast schon gelaufen ist und die Bürger eigentlich nur noch pro forma befragt werden, sodass das Ergebnis der Befragung dann doch keine wirkliche Rolle spielt. Wir stellen den Bürgern alle notwendigen Informationen zur Verfügung, damit sie sich eine Meinung bilden können.

Wir streiten für unsere Ziele. Bürgerbeteiligung bedeutet nicht, zu sagen, Leute, entscheidet ihr das, ich habe keine Meinung, sondern Aufgabe von Politik ist ja auch, eine Position und eine Vision zu haben und für diese Visionen zu streiten, sie zur Diskussion zu stellen, in Dialog zu treten und natürlich auch, in der einen oder anderen Sachfrage um Mehrheiten zu kämpfen. Das ist eine richtig verstandene Mitmachdemokratie. Das ist eben nicht eine Politik der Beliebigkeit, die immer dem Druck des gerade Stärksten und Lautesten nachgibt, sondern eine Politik der Beteiligung, eine Politik der Ermöglichung und eine Politik der Bewahrung. Antoine de Saint-Exupéry hat einmal so schön gesagt: Es geht nicht darum, die Zukunft vorherzusehen, sondern sie zu ermöglichen.

Was heißt Wandel zur Nachhaltigkeit nun auf konkreten Politikfeldern? Ich will anhand einiger ganz konkreter Gebiete klarmachen, was unsere konkreten

Maßnahmen sind, wie eine solche grüne Regierungserklärung aussieht, mit welchen gesetzlichen Vorgaben und mit welchen Projekten wir diesen Wandel zur Nachhaltigkeit vorantreiben wollen. Erstens. Wir rücken den Klimawandel ins Zentrum. Wandel ist ja eigentlich ein beschönigendes Wort. Es geht um die Klimakrise, die von den Menschen auf den Philippinen im Moment als Klimakatastrophe, als verheerende Katastrophe wahrgenommen wird. Diese Klimakatastrophe steht natürlich im Mittelpunkt der Politik.

In Warschau beginnt in diesen Tagen die UN-Weltklimakonferenz, und ich befürchte, auch dort wird wieder nichts vorangehen, und die Teilnehmer werden versuchen, sich irgendwie durchzuwursteln: Die wirkliche Bedrohung wird ausgeblendet und beiseite geschoben.

Diese Klimakatastrophe, die wir in den Fernsehbildern erleben, hat auch etwas mit uns in Bayern zu tun, nicht nur wegen des Hochwassers im Juni dieses Jahres, sondern weil wir auch durch unsere Art des Wirtschaftens und Konsumierens mit dazu beitragen, dass sie sich immer weiter verschärft. Deswegen müssen wir auch hier in allen Politikbereichen unserer Verantwortung gerecht werden.

Wenn wir über Klimaverantwortung und Klimapolitik reden, heißt es häufig: Was können denn wir im kleinen Bayern schon machen, was können wir in Deutschland schon machen? Die Musik spielt in China und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Auf der anderen Seite kann man gar nicht damit aufhören zu sagen, wie wichtig Bayern ist, welche Wirtschaftskraft Bayern hat und was für ein starkes Exportland wir sind. Gerade weil wir ein so starkes Exportland sind, haben wir die Aufgabe, diese Klimaverantwortung bei all unseren Exportprodukten zum Tragen zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein grünes Bayern wird deshalb in den nächsten fünf Jahren Vorreiter und Vorbild beim Klimaschutz sein. Wir haben auf diesem Gebiet viel zu tun, denn die CO₂-Bilanz Bayerns ist äußerst bescheiden. Die energiebedingten CO₂-Emissionen lagen in Bayern im vergangenen Jahr bei geschätzten 75 Millionen Tonnen CO₂ und sind damit höher als im Jahr 2007. Wir sind also in den letzten Jahren schlechter geworden und haben im Vergleich zu 1990, dem internationalen Bezugsjahr, eine Reduktion um gerade einmal 11 %. Mit diesen 11 % liegt Bayern nicht nur weit unter dem deutschen Durchschnitt, sondern schneidet auch im europäischen Vergleich ziemlich bescheiden ab. Und wenn wir den Ankündigungen des Kollegen Seehofer – in dem Fall, wenn ich hier eine grüne Regierungser-

klärung abgebe, ist er der Oppositionsführer – lauschen, stellen Sie sich das doch einmal vor, dann würde es nach seinen Vorgaben nicht entsprechend weitergehen, dann würden wir diesen bescheidenen Platz auch in Zukunft haben.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

11 % in 23 Jahren sind in unserem reichen, innovativen Hochtechnologieland wirklich bescheiden.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Da können wir deutlich mehr, und da machen wir deutlich mehr. Wir werden deshalb ein bayerisches Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Reduktionszielen und einen bayerischen Klimaschutzplan mit Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel auf den Weg bringen. Dieses Gesetz und diesen Plan werden wir in einem breiten Dialogprozess mit der Bevölkerung vorbereiten und auf den Weg bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun – zweitens – zum Beitrag der Wirtschaft zu einer anderen Kultur, zu einer Kultur des Klimaschutzes. Für die Wirtschaft liegen die Zukunft und die Zukunftsperspektiven ebenfalls auf dem Weg und im Wandel zur Nachhaltigkeit; denn wir wissen: Die Zukunft gehört den Unternehmen und den Produkten, die aus weniger mehr machen, die es schaffen, mit weniger Energie, weniger Rohstoffen, weniger Umweltbelastung und weniger Gesundheitsbelastung ein Mehr an Lebensqualität zu erwirtschaften. Wir werden in den nächsten Jahren weltweit einen Nachfrageschub nach umwelt-, klima- und ressourcenschonenden Produkten erfahren. Deswegen sind die Leitindustrien der Zukunft grüne Industrien. Deswegen sollten wir das Ziel haben, bei allen Produkten und Dienstleistungen, die wir als "Made in Bavaria" anbieten, den Raubbau zu überwinden und zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verantwortung für Nachhaltigkeit und Erfolg durch Nachhaltigkeit – das ist unser Leitbild. Wir werden Bayern zur Modellregion für ökologisch orientiertes Wirtschaften machen. Wo, wenn nicht in unserem wirtschaftsstarken Land, können wir denn unter Beweis stellen, dass es gelingt, Ökologie und Ökonomie zu vereinbaren? Diese ökologische Modernisierung läuft nicht einfach von allein oder mit Appellen, sondern dazu braucht es eine aktive Politik, einen klaren politischen Ordnungsrahmen, der die Kreativität und die Innovationskraft der Unternehmen nutzt und für den ökologischen Umbau umlenkt.

Wir werden deshalb die Wirtschafts-, Regional- und Strukturförderung in Bayern auf den Prüfstand stellen. Wir werden sie deutlich stärker an ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten. Wir werden ein Vergabe-, Tariftreue- und Mindestlohngesetz auf den Weg bringen. Wir werden dafür sorgen, dass der Staat eine Vorreiterrolle übernimmt und sich die öffentliche Beschaffung in den Ministerien und Behörden an ökologischen und sozialen Standards orientiert. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass unser gesellschaftlicher Wohlstand nicht mehr ausschließlich nach dem BIP gemessen wird, sondern dass ein anderer Index eingeführt wird, ein Wohlfahrtsindex, der deutlich macht, dass Wohlfahrt mehr als das klassische Bruttosozialprodukt ist. Wir werden für Bayern einen solchen Wohlfahrtsindex etablieren.

Wir werden ein neues Landesentwicklungsprogramm auf den Weg bringen, das die zentralen Herausforderungen des demografischen Wandels, des Klimaschutzes und oder die Reduzierung des Flächenverbrauchs endlich annimmt. In diesem neuen LEP wird als Allererstes die dritte Startbahn gestrichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir nehmen das Votum der Bürgerinnen und Bürger ernst, im Gegensatz zu Herrn Seehofer, der zwar von Bürgerbeteiligung redet, aber sie sehr schnell nicht mehr wahrhaben will, wenn sie ihm nicht passt. In diesem neuen LEP werden wir den landesweiten Flächenverbrauch deutlich begrenzen. Der Flächenverbrauch in Bayern ist in den letzten Jahren dreimal stärker gestiegen als die Einwohnerzahl. Boden können wir aber nicht vermehren. Deswegen müssen wir mit diesem Gut sparsam umgehen. Wir möchten ein neues Steuerungsinstrument einführen. Wir werden limitierte Flächenverbrauchszertifikate einführen. Vor jeder Neuausweisung von Bauland und Gewerbegebieten wird es künftig eine Verpflichtung zur Erstellung von Bedarfsanalysen geben.

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet auch eine andere Landwirtschaftspolitik. Der Einsatz öffentlicher Mittel in der Agrarpolitik muss für die bäuerliche Landwirtschaft erfolgen. Damit müssen Betriebe unterstützt werden, die sich an Arten- und Tierschutz halten und eben nicht in die Massentierhaltung investieren. Wir möchten öffentliche Mittel für öffentliche Güter einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen werden wir die Investitionsförderung agrar-industrieller Betriebe in Bayern deckeln und die Mittel in die Förderung der naturnahen bäuerlichen Landwirtschaft und in die Förderung des Ökolandbaus investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatliche Betriebe sollten hier Vorbild sein. Wir haben einige staatliche Betriebe. Wir werden in unserem eigenen Verantwortungsbereich anfangen. Wir werden das staatliche Hofbräuhaus in München, die Staatsbrauerei Weihenstephan und den staatlichen Hofkeller Würzburg auf 100 % Ökobetrieb umstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann können wir endlich auch bei den Empfängen des Landtags und der Staatsregierung Ökowein und Ökobier trinken. Auch das ist ein wichtiger Beitrag und ein wichtiges Vorbild.

(Beifall bei den GRÜNEN – Markus Rinderspacher (SPD): Da sind wir mit dabei in einer Koalition!)

- Da sind Sie mit dabei. Wunderbar. – Bis zum Ende dieser Legislaturperiode werden wir den Anteil der Fläche für den Ökolandbau in Bayern auf 20 % erhöhen. Dieses Ziel müssen wir unbedingt erreichen; das ist längst überfällig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zukunft, insbesondere für die ländlichen Räume, hängt natürlich auch am Ausbau des schnellen Internets. Um das Ziel der flächendeckenden Versorgung bis 2018 zu erreichen, werden wir die Antragsverfahren spürbar vereinfachen und deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Wir gestalten – drittens – die Energiewende. Die Energiewende ist ein grundlegender Beitrag für gelingenden Klimaschutz, für Arbeitsplätze, für Lebensqualität und für langfristig bezahlbare Energie. Deswegen werden wir in den kommenden fünf Jahren den Weg der Energiewende konsequent gehen. Wir werden gefährliche und schmutzige Kraftwerke durch saubere und unerschöpfliche Energiequellen ersetzen. Wir geben ein klares Bekenntnis ab, damit die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes Lust haben, am Erfolg der Energiewende teilzuhaben. Ein klares Bekenntnis bedeutet für die Unternehmer und die Bürgerinnen und Bürger Planungssicherheit. Nur wenn wir Planungssicherheit gewährleisten, werden die Bürger und die Unternehmer ihr Engagement für die Energiewende beibehalten und verstärken. Dieses Engagement und diese Begeisterung sind überall spürbar. Dieses Engagement wollen wir fördern und nicht ausbremsen wie Herr Kollege Seehofer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein wichtiger Pfeiler der Energiewende ist die Windenergie in Bayern. Deswegen werden wir ihren Ausbau vorantreiben. Wir werden die Kommunen unterstützen und die Planungsverbände mit ausreichenden Mitteln ausstatten, damit sie vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern eine fundierte Planung in die Wege leiten können. Wir werden die notwendige fachliche Unterstützung zur Verfügung stellen, also endlich den Windatlas und den Windenergie-Erlass auf den Tisch legen. Wir werden ein ordentliches Planungskonzept und eine fundierte Datenbasis für diese Planungen zur Verfügung stellen. Wir werden außerdem umgehend die Initiative für den Zwei-Kilometer-Abstand für neue Windkraftanlagen zurücknehmen. Das ist unser Versprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn eine derartige Abstandsregelung gefährdet Arbeitsplätze in unseren bayerischen Unternehmen. Eine derartige Abstandsregelung macht aus vielen laufenden Planungen, die zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern auf den Weg gebracht wurden, Makulatur. Eine derartige Abstandsregelung fördert letztlich die Atomlobby und die Kohlelobby. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen für Abstandsfragen keine vorgegebene Zwei-Kilometer-Regelung, zehnmal die Höhe des Windrades. Wir setzen auf optimale und individuelle Lösungen vor Ort und nicht auf Bevormundung und Bürokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Stromspeicherung wird in den kommenden Jahren immer drängender und wichtiger werden. Wir werden deshalb einen Mix aus dezentralen und zentralen Speichern etablieren, auch unter Entwicklung und Einsatz neuer Speichertechnologien. Wir prüfen, wo Pumpspeicherkraftwerke sinnvoll und ökologisch zu verantworten sind. Deswegen werden wir ein Pumpspeicherkataster vorlegen und bei allen Planungen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und umfassend beteiligen.

Neben funktionierenden Verteilnetzen ist Bayern auf ein gut ausgebautes Stromübertragungsnetz angewiesen. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer Strombrücke von Thüringen nach Bayern. Doch wir werden weder eine x-beliebige Trasse akzeptieren noch den vorgeschobenen Zeitdruck, dass die Leitung bis 2015 stehen muss. Ganz wichtig für den Erfolg der Energiewende ist der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in Bayern. Diese Technik ist höchst intelligent und längst ausgereift. In Bayern führt sie allerdings

bisher ein Schattendasein. Sie hat ein großes Potenzial. Wir werden die dezentrale Kraft-Wärme-Koppelung ausbauen und damit drei Ziele erreichen: Klimaschutz, Ersatzkapazitäten für stillgelegte Atomkraftwerke und wichtige Dienste, um das Stromnetz zu regeln und zu stabilisieren.

Bayern ist auch nach der Stilllegung von Isar I immer noch ein Stromexportland, und die Stromexporte nehmen weiter zu. Wir werden alte und schwerfällige Atomkraftwerke vom Netz nehmen und moderne, hoch effiziente und flexible Gaskraftwerke endlich nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen werden wir das AKW Grafenrheinfeld so schnell wie möglich vom Netz nehmen. Auch lehnen wir das Vorhaben von RWE ab, die Leistung des Atomkraftwerks Gundremmingen zu erhöhen. Mit uns wird es keinen Wiedereinstieg in die Atomenergie durch die Hintertür geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die größten CO₂-Einsparpotenziale liegen im Wärmebereich und im Verkehrssektor. Wir werden deshalb ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz für Bayern auf den Weg bringen. Mit diesem Gesetz können wir die Nutzung von erneuerbaren Energien bei der Wärme- und Kälteversorgung im Haushalt besser nutzen.

Mit diesem Bündel von Maßnahmen werden wir den Anteil der erneuerbaren Energien im Strombereich bis 2018 auf 50 % steigern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt werden Sie sagen: Horst Seehofer hat 40 % erwähnt. Mit den Maßnahmen, die er vorschlägt, wird er allerdings die 40 % bei Weitem nicht erreichen. Mit dem ambitionierten Maßnahmenbündel, das wir vorschlagen, können wir im Laufe dieser Legislaturperiode hingegen 50 % erneuerbaren Strom für Bayern realisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann werden auch die vielen Bürgerinnen und Bürger davon erzählen können, dass sie durch ihren Einsatz die Energiewende vorangebracht haben und dass sie durch ihre Investitionen in ihrer Heimat eine ganze Wertschöpfungskette erzeugt haben, von der die Menschen vor Ort profitieren.

Viertens. Wir schaffen gerechte Bildungschancen und ermöglichen nachhaltiges Lernen und die Teilhabe von allen. So wie wir im ökologischen Bereich die Ent-

koppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vorantreiben, so wollen wir bei der Bildung die Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungschancen erreichen. Das ist die große Aufgabe für die Zukunft, und das sind wir unseren Kindern schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Moment ist gerade diese Koppelung zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen in Bayern besonders stark ausgeprägt. Aber alle Kinder haben den Anspruch auf gleiche Chancen, auf gleiche Förderung und auf gleiche Teilhabe von Anfang an.

Gleichzeitig sind viele Lerninhalte und Lehrmethoden alles andere als nachhaltig. Häufig geht es nur noch darum, mehr Lernstoff in noch kürzerer Zeit zu pauken und diesen dann abzufragen, und es geht nicht mehr um das Verstehen und um die Problemlösung. Wir starten deshalb eine Qualitätsoffensive für gerechte und nachhaltige Bildung in der frühkindlichen Bildung, in der Schule, in der beruflichen Bildung und in der Hochschule.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der frühkindlichen Bildung verstärken wir die Anzahl und die Qualität der Angebote. Wir investieren also in den Ausbau und auch in die Qualität der Angebote der frühkindlichen Bildung. In einem ersten Schritt verbessern wir das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Erzieherinnen und Erziehern und Kindern. Die Gruppen sind zu groß. Wir wollen den Einstellungsschlüssel von 1 : 11 auf 1 : 10 und langfristig auf 1 : 8 reduzieren. Dieses zusätzliche Personal soll weitgehend vom Freistaat refinanziert werden. Wir lassen die Kommunen dabei nicht im Regen stehen.

Zur Verbesserung der Qualität in den Kindertagesstätten brauchen wir mehr gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Um den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers attraktiv zu machen, brauchen wir bessere Arbeits- und Aufstiegsbedingungen und eine bessere Bezahlung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir bilden Bayerns Zukunft. Deshalb entscheidet die aktuelle Bildungspolitik darüber, wie wir und wie unsere Kinder in Zukunft in Bayern leben werden. Es geht nicht darum, dass wir an Leistungspunkten orientierte Einzelkämpfer ausbilden, sondern es geht um das Schulen von Problemlösungen, um Gedankenaustausch, darum, gemeinsam mit anderen Interessierten an der Lösung eines Problems zu arbeiten. Es kann nicht funktionieren, wenn wir die Kinder des 21. Jahrhunderts mit Methoden aus dem 20. Jahrhundert in

einem Bildungssystem ausbilden, das in seiner Struktur aus dem 19. Jahrhundert stammt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist nicht verordnete Ruhe das Ziel unserer Bildungspolitik, sondern es sind zeitgemäße Reformen, die die Bedürfnisse der Eltern, der Kinder und der Lehrer ebenso ernst nehmen wie die Erkenntnisse der Lern- und der Hirnforschung und die demografischen Herausforderungen. Wir werden deshalb die Autonomie der Schulen ausweiten, und wir werden den Elternwillen unterstützen und stärken. Wir überlassen die Entscheidung für den Übertritt nach der 4. Klasse den Eltern – nach einer ausführlichen Beratung durch die Schulen.

Wir schaffen flächendeckend rhythmisierte Ganztagschulen in allen Schularten in Bayern, und wir statten diese Schulen besser aus, damit die zusätzliche Zeit für nachhaltiges Lernen genutzt werden kann. Bis 2018 werden wir das Angebot an rhythmisierten Ganztagschulen, also an echten Ganztagschulen - nicht nur Betreuungsangeboten am Nachmittag oder über die Mittagszeit -, verdreifachen. Das ist ein ehrgeiziges Programm. Im Moment befinden sich 7 % aller Kinder in rhythmisierten Ganztagschulen. Damit ist Bayern leider das Schlusslicht im Ländervergleich. Wir möchten den Anteil auf 20 % anheben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, entschuldigen Sie bitte. – Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, den Geräuschpegel des allgemeinen Gemurmels etwas herunterzudrehen. Es ist sehr laut. Hier oben kann man kaum etwas hören. Ich bitte Sie alle, auch dieser Rednerin noch Aufmerksamkeit zu schenken. – Danke schön.

Margarete Bause (GRÜNE): Nun zur umstrittenen Frage, wie es denn mit dem bayerischen Gymnasium weitergehen soll. Sollen es acht Jahre sein? Sollen es neun Jahre sein? Brauchen wir ein Flexijahr? Sollen wir zum neunjährigen Gymnasium zurückkehren? Zu diesen Fragen werden wir noch im Januar einen Gymnasialkonvent einberufen und gemeinsam mit Expertinnen und Experten und Betroffenen ein Konzept für ein zeitgemäßes Gymnasium erarbeiten; denn die zentrale Frage des Gymnasiums ist nicht, ob es dafür acht oder neun Jahre braucht. Die zentrale Frage des Gymnasiums lautet: Ist das, was dort angeboten wird, zeitgemäß? Ist es das, was die Kinder zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen brauchen? Wir stellen uns dieser Aufgabe. Wir wollen diese Aufgabe gemeinsam mit den Betroffenen und Expertinnen und Experten bewältigen. Deswegen werden wir diesen Gymnasialkonvent baldmöglichst einberufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir lassen die Schule im Dorf. Dabei geht es nicht nur um eine Garantie für die Grundschulen, sondern es geht darum, dass wir auch zukünftig wohnortnahe Bildungsangebote und Bildungsabschlüsse gerade auch für die ländlichen Regionen zur Verfügung stellen, dass wir diese erhalten. Wenn wir so weitermachen wie bisher, wenn wir nichts unternehmen, wenn wir nicht gegensteuern, dann wird im Laufe dieser Legislaturperiode ein Drittel aller Mittelschulen in den ländlichen Regionen Bayerns dichtmachen müssen. Das wollen wir nicht. Deswegen wollen wir andere Möglichkeiten schaffen, deswegen wollen wir im Schulgesetz eine sogenannte Öffnungsklausel verankern, damit vor Ort entschieden werden kann: Wollen wir eine neue Schule? Wollen wir eine Schule des längeren gemeinsamen Lernens, in der verschiedene Bildungsabschlüsse für alle Kinder vor Ort zur Verfügung stehen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Motto lautet: Wir wollen Schulen, die unseren Kindern Mut und nicht Druck machen.

Fünftens. Auch im Bereich der Hochschulen ist viel zu tun. Wir können und wir müssen uns ein besser finanziertes Hochschulsystem leisten. Gute Studien- und Forschungsbedingungen sind von höchstem Wert für Bayern. Das gilt gerade und in ganz besonderer Weise für die nächsten Jahre; denn in den nächsten Jahren werden wir einen erneuten Höchststand von Studierenden haben. Wir werden wachsende Studierendenzahlen zu verzeichnen haben. Das sind aus unserer Sicht eine überaus erfreuliche Entwicklung und eine große Chance. Wir müssen aber diese Chance nutzen und die Studierendenquoten auf internationales Niveau anheben, um dem absehbaren Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Unser Ziel ist es, die bestehenden Universitäten, Kunsthochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die staatlichen Studienakademien sowie die außeruniversitären institutionell geförderten Forschungseinrichtungen weiterzuentwickeln und zu stärken. Wir möchten alle Fakultäten einbeziehen, weil wir im Moment eine Zweiklassengesellschaft an der Hochschule haben. Es wurde vorhin schon erwähnt: einstürzende Altbauten, Asbest, PCB, Schimmel im Keller. Viele Geisteswissenschaftler an der Uni Erlangen sind verzweifelt und fragen sich: Was soll ich davon halten, wenn über dem Eingang ein Schild steht: "Wegen Lebensgefahr geschlossen?" Ich finde, das ist für unser reiches Bayern peinlich, und wir werden das umgehend beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Hochschulpräsidentinnen und Hochschulpräsidenten haben uns vor Kurzem zu Recht zum Handeln aufgefordert. Dem werden wir nachkommen. Grundlegend ist die Erhöhung der Finanzmittel. Wir brauchen die Sicherung der Grundfinanzierung. Wir wollen nicht, dass die Hochschulen noch mehr von Drittmitteln abhängig werden. Wir wollen der zunehmenden Ökonomisierung von Wissenschaft und Forschung entgegenwirken.

Unser Leitbild einer zukunftsfähigen Universität ist nicht das Unternehmen Hochschule, sondern die Ideenwerkstatt Hochschule. Dazu brauchen wir alle Fachbereiche, nicht nur die naturwissenschaftlichen, auch die gesellschaftswissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Hochschulen im Freistaat demokratischer, nachhaltiger und inklusiver werden. Dabei geht es um mehr Mitsprache, die Öffnung der Hochschule sowie eine bessere Absicherung der Studienfinanzierung.

Sechstens: Bayern ist Heimat für alle, die hier leben. Wir möchten, dass Bayern Heimat ist für alle, die hier leben. Das gilt auch für Menschen, die ihre ursprüngliche Heimat verlassen müssen, die verfolgt werden, weil sie vor Krieg, Gewalt, Not fliehen müssen. Wir möchten, dass kein Flüchtling mehr Anlass hat, sich in einen Hunger- oder Durststreik zu begeben, weil er über seine Lage so verzweifelt ist. Das ist eines christlichen Landes, einer demokratischen Gesellschaft nicht würdig. Auch diesen Zustand werden wir umgehend beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden eine humane Flüchtlingspolitik umsetzen, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt. Unsere Flüchtlingspolitik stärkt die Fähigkeiten und Potenziale von Asylsuchenden, sie entmündigt sie nicht. Sie ist in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe.

Wir werden deshalb umgehend einen bayerischen Flüchtlingsgipfel einberufen, bei dem wir gemeinsam mit den Betroffenen, mit den Hilfsorganisationen, mit den Kirchen, mit den Kommunen nach Lösungen in der derzeit angespannten Situation suchen. Auch bei steigenden Flüchtlingszahlen muss eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung gewährleistet bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Flüchtlingspolitik setzt auf Bargeld statt auf Sachleistungen, auf Wohnungen statt Gemeinschaftsunterkünfte, auf Bewegungsfreiheit statt Residenzpflicht, auf freien Zugang zu Sprachkursen, Ausbildung und Arbeit sowie auf die Abschaffung der Abschiebehaft in ihrer jetzigen Form.

Siebtens: Wir schützen die persönliche Freiheit, verteidigen die Bürgerrechte und stärken die Zivilgesellschaft. Die digitale Revolution wurde heute schon angesprochen. Sie ist auf der einen Seite ein Segen, auf der anderen Seite ein Fluch, weil wir in der Lage sind, riesige Datenmengen in kürzester Zeit zu verarbeiten und auszuwerten.

Die Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden haben uns in erschreckendem Maß vor Augen geführt, dass wir alle im Fokus von Nachrichtendiensten und Ermittlungsbehörden stehen, dass wir alle in diesen Fokus geraten können oder schon drin sind. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung lösen sich unsere Bürgerrechte und die Rechtsstaatlichkeit in Luft auf, so schnell kann man gar nicht schauen. Unsere Behörden helfen bei der Ausspähung noch kräftig mit. Diese Entwicklung stellt eine fundamentale Bedrohung für unsere freiheitlichen Grundwerte und unsere Gesellschaft dar. Sie weckt Begehrlichkeiten, wie sie sich selbst George Orwell nicht hätte träumen lassen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Edward Snowden nach Deutschland kommen kann und dass er hier einen sicheren Aufenthalt bekommt. Es kann nicht sein, dass wir uns auf der einen Seite über die dramatische Ausschnüffelung empören, aber auf der anderen Seite denjenigen, der alles ans Tageslicht gebracht hat, hängen lassen. Wir haben die Verpflichtung, auch gegenüber unseren amerikanischen Partnern klare Worte zu sprechen und Mut zu zeigen. Edward Snowden hat das ganze Ausmaß aufgedeckt, und wir sollten den Mut haben, ihm eine sichere Bleibe in Deutschland zu gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden den Schutz privater Daten stärken und die unverhältnismäßige Videoüberwachung in Bayern auf das notwendige Mindestmaß reduzieren.

Wir werden die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen im Kampf gegen den Rechtsextremismus unterstützen und stärken; denn die Bürgerinnen und Bürger, die für unsere demokratischen Werte und die Menschenrechte auf die Straße gehen, die dafür eintreten, die sich dem rechten und dem braunen Mob widersetzen, sind der beste Verfassungsschutz, den wir haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Franz Schindler (SPD))

Wir werden die parlamentarische Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz deutlich ausbauen.

Eine grüne Bürgerrechtspolitik ist nur mit echter Bürgerbeteiligung und mehr Mitbestimmung möglich. Deswegen werden wir die Instrumente der direkten Demokratie, die wir heute schon haben und von denen die Bürgerinnen und Bürger auch lebhaft Gebrauch machen, gründlich entstauben. Beim Volksentscheid werden wir die Hürden abbauen und den Bürgerentscheiden wieder mehr Rechtskraft verschaffen. Wir wollen auch die Bindungswirkung von Bürgerentscheiden verlängern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei absehbar konflikträchtigen Planungsvorhaben werden wir frühzeitig das Instrument von Bürgerräten und Bürgergutachten einbeziehen, frühzeitig die Bürgerinnen und Bürger befragen, ihre Meinung in ein Bürgergutachten einfließen lassen. Wir werden dieses Bürgergutachten dann aber nicht in der Schublade verstecken, sondern öffentlich diskutieren und verantwortlich und achtungsvoll damit umgehen.

Wir werden zusammen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern ein umfassendes Transparenzgesetz erarbeiten, mit dem die Verwaltung für die Bevölkerung geöffnet wird. Informationen, die für Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung sind, werden künftig grundsätzlich aktiv im Internet bereitgestellt. So stärken wir die Zivilgesellschaft und ermöglichen eine lebendige Demokratie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss kommen und kurz auf das eingehen, was wir vorhin von Herrn Seehofer gehört haben. Wir GRÜNE haben eine klare Vorstellung von einem zukünftigen Bayern, von einem nachhaltigen Bayern, von einem grünen Bayern. Wir haben eine klare Vorstellung davon, wie wir den Wohlstand der Bürger nachhaltig, das heißt langfristig und auch im Blick auf die nächsten Generationen, bewahren. Wir haben eine klare Vorstellung von einem sozial gerechten Bayern. Wir haben eine klare Vorstellung, wie wir die Energiewende gestalten können und wo. Wir haben konkrete Antworten auf den demografischen Wandel in Bayern und auf die Herausforderungen der Bildungspolitik sowie für die Erneuerung unserer Demokratie.

Was haben Sie uns heute geboten, Herr Seehofer? Sie haben wieder einmal Versprechungen abgegeben, die Sie schon vor fünf Jahren nicht einlösen konnten und wohl auch in fünf Jahren zum großen Teil nicht einlösen können. Sie haben uns einen

Bauchladen präsentiert, in dem für jeden etwas dabei war: vom Gedenktag für die Heimatvertriebenen über eine nebulöse Lehrstellengarantie bis zu wolkigen Vorstellungen von einem Klimaschutzprogramm 2050 – ich hoffe, Sie wollen nicht erst dann mit dem Klimaschutz beginnen.

Sie haben uns in wichtigen Politikfeldern aufgezeigt, dass Sie lieber nichts tun wollen, dass Sie Ruhe verordnen wollen. Sie glauben wohl, dass man den Murks am achtjährigen Gymnasium damit beenden und überwinden kann, dass Sie die Betroffenen ihrem Schicksal überlassen und sagen: Wir ändern jetzt daran nichts mehr. Gerade dieser Murks macht klar, dass wir Reformen in unserem Bildungs- und Schulsystem brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Sie haben den Menschen in Bayern zu guter Letzt auch noch einen Feiertag geschenkt, 2017, wohl als Krönung Ihrer Regentschaft. Ich weiß nicht, ist das dann der Seehofer-Feiertag oder der Große-Horst-Tag? Herzlichen Dank, Euer Gnaden!

(Unruhe – Zurufe von der CSU)

In Ihrem politischen Kramerladen fehlt das zukunftsweisende Sortiment. Ihre Visionen und Ihr Kampfgeist sind offensichtlich schon erschöpft, wenn Sie sich der Einführung einer Ausländer-Pkw-Maut rühmen können. Für mehr fehlt Ihnen ganz offensichtlich der Mut.

Politik, die gestalten will, braucht jedoch Mut. Sie braucht Mut und nicht Wankelmüt. Sie braucht Mut, um sich auch einmal mit den Lobbyisten anzulegen, anstatt Millionenspenden einzustreichen. Sie braucht Mut, um auch bei Gegenwind für ein langfristiges Projekt zu kämpfen und sich nicht gleich in die Furche zu legen. Sie braucht Mut, um für die eigenen Überzeugungen einzutreten und sie nicht schnellstmöglich als Ballast abzuwerfen. Mit Wankelmüt kann man nicht gestalten. Mit Wankelmüt kann man das Neue nicht denken. Mit Wankelmüt kann man keine anderen Wege beschreiten.

Die entscheidende Frage ist nicht, wie wir alle auf den kleinsten gemeinsamen Nenner kommen, sondern wie wir für alle den größten gemeinsamen Nutzen erreichen. Auf die Auseinandersetzung mit Ihnen darüber freue ich mich.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Der nächste Redner ist Herr Zellmeier. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Unser Ministerpräsident hat seine Regierungserklärung mit der Feststellung beendet, dass es ein Glück ist, in Bayern zu leben. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dass Sie dieses Gefühl nicht haben und dies auch bei Ihren Reden nicht zum Ausdruck gekommen ist, wundert mich nicht.

(Widerspruch bei der SPD)

Dafür habe ich Verständnis.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zuhören ist eine gute Empfehlung!)

In einem Land, das deutschlandweit und europaweit Spitzenreiter ist, ist es für die Opposition schwierig, ihre Arbeit zu tun. Was wollen Sie denn kritisieren, wo es uns so gut geht?

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Überhaupt nichts!)

- Ja, eben, überhaupt nichts. Ihnen fällt wenig ein. Das hat man auch bei Ihren Reden gemerkt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Jetzt wird gearbeitet. Sie haben als CSU 90 Minuten geredet. Hören Sie auf mit solchen Frechheiten!)

- Sie wollen nach Hause, ich weiß. Lieber Kollege Rinderspacher, Sie sind mit schuld, dass die Kollegen der kleineren Oppositionsfraktionen in den Medien nicht mehr zum Zuge kommen. Deshalb haben wir unsere Redezeit geteilt. Das haben Sie leider nicht getan. Das tut mir leid für die Kollegen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN.

Meine Damen und Herren, vorher hat die SPD gesagt, es liege am Fleiß der Menschen in Bayern, dass wir so gut dastünden. Ja, das ist richtig. Die Arbeitnehmer, Landwirte, Handwerker und Akademiker sind hauptverantwortlich für den Erfolg Bayerns. Dazu zählt aber auch die hervorragende Politik der CSU, die den richtigen Rahmen setzt. Gerne glaube ich es, wenn Sie sagen, die Menschen in Bayern seien klüger und fleißiger als der Rest in Deutschland. Wir können jedoch nicht um so vieles klüger und fleißiger sein, weil wir früher nicht an der Spitze der deutschen Bundesländer gestanden haben. Deshalb ist der Rahmen, den wir gesetzt haben, so wichtig und entscheidend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern wissen, was sie an der CSU haben. Das hat das Wahlergebnis deutlich zum Ausdruck gebracht. Deshalb wollen wir die Punkte umsetzen. Wir wissen, dass die Menschen mit klarer Mehrheit für die Maut

für Ausländer sind. Wir machen eine ehrliche und volksnahe Politik.

Lieber Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben gesagt, Sie wollten Kontrolle ausüben. Ja, Mehrheiten brauchen immer Kontrolle. Das allein reicht aber für die Opposition nicht. Wir würden uns wünschen, dass Sie bessere Ideen einbringen.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir würden uns wünschen, dass Sie Ideen einbringen, die man auch umsetzen kann und die finanzierbar sind. So ist es doch. Das ist das Problem, das Sie haben. Sie bringen viele Vorschläge – das ist richtig. Sie sagen jedoch nie, wie man diese bezahlen soll. Wir stehen in der Verantwortung, und wir sorgen dafür, dass der Haushalt vernünftig finanziert ist. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Sie sprachen von Bayern in zwei Geschwindigkeiten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Söder!)

Sie wissen doch, dass die langsamste Region in Bayern immer noch ein ICE im Vergleich zu allen anderen Bundesländern ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Transrapid!)

Das ist Tatsache. Sie sollten einmal ehrlich zu den Menschen sein. Die Menschen wissen, fühlen und spüren, dass es uns Bayern besser geht als dem Rest der Republik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gilt auch für den Schuldenabbau. In diesem Zusammenhang bringen Sie immer wieder alte Kamellen. Ja, wir haben für die Landesbank Schulden aufgenommen. Allerdings ist bereits eine Milliarde Euro zurückgezahlt worden. Wo werden in anderen deutschen Bundesländern staatliche Hilfen zurückgezahlt? Auch hier haben wir bewiesen, dass wir die Probleme lösen können.

Sie haben die Privatisierung von GBW-Wohnungen angesprochen. Wer hat in Deutschland die meisten Wohnungen privatisiert? Gerhard Schröder hat 114.000 Eisenbahnerwohnungen privatisiert. Der damalige Minister war von Ihrer Partei. 60 % der Wohnungen gingen an einen japanischen Finanzkonzern. Seien wir doch einmal ehrlich: Das sind die Tatsachen. Ähnlich war es in Baden-Württemberg. Dort wurde an die PATRIZIA verkauft. Erzählen Sie doch den Menschen keine Märchen.

Zu den Kommunen: Wir haben deutliche Verbesserungen für die schwachen Gemeinden auf dem Land eingeführt. Wir haben die Investitionspauschale deut-

lich erhöht. Wir haben sie vermehrfacht. Wir haben die Einwohnerveredelung umgestaltet.

Sie führen immer wieder das Bildungsgefälle an. Dieses Bildungsgefälle gibt es doch faktisch gar nicht. Ich komme vom Land und habe gesehen, wie sich dort die Bildungslandschaft entwickelt hat. Zu meiner Zeit, vor 25 oder 30 Jahren, gab es auf dem Land nur wenige Abiturienten. Heute ist die Quote beachtlich. Wir haben große Erfolge im Bildungsbereich, gerade im ländlichen Raum. Genau das ist es, was Sie immer wollen. Sie wollen eine Spaltung zwischen Facharbeitern und Akademikern hervorrufen. Das wollen wir nicht, weil beide für Bayern wichtig sind.

Ich möchte noch kurz auf den Kollegen Aiwanger eingehen. Er hat uns von den Heiligen Drei Königen erzählt. Leider ist er jetzt nicht da. Lieber Herr Kollege Aiwanger, als guter Katholik sollten Sie wissen, dass bei den Heiligen Drei Königen nur ein schwarzer dabei war. Hätten wir damals schon die Mehrheit gehabt, wäre das sicherlich anders gelaufen.

(Heiterkeit bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Ein geistiger Höhenflug!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte unserem Ministerpräsidenten, Landwirtschaftsminister Brunner und der ehemaligen Bundesministerin Aigner herzlich für die Umsetzung der EU-Agrarreform danken. Damit sind vor allem die kleinen bäuerlichen Betriebe gestärkt worden, die in Bayern in der Mehrzahl sind. Das muss man einmal deutlich sagen. Wir sollten nicht zwischen konventionellen und biologisch-ökologisch produzierenden Betrieben unterscheiden. Uns sind alle wichtig. Diese Zahlungen kommen allen Betrieben zugute, weil wir bei den Flächen der Betriebe deutlich unter dem deutschen Durchschnitt sind.

Ich greife noch einmal das Thema Trinkwasserprivatisierung auf. Ich muss lachen, wenn die Opposition behauptet, sie hätten die Verhinderung der Trinkwasserprivatisierung durchgesetzt. Wir waren es in Bayern, in Berlin und in Brüssel, die das durch ein einheitliches Auftreten geschafft haben.

(Beifall bei der CSU)

Dankenswerterweise waren wir uns in diesem Punkt einig. Darum verstehe ich nicht, warum das Thema immer wieder von Ihnen aufgegriffen wird.

Einen letzten Satz zu den GRÜNEN: Mir ist nicht allzu viel zu der fiktiven Regierungserklärung von Kollegin Bause eingefallen. Ich habe an den klassischen Science-Fiction-Film "Raumschiff Enterprise" gedacht. Meine Damen und Herren, dort beamt Scotty die Mannschaft immer rechtzeitig zurück, bevor sie Scha-

den anrichten kann. Scotty ist der bayerische Bürger. Dieser hat die GRÜNEN Gott sei Dank rechtzeitig zurückbeamt, bevor sie in Bayern bei den letzten Wahlen am 15. September Schaden anrichten konnten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will meine Rede nicht zu lange ausdehnen. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, die Redezeit nicht auszunutzen. Ich darf noch eines sagen: Auch in Zukunft wird es hoch attraktiv sein, in Bayern zu leben. Dafür sorgt die Bayerische Staatsregierung mit Horst Seehofer. Dafür sorgt die CSU-Landtagsfraktion. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wir sind gespannt, wann von Ihnen einmal positive Ideen kommen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Wir sind auf dem Stand, dass Herr Ministerpräsident Seehofer auf seine zusammenfassende Stellungnahme verzichtet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Weitere Redebeiträge und Wortmeldungen liegen mir auch nicht vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

Bestellung der Mitglieder für den Rundfunkrat (s. a. Anlage 1)

Nach Artikel 6 Absatz 3 des Bayerischen Rundfunkgesetzes setzt sich der Rundfunkrat unter anderem aus zwölf Vertretern und Vertreterinnen des Landtags zusammen, die dieser entsprechend dem Stärkeverhältnis der in ihm vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers bestimmt; jede im Landtag vertretene Partei stellt mindestens einen Vertreter oder eine Vertreterin. Bei der Auswahl der Vertreter und Vertreterinnen ist auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern hinzuwirken. Die Amtszeit der vom Landtag zu entsendenden Mitglieder beginnt nach Artikel 6 Absatz 5 des Bayerischen Rundfunkgesetzes mit dem Zeitpunkt der Entsendung; sie endet mit der Entsendung der neuen Vertreter und Vertreterinnen zu Beginn der nächsten Legislaturperiode.

Die Fraktion der CSU hat danach das Vorschlagsrecht für sieben Mitglieder, die Fraktion der SPD für drei Mitglieder sowie die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für jeweils ein Mitglied.

Im Einzelnen können die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Abgeordneten der Ihnen vorliegenden Liste entnommen werden.

(Siehe Anlage 1)

Die Entsendung der Mitglieder soll im Einvernehmen mit allen Fraktionen mit Wirkung vom 1. Dezember 2013 erfolgen.

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen daher gleich zur Beschlussfassung. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Fraktionsvorschläge gemeinsam abstimmen? –

(Volkmar Halbleib (SPD): Jawohl! – Thomas Kreuzer (CSU): Ja!)

Ich sehe keinen Widerspruch. Alle stimmen zu. Dann lasse ich abstimmen.

Wer mit der Bestellung der von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Abgeordneten zu Mitgliedern des Rundfunkrats einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 b** auf:

Bestellung der Mitglieder für den Medienrat (s. a. Anlage 1)

Nach Artikel 13 Absatz 1 des Bayerischen Mediengesetzes setzt sich der Medienrat unter anderem aus zwölf Vertretern und Vertreterinnen des Landtags zusammen, die dieser entsprechend dem Stärkeverhältnis der in ihm vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers bestimmt; jede im Landtag vertretene Partei stellt mindestens eine Vertreterin oder einen Vertreter. Bei der Auswahl der Vertreterinnen und Vertreter ist auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern hinzuwirken. Die Amtszeit der vom Landtag zu entsendenden Mitglieder beginnt nach Artikel 13 Absatz 3 des Bayerischen Mediengesetzes mit dem Zeitpunkt der Entsendung; sie endet mit der Entsendung der neuen Vertreterinnen und Vertreter zu Beginn der nächsten Legislaturperiode.

Die Fraktion der CSU hat danach das Vorschlagsrecht für sieben Mitglieder, die Fraktion der SPD für drei Mitglieder sowie die Fraktionen der FREIEN

WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für jeweils ein Mitglied.

Im Einzelnen können auch hier wieder die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Abgeordneten der Ihnen vorliegenden Liste entnommen werden.

(Siehe Anlage 1)

Die Entsendung der Mitglieder soll im Einvernehmen mit allen Fraktionen mit Wirkung vom 1. Dezember 2013 erfolgen.

Auch hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen daher zur Beschlussfassung. Besteht auch hier wieder damit Einverständnis, dass wir über die Fraktionsvorschläge gemeinsam abstimmen? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann machen wir das so. Dann lasse ich abstimmen.

Wer mit der Bestellung der von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Abgeordneten zu Mitgliedern des Medienrats einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wieder alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch keine. Dann ist auch dies so beschlossen. Danke schön.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 und § 27 Absatz 2 Satz 6 der Geschäftsordnung den aktuellen Stand der von den Fraktionen benannten Mitglieder der Ausschüsse sowie die Namen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter bekannt.

Im Einzelnen verweise ich insoweit auf die Ihnen vorliegende Übersicht

(Siehe Anlage 2)

und bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Ich möchte jetzt noch daran erinnern, dass sich im Anschluss an diese Sitzung um 19.00 Uhr die neuen Kolleginnen und Kollegen auf Einladung der Frau Landtagspräsidentin treffen. Ich darf auch dabei sein und das gesamte Präsidium. Ich freue mich schon auf einen interessanten Abend mit Ihnen.

Damit kann ich die Sitzung schließen. Vielen Dank.

(Schluss: 18.25 Uhr)

Mitteilung

Die Fraktionen haben die nachstehenden Abgeordneten zur Bestellung in den Rundfunkrat bzw. den Medienrat vorgeschlagen:

Rundfunkrat

CSU:

Dr. Otmar **Bernhard**
Hans **Herold**
Thomas **Kreuzer**
Manfred **Ländner**
Tobias **Reiß**
Heinrich **Rudrof**
Walter **Taubeneder**

SPD:

Inge **Aures**
Natascha **Kohnen**
Florian **Pronold**

FREIE WÄHLER:

Alexander **Muthmann**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Verena **Osgyan**

Medienrat

CSU:

Alex **Dorow**
Dr. Gerhard **Hopp**
Martin **Neumeyer**
Eberhard **Rotter**
Berthold **Rüth**
Martin **Schöffel**
Jürgen **Ströbel**

SPD:

Martina **Fehlner**
Dr. Christoph **Rabenstein**
Markus **Rinderspacher**

FREIE WÄHLER:

Prof. Dr. Michael **Piazolo**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ulrike **Gote**

Zusammensetzung der Ausschüsse der 17. Wahlperiode

Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Vorsitzender: Peter **Winter** **CSU**

Stellvertreter: Volkmar **Halbleib** **SPD**

- | | | |
|-----------------------------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 1. Martin Bachhuber (CSU) | 8. Günther Knoblauch (SPD) | 15. Reserl Sem (CSU) |
| 2. Petra Dettenhöfer (CSU) | 9. Dr. Herbert Kränzlein (SPD) | 16. Claudia Stamm (GRU) |
| 3. Wolfgang Fackler (CSU) | 10. Harald Kühn (CSU) | 17. Klaus Stöttner (CSU) |
| 4. Karl Freller (CSU) | 11. Thomas Mütze (GRU) | 18. Reinhold Strobl (SPD) |
| 5. Harald Güller (SPD) | 12. Alexander Muthmann (FW) | 19. Ernst Weidenbusch (CSU) |
| 6. Volkmar Halbleib (SPD) | 13. Bernhard Pohl (FW) | 20. Georg Winter (CSU) |
| 7. Hans Herold (CSU) | 14. Heinrich Rudrof (CSU) | 21. Peter Winter (CSU) |

Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Vorsitzender: Franz **Schindler** **SPD**

Stellvertreterin: Petra **Guttenberger** **CSU**

- | | | |
|--------------------------------------|----------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Horst Arnold (SPD) | 7. Andreas Lorenz (CSU) | 13. Martin Schöffel (CSU) |
| 2. Dr. Sepp Dürr (GRU) | 8. Peter Meyer (FW) | 14. Karl Straub (CSU) |
| 3. Ulrike Gote (GRU) | 9. Dr. Franz Rieger (CSU) | 15. Florian Streibl (FW) |
| 4. Petra Guttenberger (CSU) | 10. Florian Ritter (SPD) | 16. Manuel Westphal (CSU) |
| 5. Jürgen W. Heike (CSU) | 11. Alfred Sauter (CSU) | 17. Mechthilde Wittmann (CSU) |
| 6. Alexandra Hiersemann (SPD) | 12. Franz Schindler (SPD) | 18. Josef Zellmeier (CSU) |

Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Vorsitzender: Dr. Florian **Herrmann** **CSU**

Stellvertreterin: Tanja **Schweiger** **FREIE WÄHLER**

- | | | |
|--|--|-------------------------------------|
| 1. Klaus Adelt (SPD) | 7. Dr. Florian Herrmann (CSU) | 13. Dr. Hans Reichhart (CSU) |
| 2. Norbert Düinkel (CSU) | 8. Manfred Ländner (CSU) | 14. Harry Scheuenstuhl (SPD) |
| 3. Alexander Flierl (CSU) | 9. Otto Lederer (CSU) | 15. Katharina Schulze (GRU) |
| 4. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD) | 10. Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU) | 16. Tanja Schweiger (FW) |
| 5. Max Gibis (CSU) | 11. Andreas Lorenz (CSU) | 17. Peter Tomaschko (CSU) |
| 6. Eva Gottstein (FW) | 12. Jürgen Mistol (GRU) | 18. Dr. Paul Wengert (SPD) |

Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Vorsitzender: Erwin **Huber** **CSU**
 Stellvertreter: Martin **Stümpfig** **GRU**

- | | | |
|------------------------------------|----------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Jürgen Baumgärtner (CSU) | 7. Erwin Huber (CSU) | 13. Bernhard Roos (SPD) |
| 2. Dr. Otmar Bernhard (CSU) | 8. Annette Karl (SPD) | 14. Eberhard Rotter (CSU) |
| 3. Markus Blume (CSU) | 9. Sandro Kirchner (CSU) | 15. Ulrike Scharf (CSU) |
| 4. Markus Ganserer (GRU) | 10. Natascha Kohnen (SPD) | 16. Dr. Harald Schwartz (CSU) |
| 5. Thorsten Glauber (FW) | 11. Andreas Lotte (SPD) | 17. Martin Stümpfig (GRU) |
| 6. Klaus Holetschek (CSU) | 12. Walter Nussel (CSU) | 18. Jutta Widmann (FW) |

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Vorsitzende: Angelika **Schorer** **CSU**
 Stellvertreter: Ulrich **Leiner** **GRU**

- | | | |
|----------------------------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 1. Horst Arnold (SPD) | 7. Ulrich Leiner (GRU) | 13. Thorsten Schwab (CSU) |
| 2. Eric Beißwenger (CSU) | 8. Ruth Müller (SPD) | 14. Gisela Sengl (GRU) |
| 3. Dr. Leopold Herz (FW) | 9. Ulrike Müller (FW) | 15. Klaus Steiner (CSU) |
| 4. Dr. Gerhard Hopp (CSU) | 10. Martin Schöffel (CSU) | 16. Jürgen Ströbel (CSU) |
| 5. Annette Karl (SPD) | 11. Angelika Schorer (CSU) | 17. Walter Taubeneder (CSU) |
| 6. Anton Kreitmair (CSU) | 12. Tanja Schorer-Dremel (CSU) | 18. Herbert Woerlein (SPD) |

Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Vorsitzender: Joachim **Unterländer** **CSU**
 Stellvertreterin: Angelika **Weikert** **SPD**

- | | | |
|----------------------------------|-------------------------------------|--|
| 1. Kerstin Celina (GRU) | 7. Christine Kamm (GRU) | 13. Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU) |
| 2. Judith Gerlach (CSU) | 8. Michaela Kaniber (CSU) | 14. Arif Tasdelen (SPD) |
| 3. Eva Gottstein (FW) | 9. Martin Neumeyer (CSU) | 15. Joachim Unterländer (CSU) |
| 4. Dr. Gerhard Hopp (CSU) | 10. Doris Rauscher (SPD) | 16. Steffen Vogel (CSU) |
| 5. Thomas Huber (CSU) | 11. Dr. Hans Reichhart (CSU) | 17. Ruth Waldmann (SPD) |
| 6. Hermann Imhof (CSU) | 12. Gabi Schmidt (FW) | 18. Angelika Weikert (SPD) |

Ausschuss für Wissenschaft und Kunst

Vorsitzender: Prof. Dr. Michael **Piazolo** **FREIE WÄHLER**
 Stellvertreter: Oliver **Jörg** **CSU**

- | | | |
|--|---|--|
| 1. Prof. Dr. Peter Bauer (FW) | 7. Dr. Thomas Goppel (CSU) | 13. Helmut Radlmeier (CSU) |
| 2. Robert Brannekämper (CSU) | 8. Oliver Jörg (CSU) | 14. Georg Rosenthal (SPD) |
| 3. Gudrun Brendel-Fischer (CSU) | 9. Michaela Kaniber (CSU) | 15. Helga Schmitt-Bussinger (SPD) |
| 4. Michael Brückner (CSU) | 10. Bernd Kränzle (CSU) | 16. Rosi Steinberger (GRU) |
| 5. Alex Dorow (CSU) | 11. Verena Osgyan (GRU) | 17. Manuel Westphal (CSU) |
| 6. Martina Fehlner (SPD) | 12. Prof. Dr. Michael Piazolo (FW) | 18. Isabell Zacharias (SPD) |

Ausschuss für Bildung und Kultus

Vorsitzender: Martin **Güll** **SPD**
 Stellvertreter: Prof. Dr. Gerhard **Waschler** **CSU**

- | | | |
|--------------------------------------|---------------------------------|---|
| 1. Norbert Düinkel (CSU) | 7. Michael Hofmann (CSU) | 13. Klaus Steiner (CSU) |
| 2. Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU) | 8. Otto Lederer (CSU) | 14. Dr. Simone Strohmayr (SPD) |
| 3. Dr. Hans Jürgen Fahn (FW) | 9. Kathi Petersen (SPD) | 15. Peter Tomaschko (CSU) |
| 4. Günther Felbinger (FW) | 10. Tobias Reiß (CSU) | 16. Carolina Trautner (CSU) |
| 5. Thomas Gehring (GRU) | 11. Berthold Rüth (CSU) | 17. Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU) |
| 6. Martin Güll (SPD) | 12. Gisela Sengl (GRU) | 18. Margit Wild (SPD) |

Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes

Vorsitzende: Ingrid **Heckner** **CSU**
 Stellvertreter: Günther **Felbinger** **FREIE WÄHLER**

- | | | |
|-------------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|
| 1. Volker Bauer (CSU) | 7. Max Gibis (CSU) | 13. Verena Osgyan (GRU) |
| 2. Robert Brannekämper (CSU) | 8. Ingrid Heckner (CSU) | 14. Tobias Reiß (CSU) |
| 3. Wolfgang Fackler (CSU) | 9. Thomas Huber (CSU) | 15. Hans Ritt (CSU) |
| 4. Martina Fehlner (SPD) | 10. Manfred Ländner (CSU) | 16. Heinrich Rudrof (CSU) |
| 5. Günther Felbinger (FW) | 11. Andreas Lotte (SPD) | 17. Stefan Schuster (SPD) |
| 6. Markus Ganserer (GRU) | 12. Peter Meyer (FW) | 18. Arif Tasdelen (SPD) |

Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Vorsitzende: Sylvia **Stierstorfer** **CSU**
 Stellvertreterin: Johanna **Werner-Muggendorfer** **SPD**

- | | | |
|--------------------------------------|--|--|
| 1. Markus Blume (CSU) | 7. Walter Nussel (CSU) | 13. Sylvia Stierstorfer (CSU) |
| 2. Alexandra Hiersemann (SPD) | 8. Dr. Christoph Rabenstein (SPD) | 14. Martin Stümpfig (GRU) |
| 3. Michael Hofmann (CSU) | 9. Eberhard Rotter (CSU) | 15. Carolina Trautner (CSU) |
| 4. Dr. Martin Huber (CSU) | 10. Berthold Rüth (CSU) | 16. Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) |
| 5. Dr. Christian Magerl (GRU) | 11. Ulrike Scharf (CSU) | 17. Jutta Widmann (FW) |
| 6. Martin Neumeyer (CSU) | 12. Diana Stachowitz (SPD) | 18. Benno Zierer (FW) |

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Vorsitzender: Dr. Franz **Rieger** **CSU**
 Stellvertreter: Dr. Linus **Förster** **SPD**

- | | | |
|-------------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Susann Biedefeld (SPD) | 7. Alexander König (CSU) | 13. Thorsten Schwab (CSU) |
| 2. Alex Dorow (CSU) | 8. Jürgen Mistol (GRU) | 14. Diana Stachowitz (SPD) |
| 3. Dr. Hans Jürgen Fahn (FW) | 9. Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) | 15. Karl Straub (CSU) |
| 4. Dr. Linus Förster (SPD) | 10. Bernhard Pohl (FW) | 16. Jürgen Ströbel (CSU) |
| 5. Judith Gerlach (CSU) | 11. Dr. Franz Rieger (CSU) | 17. Walter Taubeneder (CSU) |
| 6. Christine Kamm (GRU) | 12. Alfred Sauter (CSU) | 18. Mechthilde Wittmann (CSU) |

Ausschuss für Umwelt und VerbraucherschutzVorsitzender: Dr. Christian **Magerl** **GRU**Stellvertreter: Dr. Otto **Hünnerkopf** **CSU**

- | | | |
|-----------------------------------|--|---------------------------------------|
| 1. Klaus Adelt (SPD) | 7. Dr. Martin Huber (CSU) | 13. Hans Ritt (CSU) |
| 2. Volker Bauer (CSU) | 8. Dr. Otto Hünnerkopf (CSU) | 14. Harry Scheuenstuhl (SPD) |
| 3. Eric Beißwenger (CSU) | 9. Nikolaus Kraus (FW) | 15. Tanja Schorer-Dremel (CSU) |
| 4. Michael Brückner (CSU) | 10. Anton Kreitmair (CSU) | 16. Rosi Steinberger (GRU) |
| 5. Florian von Brunn (SPD) | 11. Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU) | 17. Herbert Woerlein (SPD) |
| 6. Alexander Flierl (CSU) | 12. Dr. Christian Magerl (GRU) | 18. Benno Zierer (FW) |

Ausschuss für Gesundheit und PflegeVorsitzende: Kathrin **Sonnenholzner** **SPD**Stellvertreter: Bernhard **Seidenath** **CSU**

- | | | |
|--------------------------------------|-----------------------------------|--|
| 1. Prof. Dr. Peter Bauer (FW) | 7. Hermann Imhof (CSU) | 13. Doris Rauscher (SPD) |
| 2. Jürgen Baumgärtner (CSU) | 8. Sandro Kirchner (CSU) | 14. Dr. Harald Schwartz (CSU) |
| 3. Kerstin Celina (GRU) | 9. Ulrich Leiner (GRU) | 15. Bernhard Seidenath (CSU) |
| 4. Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU) | 10. Ruth Müller (SPD) | 16. Kathrin Sonnenholzner (SPD) |
| 5. Dr. Thomas Goppel (CSU) | 11. Kathi Petersen (SPD) | 17. Dr. Karl Vetter (FW) |
| 6. Klaus Holetschek (CSU) | 12. Helmut Radlmeier (CSU) | 18. Steffen Vogel (CSU) |

Stand: 6. November 2013